



Plenarprotokoll

100. Sitzung

Kiel, Freitag, 19. November 1999

Klimaschutzbericht Schleswig-Holstein 1999

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2319

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	7565
Frauke Tengler [CDU]	7568
Roswitha Müllerwiebus [SPD].....	7569
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7571, 7583
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7574, 7584
Anke Spoorendonk [SSW].....	7577
Reinhard Sager [CDU]	7579
Ingrid Franzen [SPD]	7581
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7582

Beschluss: Kenntnisnahme..... 7585

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2051

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]
Drucksache 14/2068

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/2372

Brita Schmitz-Hübsch [CDU], Berichterstatterin.....	7585
Anke Spoorendonk [SSW].....	7585
Bernd Saxe [SPD]	7586

Thomas Stritzl [CDU]	7587, 7592, 7596
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7589, 7596
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7590, 7594
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	7593, 7596
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	7595

Beschluss: 1. Kenntnisnahme des Berichts
Drucksache 14/2051

2. Annahme des Antrages Drucksache 14/2068 7597

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2459

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/2506

Heinz Maurus [CDU], Berichterstatter 7597

Beschluss: Verabschiedung..... 7598

Stand der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 7. Juli 1999
Drucksachen 14/2185, 14/2204 und 14/2242

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2503		Anke Spoorendonk [SSW].....	7617
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus.....	7598	Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	7620
Claus Ehlers [CDU]	7600	Zweite Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zur Anpassung des schleswig-holstei- nischen Landesrechts an Artikel 13 des Grundgesetzes zur parlamentarischen Kontrolle verdeckter Erhebungen per- sonenbezogener Daten mit technischen Mitteln in oder aus Wohnungen (Landes Anpassungsgesetz an Arti- kel 13 GG - LANpG Art. 13 GG)	
Sabine Schröder [SPD].....	7602	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2307	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7604	Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/2446	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7607	Klaus-Peter Puls [SPD], Berichterstatter	7620
Anke Spoorendonk [SSW].....	7608	Beschluss: Verabschiedung.....	7620
Holger Astrup [SPD].....	7609	Erste Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften	
Beschluss: Überweisung an den Agraraus- schuss zur abschließenden Beratung.	7609	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2499	
Effektivität und Effizienz im zweiten Arbeitsmarkt		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss	7621
Landtagsbeschluss vom 8. Juli 1999 Drucksachen 14/2172 und 14/2201		Erster Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst (Gleichstellungs- bericht)	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2513		Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2337	
Beschluss: Überweisung an den Sozialaus- schuss zur abschließenden Beratung 7610		Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/2447	
Neugestaltung und Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirt- schaftlichen Sozialversicherung		Klaus-Peter Puls [SPD], Berichterstatter	7621
Landtagsbeschluss vom 14. Oktober 1999 Drucksache 14/2436		Beschluss: Kenntnisnahme.....	7621
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2525		Dritter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein	
Beschluss: Überweisung an den Agraraus- schuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	7610	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2360	
Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein		Bericht und Beschlussempfehlung des Fi- nanzausschusses Drucksache 14/2453	
Landtagsbeschluss vom 14. Oktober 1999 Drucksache 14/2434			
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2527			
Horst Günter Bülck, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	7610, 7619		
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	7611, 7619		
Hermann Benker [SPD].....	7613		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7615		
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7616		

Günter Neugebauer [SPD], Berichterstatter 7621

Beschluss: Kenntnisnahme..... 7621

Sachstandsbericht zum LEADER-II-Programm des Jahres 1998

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2502

Beschluss: Überweisung an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung 7621

Haushaltsrechnung 1998 und Vermögensübersicht 1998

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/2505

Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss 7622

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Wir haben heute die 100. Sitzung des Landtages in dieser Wahlperiode.

(Beifall)

Nach Mitteilung der Fraktionen sind der Abgeordnete Peter Gerckens, die Abgeordnete Silke Hars, der Abgeordnete Berndt Steincke, der Abgeordnete Helmut Plüschau, die Abgeordnete Ulrike Rodust und die Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke erkrankt; der Abgeordnete Peter Zahn ist beurlaubt. Wir wünschen allen Erkrankten eine gute Besserung.

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Damen und Herren der Hans-Brüggemann-Realschule Bordesholm und der Grohne-Schule aus Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Klimaschutzbericht Schleswig-Holstein 1999

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2319

Das Wort hat der Minister für Umwelt, Natur und Forsten, Herr Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Leiter der Umweltbehörde der Vereinten Nationen, der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer, hat einen Bericht vorgelegt, in dem er zur ökologischen Lage auf unserem Planeten Stellung nimmt. Dieser **Bericht „Geo 2000“** macht in aller Schärfe deutlich, dass das Thema, was wir heute zu Beginn der 100. Sitzung des Landtages beraten, ein Thema ist, das uns weltweit beschäftigen muss, da die Klimaschutzdebatte immer noch nicht zu den nötigen Konsequenzen in allen Ländern und auf allen Ebenen, auf denen man etwas dafür tun kann, geführt hat.

Der Bericht „Geo 2000“ macht auch sehr deutlich, dass es zwar eine Reihe von partiellen Erfolgen im Umweltschutz gibt, dass aber die Situation global betrachtet immer dramatischere Formen annimmt. Das Problem des Klimaschutzes macht auf der einen Seite sehr deutlich, wie eng wir auf diesem Planeten mittlerweile zusammengerückt sind, wie wenig nationale Strategien allein den Problemen beikommen können und wie wichtig es auf der anderen Seite ist,

(Minister Rainer Steenblock)

die unterschiedlichen politischen Handlungsebenen miteinander zu vernetzen. Denn gerade der **Klimaschutz** ist ein wichtiges Beispiel dafür, dass das Motto „global denken und regional handeln“ einer der zentralen politischen Grundsätze der Zukunft sein muss. Denn auf allen Ebenen sind wir gefordert, der Bedrohung durch den Klimawandel etwas entgegenzusetzen.

Gerade in Schleswig-Holstein, als einem Land zwischen den Meeren, haben wir eine ganz besondere Verpflichtung den hier lebenden Menschen und der Natur gegenüber, uns dem **Klimawandel** entgegenzustellen und dafür Aufgaben in unseren jeweiligen Handlungsbereichen wahrzunehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese globale Bedrohung, die von allen erkannt wird, zu so wenig **Konsequenzen** auf den regionalen und nationalen Ebenen führt. Wenn man sich die Klimakonferenz, die gerade in Bonn stattgefunden hat, und deren Ergebnisse anschaut, müssen wir feststellen, dass die politischen Konsequenzen, die gerade auf der internationalen Ebene daraus gezogen werden, überhaupt nicht ausreichend sind - und das vor dem Hintergrund, dass mittlerweile sehr viele wissen, dass die Konsequenzen, die zu ziehen sind, keine Konsequenzen sind, die unsere Volkswirtschaft bedrohen, sondern ganz im Gegenteil; die Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, sind gleichzeitig auch Maßnahmen, die unsere Volkswirtschaften stärken, die die Beschäftigung stärken und eine Energieversorgung zum Ergebnis haben, die zukunftsweisend ist. Alle Schritte, die wir in Richtung Nachhaltigkeit gehen müssen, haben eigentlich nur positive Konsequenzen.

Wenn man sich hier für **Schleswig-Holstein** anschaut, welche Vorteile wir von der ambitionierten **Klimaschutzpolitik** haben, so kann man sehr deutlich feststellen, dass allein die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein durch Maßnahmen des Klimaschutzes, das heißt durch das Setzen auf Regenerativenergien und auf Energieeinsparungen durch das Schaffen von qualifizierten zukunftsorientierten Arbeitsplätzen um etwa 10 % gesenkt werden konnte. Denn Energieeinsparung heißt ja nicht, Arbeitsplätze einzusparen, sondern im Gegenteil; Energie einsparen heißt, neue zukunftsorientierte **Arbeitsplätze in Hightechnologien** zu schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dadurch wird deutlich, wie positiv Ökonomie und Ökologie an dieser Stelle miteinander verknüpft werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

Der Klimaschutzbericht, den die Landesregierung Ihnen vorlegt, enthält eine Reihe von Maßnahmen und Indikatoren des Klimaschutzes in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein hat mit seiner Klimaschutzpolitik insgesamt - gerade auch im Vergleich zu anderen Bundesländern - eine ansehnliche Bilanz vorzuweisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

So ist der **Energieverbrauch** in Schleswig-Holstein im Zeitraum von 1990 bis 1997 temperaturbereinigt um 0,3 % gesunken. Wenn man die Auswüchse, die wir gerade im Verkehrsbereich gehabt haben, einmal abzieht, kann man feststellen, dass außerhalb des Verkehrsbereichs der Energieverbrauch in Schleswig-Holstein in diesem Zeitraum um 2,6 % gesunken ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Man muss wissen, dass die Bevölkerung im gleichen Zeitraum in Schleswig-Holstein um 5 %, die Wohnfläche um rund 11 % und das reale Bruttoinlandsprodukt um mehr als 13 % angestiegen sind. Dass wir in dieser Situation den Energieverbrauch in der genannten Weise gesenkt haben, zeigt, dass es sich hier um einen beachtlichen Erfolg handelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schleswig-Holstein ist das Land, das gerade bei dem Ausbau regenerativer Energieträger und der **Kraft-Wärme-Kopplung** hervorragend dasteht. Bei Windenergie und Photovoltaik sind wir in Schleswig-Holstein - hinsichtlich des Anteils des Stromverbrauchs aus diesen Energien - Spitzenreiter in Deutschland. Der Anteil des Stroms aus Kraft-Wärme-Kopplung am Stromverbrauch ist bei uns in Schleswig-Holstein mit 20 % doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Indikatoren zeigen erste Erfolge der Klimaschutz- und Energiepolitik des Landes. Die Landesregierung hat aber auch in weiteren Handlungsfeldern eine ganze Palette von Maßnahmen ergriffen. Diese werden wir in den nächsten Jahren mit dem 20-

(Minister Rainer Steenblock)

Punkte-Programm für die Schwerpunkte des Klimaschutzes fortsetzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie nicht mehr!)

Dazu nenne ich beispielhaft einige Maßnahmen. Aus dem Handlungsfeld **Bauen und Wohnen** möchte ich das 1998 - zusammen mit der Energienstiftung Schleswig-Holstein - gestartete Impulsprogramm „Wärmetechnische Gebäudesanierung“ anführen. Dies ist ein sehr erfolgreiches und sehr ambitioniertes Projekt, bei dem genau diese Kombination - Schaffung neuer Arbeitsplätze und sehr verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen - erreicht wird. Das ist eine Klimaschutzpolitik, die genau auf diese Kombination setzt, nämlich die Probleme der Zukunft ökonomisch verträglich, sozial gerecht und ökologisch ambitioniert zu meistern. All dem wird dieses wärmetechnische Gebäudesanierungsprogramm - was den Altbaubestand angeht - in hervorragender Weise gerecht.

Weiterhin haben wir auch im **Verkehrsbereich** - der sicherlich immer noch ein Problemkind des Klimaschutzes ist - durch die Umsetzung des landesweiten Nahverkehrsplans und durch das Güterverkehrskonzept eine Reihe von richtungweisenden Entscheidungen getroffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der **Landwirtschaft** kommt es unter Klimaschutzgesichtspunkten vor allem darauf an, die Nutzung von emissionsarmen Produkten zu stärken und den Einsatz von mineralischen Düngemitteln zu senken. Hier unterstützt die Landesregierung die Umsetzung der Düngemittelverordnung des Bundes durch Beratungsangebote und eine konsequente Überwachung sowie durch den Einsatz von Klärschlamm und Kompost. In den letzten Jahren haben wir das durch die Zusammenarbeit von Landwirtschaftsministerium und Umweltministerium sehr gut vorangebracht.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Wir haben den Bereich der Klärschlammverordnung aus der öffentlichen Debatte herausgenommen und ein Angebot geschaffen, das mittlerweile von der Landwirtschaft angenommen wird,

(Claus Ehlers [CDU]: Auch von Biobetrieben?)

- indem wir ökologische und ökonomische Kriterien zusammengeführt haben. Ich glaube, das ist genau die Ebene, auf der ein Land Verantwortung tragen kann und die vernünftig geregelt worden ist.

Auch in den Bereichen **Ökotechnik** und **Ökowiirtschaft** haben wir in Zusammenarbeit mit der schles-

wig-holsteinischen Wirtschaft eine ganze Reihe von Maßnahmen erzielt, die ich nicht im Einzelnen aufzählen will. Es seien nur die Stichworte Öko-Audit und ökotechnisch ressourcensparende Unternehmen genannt. An dieser Stelle empfehle ich Ihnen einen Blick in die Broschüre der Landesregierung „Gewinne durch Umweltschutz“. Dort werden Sie eine Reihe von hervorragenden Beispielen finden, die für dieses Land deutlich machen, dass wir auch in der Kombination von Politik und gewerblicher Wirtschaft viele Schritte vorangekommen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Aktivitäten der Landesregierung, die sich durch eine ganze Reihe von weiteren Stichworten beschreiben lassen, sind darauf abgerichtet, dem Klimaschutzziel der Bundesrepublik unterstützend zur Seite zu treten. Ich sage ganz offen, dass ich sehr unsicher bin, ob wir das Klimaschutzziel, das für Deutschland mit einer **Reduktion des CO₂-Ausstoßes** von 25 % aufgestellt wurde, tatsächlich erreichen. Wir haben große Schwierigkeiten, weil die alte Bundesregierung die Reformvorhaben, die auf Bundesebene notwendig waren, viel zu spät - beziehungsweise überhaupt nicht - angepackt hat.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Die neue Bundesregierung hat eine Reihe von Schritten in die richtige Richtung gemacht. Das geht vom Einstieg in die Ökosteuerreform bis zum Stromeinspeisungsgesetz.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Viele andere Gesetzesregelungen, die auf den Weg gebracht wurden, zeigen in die richtige Richtung.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wer an dieser Stelle davon redet, dass wir uns vor der globalen Herausforderung, vor der wir stehen, eine Pause im Umweltschutz verordnen könnten, der handelt absolut verantwortungslos und hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Landesregierung wird den konsequenten Weg des Klimaschutzes weitergehen. Diese Landesregierung wird mit diesem Maßnahmenpaket diesen Weg ganz konkret mit der Wirtschaft und den Interessenverbänden in Schleswig-Holstein weiter beschreiten,

(Minister Rainer Steenblock)

denn wir wollen **Ökonomie** und **Ökologie** mit sozialer Verantwortung zusammenbinden. Da ist Klimaschutz genau das Handlungsfeld, das wir brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich eröffne die Aussprache.

Frau Abgeordnete Tengler erhält das Wort.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich recht herzlich für den umfangreichen Bericht, der immerhin 233 Seiten umfasst, bedanken. Vier Jahre haben sieben Ministerien und die Staatskanzlei daran gearbeitet. Diesem in einem Kurzbeitrag im Landtag gerecht zu werden, ist ein aussichtsloses Unterfangen.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Nun zum Thema! Unstrittig ist ein Zusammenhang zwischen dem **CO₂-Ausstoß** und dem Treibhauseffekt. Unstrittig ist auch, dass der CO₂-Ausstoß gemindert werden muss.

Bemerkenswert sind für mich in diesem Zusammenhang die Informationen auf Seite 5 des Berichts. Aus dem Kreisdiagramm geht eindeutig hervor, dass der CO₂-Ausstoß in Deutschland mit 4 % genauso hoch ist wie der ganz Südamerikas und größer als der ganz Afrikas, der bei 3 % liegt. Daraus leitet sich unsere Verantwortung ab.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Ist-Zustand wird umfangreich dargestellt. Ich frage mich, ob alle in dem Bericht dargestellten Facetten der Auswirkungen des Treibhauseffektes wirklich immer belegte Sachdarstellungen sind oder ob sie nicht vielmehr Einzelmeinungen darstellen, die vorrangig geeignet sind, die Bevölkerung zu verunsichern. Das dürfen wir nicht. Wir müssen mit diesem Thema sachlich umgehen. Wir können nicht daran vorbeisehen, dass ein Wissenschaftlerstreit darüber entbrannt ist, inwieweit die CO₂-Problematik tatsächlich zur Erwärmung der Atmosphäre beiträgt. Ich weise auf das „Handelsblatt“ vom 7. Oktober 1999 hin.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das war die richtige Quelle!)

Aus Zeitgründen kann ich nicht auf alles eingehen. Eines ist jedoch besonders erwähnenswert: Die Bundesregierung hat 1990 durch ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, die CO₂-Emissionen in der Bundes-

republik - gegenüber den Werten von 1989 - bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 % zu reduzieren. Der Minister hat auch schon bezweifelt, ob wir dieses hohe Ziel erreichen werden. Das ist eine hohe Zielvorgabe, die erstrebenswert ist und unser aller Mitarbeit einfordert. Wichtig für Schleswig-Holstein ist und sollte die Frage sein: Was will diese **Landesregierung** in Zukunft für den **Klimaschutz** tun? Sie stellt dieses in einem 20-Punkte-Programm vor.

(Ingrid Franzen [SPD]: Was will die Opposition?)

- Nein, Frau Franzen, wir sollten uns hier mit dem Klimaschutzbericht der Landesregierung befassen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Frau Franzen, es wird Sie freuen, was ich jetzt sage. Sie will unter Punkt 1 das verfügbare Indikatoren- und Datensystem für eine Erfolgskontrolle und Schwerpunktsetzung im Klimaschutz weiterentwickeln. Das ist zu begrüßen, denn nur so können geeignete Maßnahmen auf ihre Effektivität hin überprüft werden.

Unter Punkt 5 will sie gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft weiterhin wirtschaftliche **Sparpotentiale** - insbesondere beim **Energieverbrauch** im verarbeitenden Gewerbe - mobilisieren. Ich denke, auf diesem Gebiet sind die Betriebe im ureigensten Interesse bereits in vorbildlicher Weise tätig und zum Teil weiter als die Landesregierung, weil es zum täglichen Brot jedes Unternehmens gehört, die Betriebskosten zu optimieren.

Generell zur Förderung des ökologischen Bauens sei der Landesregierung empfohlen, die geförderten Projekte besser zu kontrollieren, damit es nicht wiederholt zu solchen Bauruinen wie in Jübek - dem so genannten ökologischen Wohnpark - kommt, der inzwischen nicht mehr bewohnbar ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu Punkt 11! Die Landesregierung will die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger regionaler **Tourismuskonzepte** unterstützen. Prima! Dazu gehört allerdings, dass Fahrradwege gebaut werden. Das ist konkrete Unterstützung - alles andere sind Absichtserklärungen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig! - Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

(Frauke Tengler)

Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, Sie sollten die Zahlen vergleichen, wie viele Fahrradwege in den letzten Jahren gebaut worden sind. Darauf hatten wir ja bei Ihnen gehofft.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 200 km in der letzten Legislaturperiode! - Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Punkt 12, Herr Hentschel: Verminderung der klimarelevanten Emissionen aus der **Landwirtschaft!** - In der konventionellen Landwirtschaft soll der Aufwand an Betriebsmitteln wie Treibstoff, an Düngemitteln oder Futter pro erzeugter Produktionseinheit reduziert werden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Hier stellt sich besonders die Frage, ob das im ökologischen Landbau nicht geschehen soll.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei den 2 % in Schleswig-Holstein! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, das wird jetzt neu für Sie sein, hören Sie einmal zu.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Reduzierung der Betriebsmittel verfolgt die Landwirtschaft schon seit Jahren, und zwar auf konventionellen und ökologischen Betrieben.

(Konrad Nabel [SPD]: Da wird geschnackelt und es geht nicht weiter!)

- Herr Nabel, wie gut, dass ich Sie kenne.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Das wollen wir jetzt genauer wissen!)

- Ich weiß, Sie müssen so sein.

Wer von klimarelevanten Emissionen der Landwirtschaft spricht, der muss auch von den Klimavorteilen der landwirtschaftlichen Produktion sprechen. Die Landwirtschaft ist eine der ganz wenigen Wirtschaftszweige, die Nettoenergieerzeuger sind. Gerade dies bringt bei CO₂ eine beachtliche Erfolgsbilanz.

(Beifall der Abgeordneten Claus Ehlers [CDU], Claus Hopp [CDU], Peter Lehnert [CDU] und Hans Siebke [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte meinem Kollegen Sager gegenüber nicht unkollegial werden und schaue auf die Uhr. Mein Redekonzept wäre noch länger, aber ich möchte hier abrechnen und nur noch so viel sagen: Wir werden das, was diese Landesregierung in der ihr verbleibenden Zeit für den Klimaschutz tut, sehr genau beobachten.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr guter Beitrag!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Müllerwiebus.

Roswitha Müllerwiebus [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klimaschutzbericht des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten liegt uns vor. Herr Minister Steenblock, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank für diesen ausführlichen, informativen und guten Bericht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vor zwei Wochen ist in Bonn die fünfte **Weltklimakonferenz** zu Ende gegangen. Auch hier wurde wieder deutlich, welche Bedeutung der **Klimaschutz** als globale Aufgabe hat und welche Verantwortung gerade die Industrienationen haben, also auch Deutschland. Deutschland und die EU haben ihre Vorreiterrolle im internationalen Klimaprozess unterstrichen. Das Lob von Umweltverbänden dafür insbesondere an Deutschland ist auch eine Anerkennung an Schleswig-Holstein, das einen hohen Anteil an Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland hat.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Heinz-Werner Arens [SPD], Konrad Nabel [SPD] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist inzwischen gesichertes Erkenntnis, dass das Klima auf unserer Erde vom Menschen beeinflusst wird. Seit etwa 100 Jahren wird es auf der ganzen Welt langsam, aber stetig wärmer - durch den **Treibhauseffekt!**

Der Mensch bringt durch die Verbrennung fossiler Energieträger zusätzliche Wärmeenergie in den Wärmekreislauf ein und verhindert durch den damit verbundenen CO₂-Ausstoß zunehmend die Abstrahlung sowohl dieser als auch der natürlichen Wärmestrahlung in den Weltraum. Der Effekt potenziert

(Roswitha Müllerwiebus)

sich. Frau Tengler, Sie haben ja Recht, dass das noch nicht bewiesen ist, aber wenn es bewiesen ist, dann ist es zu spät, dann sind wir alle abgeseoffen.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Die Auswirkungen des Treibhauseffektes sind nämlich vielfältig. Die obersten Wasserschichten der Ozeane dehnen sich durch die Erwärmung aus und große Eismassen schmelzen ab. Diejenigen, die hier im Stillen denken „Nach mir die Sintflut!“, werden wortwörtlich Recht behalten: Die Sintflut wird kommen. Bis zum Jahre 2100 wird ein Anstieg des Meeresspiegel um 50 cm erwartet, meine Damen und Herren Volksvertreter zwischen den Meeren!

Klimaschutz geht uns alle an und unterlassene Klimaschutzmaßnahmen zerstören sowohl unsere Umwelt als auch die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Auch Deutschland hat sich sogar unter der damaligen Kohl-Regierung 1992 in Rio zu einer nachhaltigen Entwicklung zu Agenda 21 verpflichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] - Ingrid Franzen [SPD]: Das ist ein Eingehen auf die Umweltfragen!)

Das deutsche Klimaschutzziel ist, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % gegenüber 1990 zu senken. Dazu hat sich Bundeskanzler Gerhard Schröder in Bonn noch einmal ausdrücklich bekannt.

Klimaschutz ist nicht nur eine Querschnittsaufgabe, sondern auch eine Querschnittschance. Der Bereich Energie bildet dabei einen deutlichen Schwerpunkt. Durch eine umfassende, intelligente **Energiewende** erwarten verschiedene Studien für Deutschland etwa 400.000 dauerhaft ausgelastete zusätzliche Arbeitsplätze.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Konrad Nabel [SPD], Frauke Walhorn [SPD] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die SPD bedeutet eine moderne Energiepolitik gleichermaßen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- sowie Umweltpolitik durch einen intelligenten Energiemix aus den Energien, die als CO₂-freie oder -neutrale Kreislaufprozesse die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen nicht beeinträchtigen. Wir müssen diesen Weg zielgerichtet Schritt für Schritt gehen. Wir müssen konsequent die Strahlungsenergie der Sonne in allen Variationen nutzen. Besonders hervorheben möchte ich auch den Wasserstoff. Er ist der Energieträger der Zukunft. In Verbindung mit Brennstoffzellenkraftwerken entsteht ein völlig CO₂-freier Kreislauf in der Stromerzeugung.

(Zuruf von der SPD: So ist es! - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist kurzsichtig, den liberalisierten Strommarkt als Gegenargument für einen intelligenten Energieumbau anzuführen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben Klimaschutzgründen ist das auch deshalb zu kurz gesprungen, weil die Strompreise nur solange sinken, bis die weltweiten Überkapazitäten abgebaut sind. Und die sind dann abgebaut, wenn alte, abgeschriebene Anlagen abgeschaltet werden müssen.

(Frauke Walhorn [SPD]: Sehr richtig! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann mit Know-how und Kapazitäten just in time präsent zu sein mit einem neuen Energiemix, mit einer Energiespartechnologie, sichert den Wettbewerbsvorteil und schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umsetzungsstrategien im Rahmen des Klimaschutzprogramms und weiteres Potential in den einzelnen Bereichen sind im Klimaschutzbericht auf über 200 Seiten dargestellt. Da sie den ja alle in den Herbstferien intensiv gelesen haben, sind Sie über die vielen einzelnen Maßnahmen gut informiert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber die „Beinahetränen“ kommen ja auch noch; da ist noch eine Chance.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was wollen Sie damit sagen? - Heiterkeit)

Es sind viele Einzelschritte additiv notwendig, um eine möglichst hohe CO₂-Minderung zu erreichen. Ein Riesepotential liegt in der Energieeinsparung - oder besser gesagt in der Verringerung der Energieverschwendung - sowohl bei der Wärme als auch bei der elektrischen Energie. Im Strombereich lässt sich unter anderem im Stand-by-Bereich und durch Energiesparleuchten viel sparen, ohne dadurch den Komfort im täglichen Leben einzuschränken.

In der Erhöhung der **Energieeffizienz** liegt ein weiteres großes Potential. Die eingesetzte Primärenergie vollständig zu nutzen ist das Ziel. Lassen Sie mich dazu ein Beispiel anführen. In der letzten Woche hat Herr Minister Bülck den Schmidt-Römhild-

(Roswitha Müllerwiebus)

Technologiepreis für die Entwicklung eines Heizungs-ölbrenners vergeben; dieser setzt 98 % der Primärenergie in nutzbare Wärmeenergie um. Gängige, moderne Brenner schaffen heute 88 %.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Hier werden ganz klar die Chancen und die Vernetzung deutlich: Klimaschutz, Kosteneinsparung, Ressourcenschonung durch geringeren Ölverbrauch, Sicherung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen bei der Firma, durch die Preisvergabe Vorbild und Anreiz zur weiteren Entwicklung von klimaschonenden innovativen Produkten.

(Beifall bei SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oft erreicht man nicht mit spektakulären Dingen den gewünschten Effekt, sondern mit der Summe vieler intelligenter Einzelmaßnahmen.

Ich möchte jetzt nicht auf die vielen Einzelbeispiele des Berichts eingehen. Herr Minister Steenblock hat eine ganze Palette skizziert. Ich möchte aber doch noch einmal betonen, dass Klimaschutz bedeutet, Strom und Wärme als System zu begreifen.

Kraft-Wärme-Kopplung - also die Nutzung der bei der wie auch immer gearteten Stromerzeugung anfallenden Wärmeenergie - ist nicht nur vernünftig, sondern auf Dauer unabdingbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und eine Querschnittschance - Chance für Arbeitsplätze, Wirtschaft, Bildung, Landwirtschaft und Umwelt. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen durchzusetzen und zu fördern, ist sozialdemokratische Politik vor und nach der Wahl.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh! Oh!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! **Klimaschutz** ist eine zentrale politische Aufgabe. Grundlage sind die Verpflichtungen aus den Beschlüssen zur Agenda 21 von Rio und in den Folgekonferenzen sowie die Selbstverpflichtung der Bundesrepublik der alten und neuen Regierung zur Senkung der Kohlendioxidemission um ein Viertel bis 2005.

Die Handlungsfelder im Klimaschutz sind vielfältig, wie der Bericht ausweist. Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Herr Minister Steenblock, für die ausführliche Information. Eine herausragende Arbeit, die keine Wünsche übrig lässt,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind mit wenig zufrieden zu stellen! - Lachen bei CDU und F.D.P.)

in der die komplexen Zusammenhänge Punkt für Punkt aufgedröselst werden. Wir sprechen den Mitarbeitern der beteiligten - -

(Unruhe)

- Sagen Sie einmal, was regen Sie sich eigentlich auf? Was soll das denn?

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Einzige, der sich aufregt, sind Sie! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ist das hier für Sie eine Kasperveranstaltung?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die grüne Fraktion spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Häuser und vor allen Dingen der Hauptautorin unsere ausdrückliche Anerkennung aus. Bitte richten Sie das aus, Herr Minister!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nicht umsonst wird Klimaschutz in dem Bericht als **Querschnittsaufgabe** bezeichnet. Es geht um Energie als ganz großen Block, um Abfallwirtschaft, Industrie, Bauen und Wohnen, Verkehr, Tourismus, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz, Bildung und Forschung, kommunalen Umweltschutz, regionale Raum- und Bauplanung. Auf allen Gebieten gibt es Fortschritte und vernünftige Analysen und daraus abgeleitete Aktivitäten der Landesregierung.

Schleswig-Holstein hat auf vielen Gebieten eine Führungsrolle im Bundesvergleich. Klimaschutz steht sehr gewichtig auf der Habenseite in der Regierungsbilanz dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das wird auch durch das 20-Punkte-Programm zur Fortsetzung und Weiterentwicklung unterstrichen. Ich muss mich in meinem Beitrag natürlich - wie auch die anderen Kollegen - auf wenige Punkte beschränken. Die größte Schnittmenge besteht in der Energiepoli-

(Detlef Matthiessen)

tik, die ich trotzdem nur partiell streifen möchte, weil wir den Energiebericht bereits vor kurzem hier im Hause beraten haben.

Ich fange aus gutem Grund mit **Bauen und Wohnen** an. Den größten Anteil unserer Energie verheizen wir, gleichzeitig sind die Einsparpotentiale am größten - sowohl quantitativ als auch von der Wirtschaftlichkeitsschwelle her betrachtet. Daher spricht der Bericht zu Recht von einer Schlüsselposition im Klimaschutz.

Nachdem der **Niedrigenergiehausstandard** in einem umfangreichen Programm mit 4.000 Wohneinheiten zur technischen Reife in Schleswig-Holstein entwickelt wurde, ist der Niedrigenergiehausstandard jetzt obligate Voraussetzung im geförderten Wohnungsbau geworden. Ein mutiger Schritt der Landesregierung, der inzwischen allseits akzeptiert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite große Maßnahme ist das Impuls-Programm zur wärmetechnischen Sanierung im **Gebäudebestand**, das von der Bauministerin zusammen mit der Energiestiftung mit jährlich 1,13 Millionen DM finanziert wird. Es ist damit eines der größten Energieprogramme der Landesregierung. Es setzt auch strategisch an der richtigen Stelle an; 70 % des Gebäudebestandes ist vor der ersten und zweiten Wärmeschutzverordnung errichtet worden. Hier kann Energie in großen Mengen und sehr wirtschaftlich gespart werden. Ein Altbau verbraucht 20 l Heizöl pro Quadratmeter pro Jahr gegenüber einem Neubau mit 10 Litern. Ein Niedrigenergiehaus verbraucht nur 7 l und ein **Passivhaus** als neueste Entwicklung verbraucht nur noch 1,5 l pro Quadratmeter pro Jahr. Damit kann man auf eine Heizung im herkömmlichen Sinne verzichten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich über die Ankündigung von Bundeskanzler Schröder auf der Bonner Weltklimakonferenz, dass das Passivhaus in Zukunft bei uns in der Republik gefördert werden soll. Endlich ist die Bundesebene nicht mehr der Hemmschuh für die Landesklimapolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bei aller Kritik am Erscheinungsbild von Rot-Grün in Berlin zeichnet sich dort immer deutlicher ein Bild ab, dass es endlich mit dem Klimaschutz in Deutschland vorwärts geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es genügt eben nicht nur, Ziele zu formulieren - wie es die alte Bundesregierung getan hat -, sondern man muss auch etwas tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Vom Passivhaus - davon gehe ich einmal aus - haben Sie genauso wenig gehört, Frau Schwalm, wie von dem ehrgeizigen Projekt einer flächendeckenden Gebäudetypologie für Schleswig-Holstein. Dass wir inzwischen eine neue Konzessionsabgabenverordnung haben, Herr Sager, werden Sie wahrscheinlich auch nicht mitgekriegt haben. Sie wissen ja gar nicht, dass das ein milliardenschweres Problem für die Kommunen war, was die Rexrodt-Novelle im Energiewirtschaftsrecht angerichtet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Dass die Bundesregierung das Passivhaus fördern will, weil mit der neuen Energiesparverordnung 2000 das Niedrigenergiehaus Standard wird und damit nicht mehr gefördert zu werden braucht, ist ein großer Fortschritt für den Klimaschutz.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber, dass wir ein neues Einspeisungsgesetz für regenerativen Strom bekommen werden, haben wir gestern schon debattiert. Aus Berlin bekommen wir endlich Rückenwind für Schleswig-Holstein und nicht Flaute oder Gegenwind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön!)

- Ich sage auch, dass diese Entwicklung sehr schön ist, Herr Kubicki.

Ich komme jetzt zu einem weiteren wichtigen Thema. **Biomasse** steht noch - gemessen am Potential - am Anfang seiner Entwicklung, auch wenn wir in Schleswig-Holstein schon eine Reihe von Projekten realisiert haben und uns in einem kleinen Maßstab im bundesweiten Vergleich durchaus blicken lassen können. Daher sollte die Landesregierung ihren Einfluss bei der Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes geltend machen und sollte an erster Stelle natürlich zur Sicherung des Windstandortes Schleswig-Holstein, an zweiter Stelle aber auch für Biomasse, insbesondere Biogas, kämpfen. Mit dem Biomassehandlungsplan, mit dem Programm ABI sind ja

(Detlef Matthiessen)

schon wichtige Schritte auf Landesebene getan worden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen aber für **Biogas** in der Verstromung 20 Pfennige pro Kilowattstunde. Zurzeit sind es nur 14,6 Pfennige und es zeigt sich, dass sich damit trotz der Aufnahme von Kofermenten aus der Abfallwirtschaft in der 94-er Novelle des Einspeisungsgesetzes unter diesen Bedingungen keine Marktwirksamkeit entfaltet.

Hier kann für unsere Landwirtschaft ein weiteres wirtschaftliches Standbein entstehen ähnlich wie in der Windenergie. Wir haben im KMU-Bereich bei uns im Lande Behälterbau, zum Beispiel Farmatic in Nortorf, wir haben tüchtige BHKW-Hersteller, die sich im Bundesvergleich sehr gut sehen lassen können - Haase in Neumünster, Storm in Rendsburg. Wir haben kleine, auf Biogas spezialisierte Ingenieurbüros und Planer hier im Lande. Unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes liefert uns Biogas eine vielfache Rendite. Es verdrängt - wie alle regenerativen Energieträger - fossile Energie und es verhindert durch den Verschluss der Güllebehälter die Ausgasung von Methan und Ammoniak, was zu 9 % - das wird ja häufig bei der CO₂-Zentrierung übersehen - zur Klimagefährdung beiträgt.

Durch diesen stickstoffsparenden Effekt wird gleichzeitig bei technisch hergestelltem Dünger noch mehr eingespart, was wiederum sehr viel Fossilenergie bei der Herstellung spart, wodurch Distickstoffoxid reduziert werden kann, das bekanntlich zu 7 % an der Klimagefährdung beteiligt ist - also eine vielfache Rendite! Dass es nicht stinkt und in der Stromversorgung eine stete Verfügbarkeit hat, ja sogar dem Verbrauch modulierend angepasst werden kann, sei nur ergänzend als touristische und energiewirtschaftliche Vorteile erwähnt. Nutzen Sie, Herr Minister, in der aktuellen Debatte um die Reform des Stromeinspeisungsgesetzes bitte Ihre Möglichkeiten.

Zurück zum Bericht! Ich will eines deutlich hervorheben: Notwendig für Klimaschutz sind auch Information und Aufklärung. Dazu es gab in dieser Legislaturperiode die **regionalen Klimaschutzkonferenzen**. Unter Beteiligung der kommunalen Körperschaften wurde über Möglichkeiten und Projekte des kommunalen Klimaschutzes beraten. Diese Veranstaltungen wurden flächendeckend in allen Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt und waren durchweg gut besucht. Auch ich war auf einer Reihe dieser Konferenzen, die sehr spannend waren. Auf allen diesen Konferenzen war auch Umweltminister Steenblock persönlich anwesend und engagiert dabei. Das unterstreicht,

wie wichtig die Landesregierung den Klimaschutz nimmt.

Klimaschutz in Schleswig-Holstein ist eine Erfolgsgeschichte, die nicht selbstverständlich ist. Im Bericht findet sich auf Seite 21 unter der Überschrift „Handlungsmöglichkeiten und Restriktionen für Klimaschutz auf Landesebene“ eine sehr ehrliche Analyse der landespolitischen Möglichkeiten. Wir stoßen ja auf vielfältige Grenzen: begrenzte Mittel in der Landeskasse, Bundeskompetenzen - hier haben wir berechnete Hoffnung auf Besserung -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und die schwierige Wirkungskontrolle bei so genannten weichen Maßnahmen wie Informationsverbreitung. Außerdem gibt es eine Reihe methodischer Probleme in der Erfassung der Daten und der Festlegung der Indikatoren, auf die der Bericht ungeschminkt und mit fast schon wissenschaftlicher Präzision eingeht.

Trotzdem gibt es ein paar harte Daten, die man nicht als Peanuts oder Lyrik abtun kann, sondern die den Erfolg harter und konsequenter Regierungsarbeit unterstreichen. Der Anteil der **Kraft-Wärme-Kopplung** liegt in Schleswig-Holstein mit 20 % doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Schleswig-Holstein ist bundesweit Spitze bei der Erzeugung von Strom aus Windenergie und bei der Photovoltaik. Schleswig-Holstein belegt mit einem Anteil der regenerativen Energien von 10 % bei der Stromerzeugung weit vor anderen Bundesländern Rang zwei. Wesentlich höher ist der Anteil mit 15 % nur in Bayern. Das liegt im Wesentlichen an dem Anteil des dort aus Wasserkraft erzeugten Stromes. Da können wir natürlich nicht mithalten. Wir haben aber eine weitaus bessere Wachstumsdynamik; die Bayern werden wir also auch noch einholen, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von der CDU: Wie denn? - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Die Bayern holen wir auch noch ein, nicht mit

(Detlef Matthiessen)

einer CDU-Regierung, sondern mit Hilfe von Simonis und Steenblock.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen bei der CDU)

Ein dritter beeindruckender Punkt ist, dass der **Energieverbrauch** in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren konstant geblieben ist, während er in den anderen alten Bundesländern steigt. Gleichzeitig wächst unsere Bevölkerung stärker als woanders. Bezogen auf den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung können wir sogar ein Minus von 2 % beim Energieverbrauch verzeichnen. Bezogen auf die Entwicklung des Bruttosozialproduktes liegt dieses Minus sogar bei 8,9 %. Diese Zahlen sprechen für sich. Das ist der Erfolg der Klimaschutzpolitik hier im Lande. Klimaschutz und Energiewende sind wichtige ökologische Faktoren, zu denen es keine Alternative gibt. Sie bieten aber auch eine zukunftsweisende Entwicklungsstrategie für unser schönes Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Matthiessen, es ist immer sympathisch, wie du deinen Minister lobst. Das finde ich richtig nett. Er ist auch richtig rot geworden. Einer muss ihn ja loben. Das finde ich auch in Ordnung. Dann verkraftet er meine Kritik nachher vielleicht ein klein bisschen besser.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Als erstes müsste Ihnen, Herr Kollege Matthiessen, doch auffallen sein, dass Herr Hentschel bei der Debatte um die A 20 hier durchaus überzeugend erklärte, dass gerade der **Verkehrsbereich** ganz wesentlich für die Umweltpolitik ist. Das ist richtig. Was sagte uns aber Herr Minister Steenblock? Er sagte uns, dass alle Zahlen mit Ausnahme der des Verkehrsbereichs ganz ordentlich sind. Das heißt, in dem entscheidenden Bereich, wo wir für **Klimaschutz** sorgen müssten, ist auch in Schleswig-Holstein nichts erreicht worden. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Was wollt ihr denn? Vorschläge! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Machen Sie doch mit beim Autobahnstopp!)

Zweiter Punkt! Ich finde es erstaunlich, in welcher Weise Sie, Herr Kollege Matthiessen, Rückenwind aus Berlin definieren. Schauen wir uns doch einmal an, was im Bereich Klimaschutz an angeblichem Rückenwind aus Berlin kommt:

Erstens. Die **Ökosteuer** wird nicht emissionsabhängig erhoben, sondern wurde willkürlich festgesetzt. Wir müssen feststellen, dass damit der Begriff Ökosteuer nicht zutrifft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zweitens. Die Umlage der **Kraftfahrzeugsteuer** auf die Mineralölsteuer wurde vielfach, gerade von den Grünen, angekündigt, sie erfolgt aber nicht. Zweites Minus!

Drittens. Die Novellierung der **Wärmeschutzverordnung** wurde verzögert. Der vorliegende Entwurf ist nach Aussage des Klimabündnisses unzureichend. Drittes Minus! Dass die Altauto-Verordnung auch nicht umgesetzt werden konnte, will ich Ihnen nicht weiter anrechnen.

Sie sehen daran doch, dass es sich keineswegs um Rückenwind handelt, sondern eher um Flaute und Gegenwind, was aus Berlin hinsichtlich der Klimaschutzpolitik kommt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Müssen Sie gerade sagen!)

Herr Kollege Matthiessen, ein wenig Kritikfähigkeit gegenüber der eigenen Regierung wäre manchmal angebracht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieser **Klimaschutzbericht** - 300 Seiten stark - ist nicht ordentlich aufbereitet. Es ist eine absolute Zumutung, sich durch ihn hindurchzuwühlen. Sie wissen, dass ich es sage, wenn die Berichte der Landesregierung gut sind. Ich übe hier keine pauschale Kritik.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Bericht ist aber eine Zumutung, weil das Wesentliche nicht herausgestellt wurde, sondern man es sich selbst aus den 300 Seiten zusammensuchen muss.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Dann nehmen Sie die Broschüre!
- Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Das finde ich nicht in Ordnung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt auch eine Kurzfassung, die können Sie lesen, wenn Sie das nicht verstehen!)

- Herr Kollege Hentschel, auf dem Niveau diskutiere ich hier nicht. Mir schöne bunte Bildchen anzuschauen, die die Wirklichkeit verzerren, dazu habe ich keine Lust. Es handelt sich hier um ein ernstes Thema.

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssen Sie eben das dicke Buch lesen!)

Im Übrigen handelt es sich um eine **Wahlwerbung** aus Steuermitteln. Ein 20-Punkte-Regierungsprogramm am Ende der Legislaturperiode vorzulegen, das ist eine Sauerei. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie haben wohl geglaubt, ich hätte mir das Ding nicht angeschaut und Sie könnten mir das jetzt vorhalten. Pustekuchen, mein Lieber - so etwas passiert mir nicht!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie gut lesen können, wissen wir ja!)

- Ich möchte mich jetzt gern wieder mit aktivem Klimaschutz beschäftigen und einen Satz der ehemaligen Umweltministerin Dr. Edda Müller in diesem Hause zitieren, die tatsächlich Ahnung von diesem Thema hatte: „Aktiver Klimaschutz ist ein Gebot ökologischer Risikovermeidung.“ Drastisch ausgedrückt: Ohne Klimaschutz könnten wir demnächst „Land unter“ haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Kollege Kubicki, darf ich trotzdem meine Rede halten oder möchtest du das machen?

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- So viel Beifall von der SPD bin ich ja gar nicht gewohnt, aber ich nehme den gern auf.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist so omnipotent! Der ist auch Klimaschutzexperte!)

- Der weiß darüber mehr als du, da würde ich einmal vorsichtig sein.

Zur Durchsetzung dieser Zielvorstellung ist die letzte Bundesregierung die Verpflichtung eingegangen, die Kohlendioxidemissionen bis 2005 um 25 %, die Emis-

sionen von sechs Gruppen von Treibhausgasen um 21 % im Vergleich zu 1990 zu senken. Die jetzige Bundesregierung hat diese Verpflichtungen bestätigt. Bis jetzt ist eine Minderung der CO₂-Emissionen um 14 % erreicht worden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: DDR!)

Welche konkreten Folgen die weitere ungezügelter **Emission der Treibhausgase** hat, ist Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen. Die Folgen lassen sich nicht im Einzelnen vorhersagen. Die von der Münchner Rückversicherung angenommene Zunahme von Naturkatastrophen ist umstritten. Aber es ist sicher, dass auch zunächst kleinere klimatische Veränderungen aufgrund von Folgewirkungen zu größeren Veränderungen der Lebensumstände führen werden. Im Sinne der Vorsorge ist Klimaschutz eine zentrale Aufgabe.

Kern des Klimaschutzberichtes des Landes Schleswig-Holstein sind letztlich die Seiten 15 bis 17 des ersten Kapitels mit den zugehörigen Tabellen sowie Kapitel II. Diese Aufarbeitung ist unzureichend.

Der **Endenergieverbrauch** pro Kopf der Bevölkerung ist in Schleswig-Holstein im Zeitraum von 1990 bis 1997 um 2 % gesunken. Das wäre ein Minierfolg, wenn nicht das Bruttoinlandsprodukt unter dem bundesdeutschen Durchschnitt und der Energieverbrauch pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes über dem bundesdeutschen Durchschnitt läge. Von daher sind wir letztlich im Klimaschutz nicht vorangekommen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wer wenig produziert, braucht wenig Energie. Seit zehn Jahren wird in der Politik davon gesprochen, dass Energieeinsparung die größte Energiequelle sei. In der praktischen Umsetzung ist davon herzlich wenig zu spüren. Dies hat auch damit zu tun, dass bescheidene Erfolge zum Beispiel beim Energieverbrauch pro Quadratmeter Wohnfläche - eine Minderung um 7,3 % - erzielt wurden, im gleichen Zeitraum aber die Wohnfläche um 11,3 % gestiegen ist. Das heißt letztlich, dass steigender Wohlstand die Erfolge bei der Minderung der Emissionen kompensiert. Für die Umwelt ist das ein Nullsummenspiel.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Beitrag **erneuerbarer Energien** an der Energieversorgung kann sich sehen lassen. Dabei wird der größte Anteil von der Windenergie geleistet, die Müllverbrennung steht an zweiter Stelle. Die Landes-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

regierung hat eine gewisse Lernfähigkeit bewiesen, als sie die thermische Verwertung von Restmüll in die Energiebilanz einbezogen hat, so wie die F.D.P. dies mehrfach vorgeschlagen hatte.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich bedanke mich, dass Sie auf meine Reden hören.

Wer die Emission von **Treibhausgasen** senken will, muss sich daran orientieren, wo sie entstehen. Die drei Hauptfelder in Deutschland, auf denen Handlungsbedarf besteht, sind die Stromproduktion, die Wärmeproduktion und der Verkehr.

Aufgrund ideologischer Scheuklappen hat die Landesregierung mit der Bewertung der Kernenergie ihre größten Probleme und vollführt einen regelrechten Eiertanz. Die Gretchenfrage ist: Wie verteufelt eine ideologiefeste rot-grüne Regierung in einem Klimaschutzbericht die Tatsache, dass die Stromerzeugung in **Kernkraftwerken** keine CO₂-Emissionen verursacht?

Sie verschweigt die Tatsache und betont, dass in Schleswig-Holstein aufgrund der Kernkraftwerke die Stromerzeugung deutlich höher ist als der Stromverbrauch.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das stimmt nur dann, wenn alle Kernkraftwerke am Netz sind. Sie versuchen ja immer, das zu verhindern.

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Anschließend wird dann der weitere Ausbau der Nutzung der Windenergie gefordert. Die bestehende hohe Stromproduktion spielt dann keine Rolle mehr.

Auf Seite 47 wird festgestellt, dass 80 % der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken stammen. Die Grafik auf der folgenden Seite gibt eine Stromproduktion von nur 55 % an. Was sollen eigentlich diese Widersprüche in zwei aufeinander folgenden Seiten?

In der Legende wird dann eingeräumt, dass die Landesregierung unterstellt, dass nur Strom aus Kernkraftwerken exportiert wird. Warum das wohl? Das ist eine subtile Annäherung an ihre überflüssigen Ausstiegsphantasien, nichts weiter.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Herlich Marie Todsén-Reese [CDU])

Deswegen haben wir Ideologie auf jeder Seite dieses Berichtes und auch das macht diesen Bericht so wertlos für die weitere politische Debatte.

(Lachen des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Im Fazit ist festzuhalten, dass in Schleswig-Holstein die **Stromproduktion** weitgehend klimafreundlich erfolgt. Dies ist insbesondere den Kernkraftwerken zu danken. Weiteren Initiativen im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung bei Nutzung von Biomasse und Anstrengungen, die Photovoltaik zu optimieren, steht die F.D.P. positiv gegenüber.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit kommen Sie nicht über die 3 %!)

- Wir sind schon darüber, wir gehen jetzt auf 8 %!

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kohlendioxid ist das wichtigste der emittierten Treibhausgase. Die Senkung des **Wärmeenergieverbrauchs** ist dafür von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung hat inzwischen eingesehen, dass landesspezifische Regelungen wenig Sinn machen. Wir haben als F.D.P. immer davor gewarnt. In Berlin wird zurzeit der Entwurf einer Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden diskutiert. Der Verordnungsentwurf wird vom Klima-Bündnis als unzureichend charakterisiert. In manchen Fällen sei der Entwurf ein Rückschritt gegenüber bestehenden Vorschriften. Kernpunkt der Kritik ist, dass Sonderregelungen für die Ziegelindustrie und die Stromwirtschaft geschaffen werden. Diese Argumente kennen wir doch alle.

Die Bilanz in Schleswig-Holstein ist ebenfalls wenig überzeugend. 333 Wohneinheiten in Niedrigenergiehäusern wurden in sieben Jahren gefördert. Das ist weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Es entsteht der Eindruck, dass im Bemühen, parallel die verschiedensten ökologisch begründeten Vorstellungen zu bedienen, das zentrale Anliegen des Klimaschutzes hinten herunterfällt.

Kollege Hentschel hat in seinem Beitrag zur A 20 seine Visionen eines umweltverträglicheren Verkehrs ausgebreitet. Dagegen ist nichts einzuwenden. Doch nach meiner Einschätzung ist bis jetzt der Bevölkerung noch nicht einmal vermittelt worden, dass die Emissionen aus dem **Verkehr** sowie der Landschaftsverbrauch in einem dicht besiedelten Durchgangsland wie Deutschland mittel- und langfristig nicht zu verkraften sind. Diese Aufgabe, Herr Kollege Hentschel, haben Sie als erstes zu leisten!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie nicht?)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

- Ich stelle mich dem Problem.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer die prognostizierten Steigerungsraten mit der Verzögerung von Verkehrsvorhaben beantwortet, wie die Grünen uns dies in jeder zweiten Sitzung als Lösungskonzept präsentieren, hat nicht verstanden, dass diese Gesellschaft auf hohe Mobilität nicht verzichten kann. Nicht die Abschaffung von Verkehr, sondern seine umweltverträgliche Gestaltung kann das Ziel verantwortlicher Politik sein.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der Stein der Weisen ist in dieser Frage bisher von niemandem gefunden worden. Aber warum werden alle Ansätze in den Wind geschlagen? Und ein Ansatz ist der **Transrapid**.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh, oh!)

Die Umweltdaten sprechen eindeutig für das System. Daher wird es von den rot-grünen Gegnern jetzt über das Kostenargument torpediert. Die Stromkunden in Schleswig-Holstein subventionieren die Windenergie jedes Jahr mit 80 Millionen DM. Bei einem umweltverträglichen Verkehrssystem soll jedoch jede Mark eine Mark zu viel sein.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Beliebigkeit, Kollege Matthiessen, rot-grüner Argumentationen verstehe, wer will. Ich verstehe sie nicht. Die haben mit Logik absolut nichts zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Durchgreifende Erfolge kann diese Landesregierung in der Verkehrspolitik nicht verzeichnen - weder im erforderlichen Ausbau der Infrastruktur noch in einer umweltgerechteren Verkehrsgestaltung.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das 20-Punkte-Programm der Landesregierung lohnte durchaus eine Auseinandersetzung. Da es aber in dieser Form nicht zur Umsetzung kommt, erübrigt sich dies.

Nun zur dort aufgeführten **Ökosteuer** einige Anmerkungen! Die Ursprungsidee für eine solche Steuer sah vor, die Minderung der steuerlichen Belastung der Arbeit - sprich Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer - über eine emissionsbezogene CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe zu kompensieren. Mit dieser Vor-

stellung hat die real existierende so genannte Ökosteuer nichts gemein. Die Steuersätze sind willkürlich; sie stehen nicht im Zusammenhang mit den von den einzelnen Energieträgern verursachten Umweltbelastungen.

(Beifall des Abgeordnete Uwe Eichelberg [CDU])

Sie hat keinerlei Transparenz, sie ist kein Zukunftsmodell.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der Industrie bringt sie wenig Nachteile. Sie ist die Strafsteuer des kleinen Mannes, der Rentner und der Landwirte, der kleineren Handwerksbetriebe.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

So viel zur Sozialverträglichkeit rot-grüner Politik!

Im Fazit ist festzuhalten, dass über Klimaschutz oft gesprochen, aber nur selten in seinem Sinne gehandelt wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach allem, was wir wissen - ich fange mit dem an, was wir alle wissen; darauf weist ja auch schon seit längerem das Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen hin -

(Zuruf: Wie heißt das auf Plattdeutsch? - Heiterkeit)

wird es bei einer weiteren **globalen Klimaerwärmung** zu weltweiten Umweltkatastrophen kommen. Der uns vorliegende Bericht der Landesregierung stellt dar, mit welchen Auswirkungen wir rechnen müssen, wenn die Klimaerwärmung weiterhin zunimmt. Neben dem Anstieg des Meeresspiegels wird für Europa der mögliche Zusammenbruch des Golfstromes die größte Gefahr darstellen.

Man mag sich ja darüber streiten - Wissenschaftler streiten ja auch gern -, ich denke aber, dass die Gefahr ernst genommen werden muss, und meine, dass wir nicht darauf warten können, dass die sich in dieser theoretisch-wissenschaftlichen Diskussion einigen. Die Fakten sprechen für sich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Anke Spoorendonk)

Dass wir eine globale **Verminderung der Treibhausgasemissionen** erreichen müssen, wissen - wie gesagt - alle und auch das nicht erst seit gestern. Aus diesem Grund gibt es seit Jahren weltweite Klimaschutzkonferenzen. Wegweisend war die Klimakonferenz 1997 in Kyoto, auf der ein Klimaprotokoll verabschiedet wurde, in dem sich die Industrieländer verpflichtet haben, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Betrachtet man das Ergebnis der letzten großen Klimakonferenz in Bonn, ist das Resultat allerdings eher ernüchternd. Die Verhandlungen verkommen zu Scheingefechten und der weltweit größte Treibhausgasproduzent, die USA, stellt sich quer bei der Verringerung der eigenen Emissionen. Stattdessen streben sie den so genannten Emissionshandel an, mit dem sie sich mehr oder weniger aus ihrer Verantwortung freikaufen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

Dass dies nicht der richtige Weg ist, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen, brauche ich hier wohl nicht auszuführen.

Ich möchte dann noch einmal auf die Argumentation der Kollegin Happach-Kasan eingehen.

(Konrad Nabel [SPD]: Argumentation?)

Ich denke schon, dass das „verkehrte Welt“ war, was sie uns hier vorführte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

- Das muss ich schon sagen. Bemerkenswert!

Auf der einen Seite ist es natürlich richtig, dass in Sachen Klimaschutz der **Verkehr** für uns alle das größte Problem darstellt. Das ist sachlich richtig. Richtig ist auch, dass es auf Bundesebene über Jahre hinweg Schwierigkeiten gegeben hat, dass auch die neue Bundesregierung - darin stimme ich dir ja zu! - in Sachen Altauto-Verordnung auf EU-Ebene problematisch gehandelt hat. Das war ein echtes Problem. Aber richtig ist ja auch, dass jetzt zum ersten Mal - das ist wenigstens in den europäischen Medien so verzeichnet worden - die Bundesregierung auch eine echte Verpflichtung eingegangen ist.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Das war doch früher schon der Fall!)

Das ist jetzt wenigstens auch so herübergekommen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Richtig ist aber auch, dass Frau Merkel ganz andere Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Bundesregierung hatte, weil sie echt im Regen stand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

- Doch, das stimmt!

Jetzt komme ich zu dieser „verkehrten Welt“! Wenn dann hier gesagt wird, Klimaschutz sei nur mithilfe von Kernkraftwerken zu erreichen, Klimaschutz sei nur mithilfe von umweltgerechter Verkehrsgestaltung zu erreichen, dann sage ich, dass ich gern einmal wissen möchte, was „umweltgerechter Verkehr“ überhaupt ist!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich habe ja meine Probleme mit dieser Sache, weil ich einsehe, dass wir auf der einen Seite hier bei uns etwas tun müssen - wir haben uns über die A 20 unterhalten -, aber auf der anderen Seite wir nicht bereit sind, Geschwindigkeitslimits auszusprechen, wir nicht bereit sind, weitere Maßnahmen für den ÖPNV einzurichten und so weiter. Diese Argumentation ist - so sehe ich das - recht widersprüchlich.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen sollte selbstverständlich sein, aber es geht darum, mit dieser Selbstverständlichkeit umzugehen. Wir handeln nicht verantwortungsbewusst, indem wir sagen: Kernkraftwerke sind das Gelbe vom Ei. Wer das nicht begriffen hat, den muss man in schärfster Weise abmahnen. Oder anders formuliert: Man kann nicht für etwas eintreten, das selbst vorzuleben man nicht wenigstens versucht. Daher ist es wichtig, dass mit der Klimakonferenz in Bonn neue Möglichkeiten bestehen und dass mit dieser Klimakonferenz eine neue **Selbstverpflichtung** beginnt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Frage ist jetzt, was wir tun können, um die Situation in Schleswig-Holstein zu verbessern. Einen ersten Schritt haben wir 1995 unternommen, indem wir das CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm verabschiedet haben. Hierin ist unter anderem das Ziel formuliert, einen Beitrag zur Erreichung des Klimaschutzziels der Bundesregierung zu leisten. Ziel der Bundesregierung ist es, die **CO₂-Emissionen** bis 2005 gegenüber 1990 um 25 % zu verringern. Der

(Anke Spoorendonk)

uns heute vorliegende Bericht weist jedoch darauf hin, dass die im Energiekonzept und Klimaschutzprogramm formulierten Ziele im angestrebten Zeitraum nur teilweise erreichbar sind. Dies gilt insbesondere für die Unterstützung des Klimaschutzziels der Bundesregierung hinsichtlich der CO₂-Emissionen. Dass die Ursachen hierfür zum Teil an den in der Vergangenheit unterlassenen Reformen der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu suchen sind, kann uns nicht zufrieden stellen. Die Signale hätten rechtzeitig erkannt werden und dementsprechend hätten Handlungen erfolgen müssen.

Der Bericht legt in ausführlicher Form die ökologische Notwendigkeit und die wirtschaftlichen Vorteile des **Klimaschutzes** dar. Gerade wir in Schleswig-Holstein sollten uns bewusst machen, was es bedeuten würde, wenn der Meeresspiegel steigen sollte. So viel Fantasie haben wir ja noch. Wir können uns vorstellen, was das an Mehrkosten für den **Küstenschutz** bedeuten würde, wenn es dann überhaupt noch Sinn machen würde, Küstenschutz zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Die wirtschaftlichen Chancen und Vorteile des Klimaschutzes sind nach neuesten Untersuchungen nicht von der Hand zu weisen. Zu diesem Ergebnis ist unter anderem Professor Sprenger vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München gekommen. In einer Literaturstudie wurden die Beschäftigungspotentiale insbesondere von erneuerbaren Energieträgern und der energetischen Gebäudesanierung untersucht. In dieser Studie wird darauf hingewiesen, dass positive Nettobeschäftigungseffekte bei Investitionen in diesen Sektoren zu erwarten sind. Der Klimaschutzbericht der Landesregierung bestätigt diese Ergebnisse. Auch hier wird darauf hingewiesen, dass mit der **Windenergie** schon heute 1.500 **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein geschaffen wurden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwar wird es zu Beschäftigungsverlusten in der konventionellen, auf fossilen Brennstoffen und Atomenergie beruhenden Energieversorgung kommen können, wenn wir hier einen schrittweisen Ausstieg vornehmen. Aber gerade weil es ein schrittweiser Ausstieg sein soll, müsste es möglich sein, auch da eine Art Konversionspolitik zu betreiben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jedoch werden wir positive Arbeitsmarktverhältnisse erzielen, die die eben genannten Arbeitsplatzverluste kompensieren und überflügeln. Dies gilt besonders im Bereich der Wärmedämmung und Anlagen zur regenerativen

Energieerzeugung in der Bauwirtschaft und im Handwerk.

Wir begrüßen diese positive Entwicklung, die gerade für Neuansiedlungen im ländlichen Raum Chancen schaffen. Um diese Entwicklung auch künftig sicherstellen zu können, ist es notwendig, dass die Investoren und Hersteller der regenerativen Energien nicht verunsichert werden. Die Stichwörter lauten hier: Liberalisierung des Strommarktes oder die Drohung der PreussenElektra. Es müssen klare Verhältnisse geschaffen werden und es darf keine schwebenden Verfahren geben.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu dem 20-Punkte-Programm der Landesregierung. Hier werden schwerpunktmäßig umzusetzende Maßnahmen angesprochen, die für die Zukunft notwendig sind, um weiter die Ziele des CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramms zu erreichen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn eine ständige Überprüfung des Erreichten und des Erreichbaren stattfindet.

Ich werde noch einen Punkt hervorheben, der meines Erachtens nicht unerheblich ist: Die Bestrebungen der Landesregierung bei der Umsetzung der Agenda 21 scheint mir auch in Sachen Klimaschutz von großer Bedeutung zu sein. Denn beim Agenda-21-Prozess ist es wichtig, dass es eine Bewegung von unten ist. Es geht dabei nicht um die abstrakte kommunale Ebene, sondern es geht um richtige Menschen, die sich engagieren und beteiligen wollen und auch beteiligen sollen.

Damit wird deutlich, dass die Umsetzung von Klimaschutzziele auf der **lokalen Ebene**, aber auch insgesamt sehr viel mit Psychologie, mit Sich-darauf-Einstellen zu tun hat. Mit Öffentlichkeitsarbeit hat das Ganze natürlich auch sehr viel zu tun. Mit dem Klimaschutzbericht ist ein Stück Öffentlichkeitsarbeit geleistet worden. Ich bedanke mich beim Minister und seinen Mitarbeitern für diese Arbeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

(Lothar Hay [SPD]: Nun hören wir wieder etwas über das Kraftwerk Lübeck-Siems! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sonntagspredigt!)

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will aus energiepolitischer Sicht einige

(Reinhard Sager)

Aspekte des Klimaschutzberichtes aufgreifen und insoweit die Ausführungen meiner Kollegin Tengler ergänzen.

Wir sind uns einig in dem Ziel, dass wir weitermachen müssen im Ausbau der **erneuerbaren Energien**.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Richtig ist aber auch, dass im **Klimaschutzbericht** der Landesregierung festgestellt wird, dass der Ausbau der Windenergie an gewisse Grenzen stößt. Auch deshalb ist es richtig zu fordern, dass wir bei den erneuerbaren Energien nicht weiter einseitig auf die Windenergie allein setzen können.

(Beifall des Abgeordneten Claus Hopp
[CDU])

Es ist auch falsch, dass die Landesregierung in ihrer politischen Ausrichtung immer wieder die **Windkraft** quasi gegen die **Kernenergie** stellt. Das ist der völlig falsche Kampf, der hier im Land geführt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe der
Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Wir müssen uns beispielsweise viel stärker dem Ausbau der **Biomasse** zuwenden. Hier liegen große Zukunftschancen. Biomasse steht in Schleswig-Holstein fast unbegrenzt zur Verfügung und ist immer wieder zum Nutzen der Umwelt reproduzierbar.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sehr richtig!)

Biomasse ist im wahrsten Sinne der Bedeutung des Wortes ein nachwachsender Rohstoff. Hier sind die Potentiale noch lange nicht ausgeschöpft.

Bei ihrer Ausstiegspolitik hat sich die rot-grüne Landesregierung - wie bekannt ist - vollkommen verrannt. In diesem dicken Wälzer des Klimaschutzberichtes wird deutlich, dass es wieder einmal nicht gelungen ist, sachgerecht darzulegen, welche Alternative denn in einem überschaubaren Zeitraum tatsächlich vorhanden wäre, unter Klimaaspekten - Herr Minister! - für die Kernenergie einen Ersatz zu schaffen. Wer hehre Klimaschutzziele vor sich herträgt, macht sich mit der Forderung nach einem einseitigen Ausstieg in Deutschland völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieser einseitige Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie würde zu einer deutlichen Erhöhung der **CO₂-Belastung** bei uns führen.

Das von der CDU-geführten Bundesregierung vorgegebene Ziel, den jährlichen Ausstoß an CO₂ in Deutschland bis zum Jahr 2005 um 25 % gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 zu senken, wäre nicht mehr erreichbar. Wir würden uns in den vereinbarten Klimaschutzzielen innerhalb der EU und weltweit nicht nur nicht mehr wiederfinden, wir würden sie nicht einhalten, wir Deutsche würden weltweit an Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik verlieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Umweltschutzinitiativen, die unter der Bundesregierung von Helmut Kohl gestartet wurden, die im Rio-Prozess deutlich wurden, die in weiteren Vereinbarungen in Kyoto mündeten und kürzlich in Bonn, wären ad absurdum geführt und das können wir alle gemeinsam doch nicht wollen!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein einleuchtendes Beispiel aufzeigen, was Klimaschutzrelevanz bei der Energieerzeugung bedeutet: Um ein einziges Kernkraftwerk abzuschalten, bräuchten Sie allein pro Tag 18.000 t Steinkohle,

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

die Sie als fossilen Brennstoff verbrennen müssen, liebe Anke Spoorendonk!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Das sieht die RWE aber anders!)

Man sieht daran, wie schnell deutlich wird, dass dies unter Klimaschutz Gesichtspunkten die völlig falsche Politik ist.

(Beifall bei der CDU)

Es nützt auch wenig, wenn Herr Steenblock in seiner sattsam bekannten Zahnschmerzrhetorik hier die Klimaprobleme der Welt beweint.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Global denken, lokal handeln - diese Parole passt heute weder klimaschutz- noch energiepolitisch. Global denken und neben dem örtlichen und regionalen Tun auch global handeln, das ist die Devise, wenn es darum geht, den Menschen auf dieser Weltkugel auch künftig ein klimaverträgliches Dasein zu ermöglichen.

Es macht doch keinen Sinn, ein Kraftwerk an der Elbe abzuschalten und dafür weltweit einen Anstieg

(Reinhard Sager)

von Emissionen - ob in Osteuropa, in China oder auf der südlichen Welthälfte - zu akzeptieren. Die **Reduktion von Treibhausgasen** muss - wie in Kyoto und zuvor in Rio festgelegt - weltweit akzeptierte, aber auch praktizierte Politik werden. Die Klimaschutzziele müssen ein Bündel von Maßnahmen in den Ländern sein. Dazu gehören selbstverständlich weitere Anstrengungen in Richtung auf Energieeinsparung, selbstverständlich eine weitere Effizienzsteigerung bei der Energienutzung und - das füge ich ausdrücklich hinzu - zukunftssträchtige Konzepte in den Bereichen Verkehr, Wärme, Tourismus und Landwirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Sabine Schröder [SPD])

Es ist völlig richtig, wenn Frau Happach-Kasachstan auf den Verkehrsbereich -

(Anhaltende Heiterkeit im ganzen Haus)

- Entschuldigung, Frau Happach-Kasan! - besonders hingewiesen hat. Die Diskussion allein auf den Strombereich zu verengen, hilft uns nicht weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Heiterkeit)

Insbesondere im **Verkehrssektor** und im **Wärmesektor** liegen noch die größten Einsparressourcen, die wir unter Klimaschutzgesichtspunkten realisieren müssen, wenn wir einen Schritt vorankommen wollen.

Ich sage Ihnen eines sehr deutlich, Herr Minister! Auch und besonders in der Klimaschutzpolitik gilt: Weniger Ideologie ist ein Mehr für eine wirkungsvolle Umwelt- und Energiepolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst der Frau Abgeordneten Franzen das Wort.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs zu dem **Bericht** sagen: Er ist eine Fundgrube an Informationen und er hat natürlich ein Programm.

(Beifall bei der SPD)

Er enthält dies auch in genießbaren Happen. Ich kann jeder und jedem von Ihnen nur empfehlen, sich zumindest jeweils das Kapitel anzusehen, das Sie verstehen und dessen Gegenstand Sie aus Ihrem jeweiligen Bereich kennen. Das ist hierbei nämlich möglich und auch das ist selten.

Frau Happach-Kasan, was hätten Sie denn gesagt, wenn kein Programm dabei gewesen wäre? Dann hätten Sie ja geschimpft. Jetzt sagen Sie: Das ist Wahlkampf. Ich finde, das ist ein verdecktes Kompliment; so fassen wir das auf.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Dann verstehen Sie mich falsch!)

Ich möchte mich auf die Themenbereiche „Bauen und Wohnen“ konzentrieren, weil wir in diesem Bereich eine Menge vorzuweisen, aber auch noch zu tun haben.

Gebäude sind in Deutschland mit die größte Energieschleuder, die es überhaupt gibt. Sie sind für 20 % des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Das gilt insbesondere für jene **Gebäude**, die vor 1978 gebaut worden sind. Es gibt ein riesiges Potential für Einsparungen der **Heizenergie** - bis zu 70 % - mit moderner Technik und es gibt einen Handlungsbedarf bei Ökologie, Arbeit und Senkung der Mietnebenkosten - nicht zu vergessen, das ist ganz wichtig -, so dass wir drei Fliegen mit einer Klappe kriegen könnten.

Schleswig-Holstein ist in diesem Bereich vorbildlich und ich denke, wenn wir gut sind, dann müssen wir das auch laut sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich beziehe mich auch auf das Impulsprogramm; der Herr Minister hat es vorgestellt. Dieses Programm läuft seit 1998 für fünf Jahre mit einem Gesamtvolumen von 5,65 Millionen DM - Landesregierung und Energiestiftung Hand in Hand - für die Fortbildung aller Akteure am Bau. Dies sind also „weiche“ Maßnahmen. Das brauchen wir aber auch; sonst kann es nicht losgehen.

Parallel haben wir eine Gebäudetypenerfassung für die Beratung und als Grundlage eines Wärmeatlases vorgenommen und es gibt auch Finanzmittel, auch aus Berlin; und wenn diese nicht so gescheit sind, ist - wie immer - die I-Bank mit einem Begleitprogramm dabei. Besser kann man sich auf diese Initiativen gar nicht vorbereiten.

Ich will auch noch Folgendes sagen. Frau Happach-Kasan, Sie haben ja dieselben Seiten gelesen wie ich. Dass wir bei dem erhöhten Quadratmeterverbrauch dann natürlich mit den Bilanzen ins Schleudern kommen, ist ja richtig. Nur, alles was wir im Rahmen der Förderung für den öffentlichen Wohnungsbau dazu tun konnten, haben wir getan. Wir hatten Quadratmeter-Obergrenzen festgelegt, weit bevor die Bundesregierung dies gefordert hat. Sie hätte mit

(Ingrid Franzen)

Ihrem Motto „Wir bauen doch lieber Einfamilienhäuser, als dass wir Geschosswohnungsbau betreiben“ noch ganz andere Quadratmeterzahlen produziert,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumal nach dem alten Abschreibungsmodell: „Je teurer, desto mehr Steuerersparnis“. Auch das ist ja zum Glück weggefallen.

Das haben wir also faktisch geschafft. Wenn man die Gebäude aus den siebziger Jahren heute auf den Niedrigenergiestandard umrüstet, können wir im Grunde genommen den Energie- und Heizungsverbrauch auf ein Sechstel senken. Beim Geschosswohnungsbau von 1989 bis 1997 haben wir faktisch 1.413 Wohnungen mit einem Energieeinsparpotential geschaffen. Wenn ich das jetzt einmal umrechne, waren das im Grunde genommen 1.700 Wohneinheiten mit 90 qm Wohnfläche nach der Wärmeschutzverordnung - um einmal konkret anzugeben, was wir mit dem Programm eigentlich bewirkt haben. Das ist nicht wenig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! - Berlin wird uns eine Energieeinsparverordnung bringen. Das hat die alte Bundesregierung nicht gemacht. Da kann man sich dann also hier hinstellen und meckern. Die Landesregierung hat es ebenfalls nicht getan - entgegen unserem Beschluss.

Lassen Sie mich last, not least auf die Ausführungen von Herrn Sager zurückkommen. Wir führen hier ja eine umfassende Debatte. Was die Biomasse angeht, so kann ich Sie, Herr Sager, wenn Sie es möchten, herzlich umarmen.

(Heiterkeit und Widerspruch bei der CDU)

- Ja, ich biete das an!

(Heiterkeit)

Wir haben ein Programm, in dem steht, dass wir bis 2010 10 % des Primärenergiebedarfs aus Biomasse gewinnen wollen. Wir sind als Land Schleswig-Holstein jetzt schon in diesem Punkte am besten. Warum meckern Sie da noch? Ich kann das nicht verstehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächster Redner hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Uhr ist noch nicht eingestellt. - Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte Ihnen etwas sagen, Herr Sager! Jetzt habe ich gerade einen Ausspruch von Winston Churchill gefunden, der mir bei Ihrer Rede einfiel:

(Thomas Stritzl [CDU]: Das ist ein guter Vergleich! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Haben Sie auch etwas von Loschelder da?)

„Eine gute Rede sollte das Thema erschöpfen, nicht die Zuhörer.“

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen, einmal zum Strom und zum anderen zum Verkehr.

Zum **Strom**: Wir haben zurzeit eine Produktion von regenerativen Energien in Schleswig-Holstein von 15 %, fast ausschließlich Windenergie. Die Planungsgrundlagen bieten die Grundlage für 25 %. Diese Planungsgrundlagen sind bereits verabschiedet, die Flächen sind bereits definiert.

Darüber hinaus laufen Planungen für Offshore-Anlagen in der Größenordnung von weiteren 10 % der Energieproduktion des Landes und wenn es zu dem kommt, was Sie, Herr Sager, unter Bezug auf das Biomasse-Programm gesagt haben - das haben wir ebenfalls gefordert; es ist ein zentraler Punkt in unserem Landtagswahlprogramm -, dann ist innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre in Schleswig-Holstein die Herstellung von 50 % an regenerativen Energien gesichert.

Noch eine Bemerkung zu dem **Biomasse-Programm!** Dieses Biomasse-Programm wird natürlich nur dann laufen, wenn das ebenso funktioniert wie bei der Windenergie, nämlich durch eine Einspeisungsvergütung. Das ist es, was die Bundesregierung zurzeit vorbereitet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine Einspeisungsvergütung ist in der Tat eine Umlage von externen Kosten, Frau Happach-Kasan, etwas, was Liberale in früheren Zeiten einmal als marktwirtschaftliches Instrument von Umweltpolitik gefordert

(Karl-Martin Hentschel)

haben. Das klingt mir noch sehr deutlich in den Ohren. Heutzutage wollen Sie davon nichts mehr wissen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Wollen Sie jetzt abbauen, weil die Marktsättigung erreicht ist?)

- Eine Umlage von externen Kosten erzeugt einen volkswirtschaftlichen Nutzen. Das können Sie in jedem Grundlehrbuch nachlesen. Sie erzählen uns hier, es sei eine Subvention. Das ist leider eine völlige Begriffsverwirrung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es war bei der Markteinführung richtig! Jetzt ist es eine Subvention, weil sich die Technik weiterentwickelt hat!)

Zur Kernenergie! Die Abschaffung der **Kernenergie** führt nicht zu einer Erhöhung der CO₂-Belastung, wenn der Ersatz der Kernenergie durch bessere Kraft-Wärme-Kopplung erfolgt; dann führt das im Gegenteil zu Energieeinsparungen. Das sagt Ihnen jedes Grundlehrbuch zur Energie; Sie brauchen sich nur einmal zu informieren.

Wir brauchen die Kernenergie nicht. Im Gegenteil, sie ist ein Hindernis für eine effizientere ressourcensparende Energiepolitik der Zukunft und außerdem ist sie eine große Gefahr.

Zum Verkehr: Wir brauchen ein Umdenken im **Verkehr**. Die Schienenstränge Nord - Süd und Ost - West in Schleswig-Holstein, sechs durchgehende Gleise, haben eine Kapazität, die das Sechsfache des gesamten Transitverkehrs - auf das Jahr 2010 hochgerechnet - auf der Schiene leisten könnte. Die Schienenkapazität ist fast unbegrenzt - unter der Voraussetzung, dass wir keine Engpässe bei den Verladeeinrichtungen hätten sowie just in time liefern könnten.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das muss man feststellen.

Frau Happach-Kasan, dazu brauchen wir allerdings einen gesellschaftlichen Konsens, der endlich die Mittel umlenkt. Unser Dilemma im Verkehr ist nicht das Auto; unser Dilemma im Verkehr sind die Köpfe,

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Grünen!)

die verhindern, dass wir endlich in effiziente Verkehrsmittel investieren. Und dazu brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens, zu dem Sie beitragen müssen. Mit solchen Beiträgen, wie Sie sie hier geleistet haben, werden Sie dazu nicht beitragen,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Roswitha Müllerwiebus [SPD])

sondern - im Gegenteil - dafür sorgen, dass wir nicht weiterkommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als Nächstes hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ihr Beitrag, Herr Sager, hat mich dazu veranlasst, hier noch etwas zu sagen. Ich habe mich über Ihre Ausführungen zur **Biomasse**, die wir teilen, sehr gefreut. Ich denke, eine Partei, die etwas mehr im Agrarbereich wurzelt als wir, die CDU, Claus Ehlers, sollte sich dafür einsetzen, dass die Biomasse - nach einer geeigneten Rahmensetzung in Berlin - auch hier im Land „zum Laufen kommt“. Wir müssen endlich von einer Kleinklein-Förderpolitik, die wir nur schwer bezahlen können und in der wir daher nur sehr begrenzt erfolgreich sind, hin zu marktwirtschaftlichen Instrumenten kommen, wie es zum Beispiel das Stromeinspeisungsgesetz zweifellos ist. Da müssen wir hinkommen.

Die Atomstromdiskussion um CO₂ würde ja unter den Voraussetzungen, die Sie, Herr Sager, genannt haben, tatsächlich gerechtfertigt sein, nämlich wenn wir die **Atomkraftwerke** durch **Steinkohlekraftwerke** in gleicher Kapazität ersetzen würden. Dann hätten wir ein massives Klimaproblem. Aber der Kollege Hentschel führte ja schon aus, dass es da nicht hingehen soll.

Das Problem ist, dass wir zurzeit eine Trennung zwischen **Stromerzeugung** und **Wärmeerzeugung** haben und dass wir über Kraft-Wärme-Kopplungszuwächse - wir liegen in Schleswig-Holstein ja bei 20 %, der Bundesdurchschnitt liegt bei 10 %, während Dänemark inzwischen über 50 % in der Kraft-Wärme-Kopplung hat - die Klimafrage unter der Ausschaltung der Atomkraft lösen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Beitrag der F.D.P. hat mich wirklich etwas erschüttert. Man kann das gar nicht alles richtig stellen, was Sie dort falsch gesagt haben.

Ich habe gestern ausgeführt, wie sauber die CDU bei der Einbringung des Einspeisungsgesetzes den Charakter der Windstromvergütung begründet hat. Sie ist nämlich eine verursachergerechte Kostenanlastung von externen Kosten. Eine Subvention ist prinzipiell

(Detlef Matthiessen)

eine öffentliche Transferleistung. Das haben wir beim Windstrom nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würde man aber Ihrer Logik folgen, dann wäre ein Katalysator im Auto eine Subvention. So ist das doch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verdrehen mit Ihren Beiträgen die politischen Konstellationen folgendermaßen: Sie weisen zum Teil bei uns sehr berechtigt auf Widersprüche zwischen **Anspruch** und politischer **Realisierung** hin.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Das ist berechtigt. Das nennt man in der Politik „vorführen“. Ich finde das gut, davon kann man nur lernen.

(Zuruf von der CDU)

Ich möchte einmal das Beispiel mit der Vergütung von Biogasstrom, das ich gebracht habe, nehmen. Wir sagen, wir brauchen 20 Pfennig davon, bisher waren es 14,5 Pfennig. Die „Kampflage“ sieht so aus, dass sich die Sozialdemokraten - das heißt das Wirtschaftsministerium - mit ihren Vorstellungen in einem Bereich zwischen der alten Vergütung von 14,5 Pfennig und 20 Pfennig bewegen. Es könnte sein, dass wir uns auf eine solche Zahl festlegen. Dann könnten Sie berechtigterweise sagen: Siehste, ihr habt die Biogasverstromung nicht „zum Laufen bekommen“. - Damit hätten Sie Recht. Wenn Sie aber der Logik dieses Vorwurfes folgen würden, dann müsste Ihre Forderung doch lauten: 25 Pfennig für Biogasverstromung!

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Aber genau das tun Sie nicht. Das war der Grundcharakter Ihres gesamten Beitrages. Von Ihnen ist nur zu erwarten, dass Sie öffentlich verkünden, das Einspeisungsgesetz sei verfassungswidrig, die Vergütung müsse zurückgedreht werden und so weiter.

(Konrad Nabel [SPD]: Nur destruktiv!)

Damit ist Ihr ganzer Beitrag eben nicht als Beitrag zur Klimaschutzproduktivität zu sehen, sondern er strotzt von Vorführmentalitäten. Er ist ein omnipotenter Beitrag, wie wir sie öfter aus Ihrer Ecke hören.

Sie verwickeln uns in Widersprüche - darin lasse ich mich gern verwickeln -

(Klaus Schlie [CDU]: Was wollen Sie uns eigentlich sagen?)

aber machen Sie doch eigene Vorschläge zum Klimaschutz und machen Sie bei den Debatten hier nicht andauernd so einen Krach.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Frau Abgeordneter Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Kollege Matthiessen, das Thema dieser Debatte ist der Klimaschutzbericht der Landesregierung. An dieses Thema habe ich mich gehalten und habe hier deswegen nicht die Visionen liberaler **Klimaschutzpolitik** ausgebreitet. Dazu hätte man eine ganze Menge sagen können, zum Beispiel zu Immissionsrechten und so weiter. Das haben wir alles drauf, aber lesen Sie das bitte in unserem Programm nach.

Herr Kollege Hentschel, ich finde es zunächst einmal bemerkenswert und möchte es ausdrücklich loben, dass Sie eingesehen haben, dass man in der Politik für Lösungen den Konsens braucht. Was grüne Politik aber immer wieder ist, ist Polarisierung.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Sie polarisieren gegen jede Infrastrukturmaßnahme, die irgendwo da ist.

Wir erinnern uns an die Proteste der Grünen gegen die ICE-Strecke. Da standen Sie auf der Matte - natürlich. Und hinterher sagen Sie: Aber wir wollen mehr Schienenverkehr!

Sie müssen weg von dieser Art der Polarisierung, wie sie die Grünen betreiben, und müssen hin zu einer **Konsenspolitik**, die den rationalen Argumenten den Raum verschafft, den sie brauchen.

Insofern, Herr Kollege Hentschel, möchte ich sagen, machen Sie weiter mit Ihrer Vorstellung zum Konsens, aber polarisieren Sie nicht bei jeder Infrastrukturmaßnahme, die hier im Lande ansteht. Das ist meine Bitte an Sie.

Mein zweiter Punkt ist, dass ich Ihre Zahlen, die Sie hinsichtlich des **Schienenverkehrs** genannt haben, anzweifle.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die sind falsch!)

Ich kann mich gut an die Strecke Lübeck - Lüneburg erinnern - ich gebe zu, das ist nur ein kleines Beispiel -, von der ich weiß, dass es dort nicht möglich

(Dr. Christel Happach-Kasan)

ist, mehr Personenverkehr auf die Strecke zu bringen, weil sie durch den Güterverkehr belastet ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wie man auf die Strecke zehn Mal so viel Verkehr bringen soll, weiß ich nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie wissen doch, wir können auf die Schiene nur mehr Verkehr bringen, wenn wir gleichartigen Verkehr auf der Schiene haben, nicht den langsamen Güterzug und den schnellen Hochgeschwindigkeitszug.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist richtig! - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus dem Grund brauchen wir im Schienenverkehr auch mehr Trassen.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Darum kommen wir nicht herum. Nur dann können wir so viel auf die Schiene bekommen, wie Sie das haben wollen.

Herr Kollege Matthiessen, noch einmal zur **Windenergie!** Die F.D.P. hat sich sehr dafür eingesetzt, dass das Stromeinspeisungsgesetz in der jetzigen Form zur Markteinführung für Windmühlen gestaltet worden ist. Wir müssen feststellen, dass diese Markteinführung ein Erfolg gewesen ist. Darüber sind wir uns doch wohl einig, das sagt auch der Klimaschutzbericht. Dann müssen wir aber auch sagen, dass die Phase der Markteinführung beendet ist und deshalb in dem Bereich mit der Vergütung zurückgefahren werden muss.

Sie stören sich an dem Wort Subvention - geschenkt! Aber es bleibt die Tatsache, dass die Stromkunden in Schleswig-Holstein 80 Millionen DM an die Windmüller zahlen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das ist nun einmal so. Das ist der entscheidende Punkt dabei, nicht das Wort Subvention - ja oder nein.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keinen nichtsubventionierten Energieträger außer Erdgas!)

- Hören Sie doch einmal auf, darum geht es doch nicht.

Im Übrigen müssen wir natürlich sehen - das können wir aber nicht am Rande einer Debatte machen -, dass wir vor dem Hintergrund der Liberalisierung des Strommarktes noch zu ganz anderen Maßnahmen kommen müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das können wir nicht mit links und am Rande einer solchen Debatte erörtern.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist kein Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt worden, also ist dieser Tagesordnungspunkt damit erledigt.

Auf der Tribüne begrüße ich Damen und Herren des CDU-Ortsverbandes Altenfelde. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2051

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/2068

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 14/2372

Das Wort hat der Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, den ich im Augenblick nirgends sehe. Kann irgendjemand einen Bericht für den Wirtschaftsausschuss abgeben? - Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat als Erste Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der heute vorliegende **Bericht zur Zukunft der Schiffbauindustrie** als auch der eindrucksvolle Protesttag der europäischen Werften haben wieder einmal deutlich gemacht, dass unsere Werften in

(Anke Spoorendonk)

einigen Geschäftsbereichen schwere Probleme mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit haben. Diese haben sie nicht, weil sie nicht wettbewerbsfähig wären, sondern weil der asiatische Schiffbau - unter anderem in Südkorea - mit unerlaubten Subventionen unterstützt wird.

Alles deutet darauf hin, dass die **koreanischen Werften** durch die 50-prozentige Abwertung des Won und durch die Milliardenhilfe des Internationalen Währungsfonds ihre Schiffe zu Dumpingpreisen anbieten können und damit die deutschen - und die europäischen Werften - auskonkurrieren. Dies geschieht, obwohl die deutschen Werften zu den international innovativsten und produktivsten Werften gehören.

Es geht nicht darum, Ressentiments gegenüber den asiatischen Staaten zu schüren. Auch dort geht es natürlich um die Arbeitsplätze der Werftarbeiter und um die Zukunft ihrer Familien. Was wir aber fordern müssen - und was die Werftarbeiter und die Eigentümer der europäischen Werften bei ihren Aktionen zu Recht gefordert haben -, ist, für den Schiffsweltmarkt faire **Wettbewerbsbedingungen** zu schaffen.

Deshalb müssen wir uns alle dafür einsetzen, dass beispielsweise die Europäische Union - nach dem Scheitern des OECD-Abkommens - die Bestrebungen, den Kapazitäts- und Subventionswettbewerb im Welt-schiffbau endlich zu beenden, durch ein Alternativabkommen energisch vorantreibt. So sollten unter anderem Verhandlungen mit Südkorea mit dem Ziel aufgenommen werden, faire und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten zu schaffen.

Deshalb sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, dass keine weiteren indirekten **Subventionierungen** ostasiatischer Werften über den **Internationalen Währungsfonds** zugelassen werden, bis auf dem internationalen Markt faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen worden sind. So sehr wir die Hilfe des IWF für krisengeschüttelte Länder unterstützen, so wenig darf diese Hilfe missbraucht werden, um in einigen Branchen unlauteren Wettbewerb zu führen.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Der hoch qualifizierte und spezialisierte **Schiffbau** ist in **Schleswig-Holstein** ein nicht zu entbehrender Wirtschaftszweig. Aus Sicht des SSW ist es weiter eine nationale Aufgabe, den Schiffbau als strategische Industrie zu fördern und somit die Existenz der Werften zu sichern. In Schleswig-Holstein geht es dabei um zehn Seeschiffswerften mit fast 7.000 Beschäftigten. Auch für den Landesteil Schleswig handelt es sich um einen wichtigen Erwerbszweig. Leider sind auch unsere Werften betroffen. Wir haben heute morgen alle

gehört, dass die FSG in Flensburg einen neuen Auftrag bekommen hat.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das ändert nichts an dem grundsätzlichen Problem in diesem Bereich. Daher begrüßt der SSW, dass die Landesregierung durch die Nachschiebeliste die **Werftenhilfe** um 10 Millionen DM erhöhen will und dass Schleswig-Holstein somit in die Lage versetzt wird, die Bundesmittel - die ja anscheinend doch vom Bund bewilligt werden - voll auszunutzen. Dennoch bleibt die Forderung des SSW, dass es zu einer gerechten Verteilung der Wettbewerbshilfe zwischen Land und Bund kommen muss. Der Bund muss zumindest wieder 50 % der Wettbewerbshilfe übernehmen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Renate Gröpel [SPD])

Dabei geht es nicht darum, die Werften bis in alle Ewigkeit zu subventionieren und sie aus ihrer Verantwortung für die Weiterentwicklung von Produktion und Produktentwicklung oder den Verkauf der Schiffe zu entlassen. Es geht darum, unseren Werften eine faire Überlebenschance zu geben.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Saxe hat das Wort.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Herr Füllner, ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, im Wirtschaftsausschuss zu diesem Thema einen interfraktionellen Antrag zuwege zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das mag den Betrieben in unserem Lande mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Familien zeigen, dass der Landtag einmütig an ihrer Seite steht, wenn es darum geht, **Arbeitsplätze** zu sichern und die **Existenz der Unternehmen** aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der SPD)

Gerade nach dem eindrucksvollen Aktionstag der Werften, den die IG Metall in Deutschland - und ganz Europa - für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Betrieben durchgeführt hat, ist dies auch das richtige

(Bernd Saxe)

Signal um zu zeigen: Wir stehen geschlossen an ihrer Seite und unterstützen das, was auf den Weg gebracht werden soll.

Frau Spoorendonk hat darauf hingewiesen, dass die schleswig-holsteinischen Werften wettbewerbsfähig sind. Der Auftrag, den die FSG gestern hereinholen konnte, zeigt dies eindrucksvoll. Er sichert 650 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien bis weit ins Jahr 2002 hinein die Existenz. Dazu gratulieren wir herzlich und wünschen weiterhin Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Werften in unserem Land wettbewerbsfähig geworden sind, ist durch große Anstrengungen, die in den letzten Jahren von Belegschaften und Betriebsleitungen unternommen wurden, möglich geworden. Auch die großen Opfer, die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erbracht worden sind, haben dazu beigetragen. Auch dafür ist Dank und Anerkennung zu sagen.

(Beifall bei der SPD - Ingrid Franzen [SPD]:
So ist es!)

Wenn man vor dem Tor steht und mit den Kolleginnen und Kollegen diskutiert, dann erfährt man, dass es für sie umso bitterer ist, wenn sie nach diesen großen Opfern und großen Anstrengungen trotzdem erleben, dass sie nur mithilfe staatlicher Subventionen überleben können. Das ist eine Situation, die sich die Belegschaften nicht wünschen, die sie traurig stimmt und die sie nur sehr ungern zur Kenntnis nehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was wollen Sie uns damit sagen?)

- Herr Kubicki, diese Situation ist nicht so, weil die Betriebe in anderen Ländern strukturelle Vorteile hätten, sondern weil in einem gnadenlosen Maße subventioniert wird - und das sogar noch unter Aufwendung von finanziellen Mitteln, die hier erwirtschaftet worden sind. Die **IWF-Mittel**, die da eingesetzt werden, um hier Arbeitsplätze zu vernichten und sich Wettbewerbsvorteile zu erringen, sind zum Teil noch hier von den Belegschaften erwirtschaftet worden. Das kann so nicht weitergehen und muss ein Ende haben.

(Beifall)

Darum unterstützt der Schleswig-Holsteinische Landtag mit allem Nachdruck die Bundesregierung und die europäischen Institutionen in ihren Bemühungen, auf internationaler Ebene endlich Regelungen zu erreichen, die einen gerechten und fairen **Wettbewerb** herstellen und die jede weitere **Wettbewerbsverzerrung** für die Zukunft ausschließen. Das geht auch aus dem Antrag hervor. Wenn dies erreicht werden kann,

habe ich überhaupt keine Sorge um den Fortbestand der schleswig-holsteinischen Unternehmen.

Bis es aber so weit ist, sind auch hier weitere **Wettbewerbshilfen** erforderlich. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bund in den letzten Tagen sein Engagement auf diesem Sektor deutlich erhöht hat. Das war lange überfällig. Die alte Bundesregierung hat dies nicht zuwege gebracht. Das war notwendig und wurde jetzt nachgeholt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese an sich erfreuliche Nachricht hat einen Schönheitsfehler, denn die Länder - und insbesondere Schleswig-Holstein - sind aus finanzpolitischen Gründen kaum in der Lage, den Anteil in vollem Umfang beizutragen. Darum ist die nächste Forderung eine Forderung, die wir immer erhoben haben und die wir jetzt - im Unterschied zur Opposition in diesem Hause - unter neuen Mehrheitsbedingungen erheben. Wir fordern, dass der Bund zur alten hälftigen Finanzierungsregelung zurückkehrt.

(Beifall bei SPD, SSW sowie der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Unter der bestehenden Regelung der Zweidrittelfinanzierung ist der Landesanteil nicht in vollem Umfang aufzubringen. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, aber man muss die Endlichkeit der Möglichkeiten sehen.

Es ist erfreulich, dass dies im Landtag gemeinsam auf den Weg gebracht worden ist. Ich hoffe, dass wir in der Werftenpolitik auch in der Zukunft - Wahlkampf hin und her - gemeinsam vorangehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir freuen uns im Hinblick auf den Werftentag, an dem wir auch teilgenommen haben, dass es der FSG in Flensburg gelungen ist, einen weiteren Auftrag nach Flensburg zu holen. Das sage

(Thomas Stritzl)

ich auch im Namen meiner Kollegin Brita Schmitz-Hübsch, die dort Abgeordnete ist.

(Holger Astrup [SPD]: Sie war aber nicht da!)

Das ist gut. Es entspricht der Initiative von Brita Schmitz-Hübsch, die in einem gemeinsamen Antrag gemündet hat, wie ihn der Wirtschaftsausschuss jetzt beschlossen hat und wie Anke Spoorendonk - die dort mitgewirkt hat - ihn vorgestellt hat.

Insofern ist das eine gute Grundlage und ein Hoffungszeichen. Die Frage ist nun: Sind wir aus dem Schneider? Was Sie, Kollege Saxe, hier vorgetragen haben, stimmt. Der internationale Weltschiffbaumarkt ist durch die **Subventionen**, die in **Korea** geleistet werden, völlig verzerrt. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Koreaner erst durch ihre Subventionspolitik in eine Krise kommen, der asiatische Markt praktisch kollabiert und dass wir dann hinterher sehen, wie der IWF milliardenschwere Kredite nach Südkorea pumpt, und dass dort dann mit diesen Krediten im Schiffbau so weitergemacht wird, als wäre nichts geschehen.

Das heißt, es ist auch aus bundesdeutscher Sicht nicht hinnehmbar, dass die Bundesregierung in ihrer internationalen Verpflichtung stehend milliardenschwere Kredite auf der einen Seite über deutsche Steuergelder mitfinanziert, um auf der anderen Seite sehen zu müssen, dass mit diesen Steuergeldern auf unanständige Art und Weise in einem unfairen Wettbewerb deutsche Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Holger Astrup [SPD]: Die Kenntnis ist neu bei Ihnen!)

Insofern unterstützen wir Sie, wie wir es immer gemacht haben, alle Anstrengungen zu unternehmen - Sie können ja vielleicht berichten, was da inzwischen passiert ist -, damit diese **Wettbewerbsverzerrungen** aufhören, damit wir dann - das soll langfristig das Ziel sein - auf Subventionen verzichten können. Denn die deutschen Werften sind die modernsten Werften in Europa und teilweise, was zum Beispiel HDW angeht, sogar weltweit und könnten ohne Subvention jeden Wettbewerb bestehen. Nur, solange er so ist, wie er ist, muss natürlich die Bundesrepublik Deutschland auch darauf drängen, zumindest das, was die EU erlaubt, selbst auch umzusetzen.

Ich darf daran erinnern, dass Korea mit über 30 % subventioniert, die EU erlaubt gut 9 % und die Bundesrepublik sagt: Nein, wir wollen nur 7 % geben. Das heißt, hier haben wir bereits eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Werften aufgrund der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht bereit ist, den EU-zulässigen Rahmen von 9 % auszu-

schöpfen. Insofern ist dies eine Forderung an die Bundesregierung.

Ein zweiter Punkt gehört mit dazu; Herr Kollege Saxe, Sie haben ihn etwas verschämt angesprochen. Wir haben nicht nur eine europäische und eine internationale Wettbewerbsverzerrung zwischen Europa und Asien und wir haben nicht nur eine innereuropäische Wettbewerbsverzerrung, weil die anderen europäischen Länder - zum Beispiel Italien - die 9%-Marge ausschöpfen, während Deutschland nur 7 % hat, sondern wir haben jetzt leider auch noch eine **norddeutsche Wettbewerbsverzerrung**, weil die Landesregierung nicht bereit ist, ihren Anteil am Rahmen des Bundes auch wirklich auszuschöpfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei will ich nicht verhehlen, dass Sie in der Nachschiebeliste nachgebessert haben. Nur, Herr Wirtschaftsminister, es bleibt nach wie vor eine Lücke von 8 Millionen DM, und die ist vor dem Hintergrund dessen, was wir hier diskutieren, so nicht hinnehmbar. Vielleicht berichten Sie auch gleich noch einmal, Herr Minister, über das, was Herr Saxe bei Ihnen eingefordert hat, nämlich Ihre Initiativen bei der Bundesregierung, die Förderkulisse von einem Drittel zu zwei Drittel wieder auf 50 : 50 umzustellen. Was haben Sie da zur Aufverteilung der Quoten zwischen Bund und Ländern getan?

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, über den auch noch geredet werden muss. Wir reden über Wettbewerbskulisen und über das, was sich in unseren Werften verändert. Ich darf daran erinnern, dass es bei HDW einen Gesellschafterwechsel gegeben hat, der - wenn ich die Zeitung richtig lese - dazu führt, dass einer der Hauptgesellschafter in Zukunft der größte nordeuropäische **Rüstungskonzern** sein wird. Und ich darf daran erinnern, dass wir im Finanzausschuss wiederholt die Regierung gefragt haben, was sie zu tun gedenkt, um zu verhindern, dass das Shareholder-value-Prinzip voll durchschlägt. Sprich: Was tut ihr, um zu verhindern, dass durch die neuen Gesellschafter eine Situation entsteht, dass diese - das ist Ihnen ja sehr wohl bekannt - mittlerweile sehr deutlich signalisieren, dass sie nicht bereit sind, eine defizitäre **Handelsschiffbausparte** auf Dauer in diesem Umfang weiter zu betreiben?

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Da haben wir ein großes Problem, Kollege Neugebauer.

(Holger Astrup [SPD]: Seit wann denn?)

(Thomas Stritzl)

Das wissen Sie und Sie wissen, dass das Nicht-Ausfüllen der Förderkulisse des Förderrahmens in Schleswig-Holstein diese Situation zulasten der Arbeitsplätze bei HDW verschärft. Und Sie wissen auch, Kollege Neugebauer, dass, als damals Preussag und WestLB hier in diesem Land angetreten sind, Anteile der Landesbank und Anteile bei HDW zu erwerben, die damaligen Vorstände versprochen haben, Industriearbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu sichern.

Ich darf fragen: Was ist aus der Einlösung dieses Versprechens durch die Landesregierung eigentlich geworden? Zurzeit haben wir doch die Situation, dass Preussag sich zu einem Dienstleistungskonzern umstrukturiert und das vielleicht - wenn wir nicht alle Anstrengungen unternehmen - dann auch noch zulasten der Werftarbeitsplätze in Kiel, der größten und modernsten deutschen Werft.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss. Meine herzliche Bitte an die **Landesregierung** geht dahin, ihre **Verantwortung** in diesem Bereich in vollstem Umfang wahrzunehmen, und auf die Preussag einzuwirken und insbesondere den Werftenanteil im Rahmen dessen, was wir leisten können, zu erhalten, zumindest so, dass keine zusätzlichen Bundesgelder verloren gehen; das sind wir den Werftarbeitern im Lande schuldig.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Günter Neugebauer [SPD]: So viel Scheinheiligkeit und Verlogenheit ist erschreckend!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin echt erschüttert, Herr Stritzl,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schon wieder?)

und es ist, wie ich glaube, ein Fehler der CDU gewesen, dass Sie nicht Frau Schmitz-Hübsch hat reden lassen, die im Wirtschaftsausschuss in dieser Sache sehr konsensual mitverhandelt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses macht ja deutlich, dass sich die Wirtschaftspolitiker in diesem Lande in der Frage der **Werftenpolitik** und auch in der Frage der unterschiedlichen Subventionierung der Werften je nach Größe und regionaler Bedeutung und je nach internem Kräftepotential der je-

weiligen Werft in den letzten Jahren immer einig waren. Das hat mich sehr gefreut. Das war ein Konsens, der stets getragen hat, und auch in der vorletzten Wirtschaftsausschusssitzung, in der wir dieses Thema behandelt haben, ist genau dieser Punkt konsensual herausgearbeitet worden und explizit von allen Fraktionen bestätigt worden.

Deswegen staune ich sehr, dass die CDU jetzt jemanden hier ins Rennen schickt, der an den Gesprächen überhaupt nicht beteiligt war und der Geschichten erzählt und dann als Finanzpolitiker hier freimütig fordert, wir sollten weitere 10 Millionen oder 20 Millionen DM oder wie viele Millionen auch immer - auf den Tisch legen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja, bringt doch die 20 Millionen ein!)

Ich glaube, die CDU sollte in ihrer Fraktion die verschiedenen Standpunkte ihrer Arbeitskreise und Sprecher etwas koordinieren, bevor sie hier solche aufgeblasenen Vorträge halten lässt.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Ingrid Franzen [SPD] - Thomas Stritzl [CDU]: Sie sollten zu den Werften reden!)

Zur **Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein** liegt ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vor. Das ist Ihnen offensichtlich bei Ihrem Beitrag gar nicht bewusst gewesen. Er zeigt, dass ein breiter Konsens existiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre ja schön!)

Es ist allen bewusst - vielleicht nicht den Liberalen, aber allen anderen -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch alles Geschwätz!)

dass Subventionen ein heikles Thema sind. Solange ein weltweites Abkommen zur Beendigung des **Subventionswettlaufs** aber nicht in Kraft tritt, bleibt uns keine Alternative. Das heißt aber nicht, dass wir immer die maximalen Subventionsmöglichkeiten ausschöpfen müssen. Ich glaube sogar, dass die Stärke der schleswig-holsteinischen Werften gerade darin liegt, dass sehr differenziert subventioniert worden ist

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie hier schon einmal erklärt, Herr Hentschel!)

und dass nur so weit, wie es notwendig ist, subventioniert worden ist. Denn letztlich wird eine Industrie auch geschwächt, wenn sie zu viel subventioniert wird. Das Land, das am meisten subventioniert hat,

(Karl-Martin Hentschel)

nämlich Bremen, hat die größten Zusammenbrüche im Werftbereich gehabt. Ich glaube, da gibt es einen Zusammenhang.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Reden Sie ruhig so weiter! Dann können wir die Rede den Betroffenen verschicken! Die freuen sich dann!)

Ich brauche nicht weiter darauf einzugehen, dass auf Bundesebene mehr bewegt worden ist, als in den ganzen letzten Jahren möglich erschien. Auch deswegen wundert mich Ihr aufgeblasener Vortrag, Herr Stritzl.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gefordert, dass die Situation zu verbessern sei. Und nun hat sich etwas verbessert, aber statt dass Sie jetzt nach vorne kommen und sagen, wir bedanken uns bei der Bundesregierung, dass sich etwas verbessert hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat sich denn verbessert?)

stellen Sie sich hier hin und fordern noch mehr. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat sich denn verbessert? - Wortmeldung des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu; dazu reicht mir die Zeit nicht. Da müssten wir die Geschäftsordnung dahin ändern, dass Zwischenfragen nicht auf die Zeit angerechnet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Situation bei HDW hat sich dadurch verändert, dass HDW jetzt Teil eines großen Konzerns geworden ist. Aber was geblieben ist, ist die Tatsache, dass es erhebliche Ausgleichsmöglichkeiten zwischen dem **zivilen Schiffbau** und dem **militärischen Schiffbau** gibt und dass der zivile Schiffbau für HDW den großen Vorteil bietet, die Schwankungen im hochprofitären Rüstungsbau auszugleichen. Von daher schlagen die Kosten nicht unbedingt alle voll auf die Fixkosten durch, sondern ein Teil des zivilen Schiffbaus findet im Grenzkostenbereich statt. Das ist eine ganz andere Kalkulation und wer sich mit wirtschaftlichen Kalkulationen auskennt, weiß, dass Produktionen im Grenzkostenbereich in der Tat noch hohe Gewinne bringen können, während sie im Fixkostenbereich bereits defizitär wären.

Das ist auch bei HDW der Fall. Das weiß HDW auch. Daher gab es immer einen Konsens. Die Versuche, diesen Konsens aufzulockern, müssen ernsthaft disku-

tiert werden. Dazu habe ich immer gestanden. Aber so zu tun, als gebe es diese Zusammenhänge nicht, ist völlig neu und bricht den Konsens aller Parteien, die im Landtag existiert haben. Dieser Konsens ist in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses noch einmal explizit bestätigt worden.

Eine letzte Anmerkung: Wir Grünen unterstützen verschärft - ohne dass es heute noch eine Paprika gibt - eine **Verkehrsverlagerung** from road to sea. Dieser Slogan, der von der EU-Kommission, der Bundesregierung und auch der Landesregierung als verkehrspolitisches Ziel unter allen Parteien anvisiert wird, muss endlich in der praktischen Politik eine Rolle spielen. Auch deswegen stehen wir zum Schiffbau und zu den Werften.

Hier hapert es aber. Daher muss ich alle, die eine Hurra-Debatte geführt haben, ohne Zahlen zur Kenntnis zu nehmen - auch und gerade in der Fehmarnbelt-Frage -, ermahnen und darauf hinweisen: Es ist unsere Aufgabe, die maritime Verbundwirtschaft zu stärken und ihr nicht bei jeder passenden Gelegenheit ins Schienbein zu treten.

(Beifall der Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als Nächster hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schade, Herr Kollege Hentschel war doch einmal mit bei den Werften und wir haben mit allen Werftenvertretern gesprochen. Offensichtlich hat er nichts gelernt, sonst hätte er diese Rede hier nicht halten können.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Der deutsche Schiffbau gerät in eine schwere Krise. Hiervon sind auch die zehn **Seeschiffswerften in Schleswig-Holstein** betroffen. Oft genug gibt vor allem die Ursachenanalyse wirtschaftspolitischer Probleme Anlass zu heftigen politischen Auseinandersetzungen.

In diesem Fall ist es aber völlig anders. Ich glaube, es besteht kein Dissens, und es sollte auch keiner herbeigeredet werden. Vor diesem Hintergrund und in einem überaus sachlichen Klima ist im Wirtschafts-

(Wolfgang Kubicki)

ausschuss der Bericht der Landesregierung beraten worden und es ist - was ja nicht alle Tage vorkommt - zu einer einstimmigen Beschlussempfehlung gekommen.

(Zuruf und Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Das allein hilft ja noch nicht weiter, Frau Kollegin Franzen. Man muss das ja auch ein bisschen unterfüttern.

(Ingrid Franzen [SPD]: Da klatsche ich schon einmal!)

Vor dem Hintergrund koreanischer Subventionspraxis war das sicherlich dringend erforderlich. In nüchternen Zahlen ausgedrückt sieht es nämlich so aus: Im vierten Quartal 1998 räumte **Korea** den Markt ab. Jeder zweite Auftrag ging nach Korea. Korea wird mindestens bis zum Jahr 2000/2001 einen Währungsvorteil haben, der dazu führt, dass die europäische Schiffbauindustrie eine Preisdifferenz von 20 % bis 30 % ausgleichen muss. Unter Druck geraten hierbei vor allem die kleineren Werften.

Ich nehme das grundsätzliche Bekenntnis der Landesregierung zum Schiffbau sehr wohl zur Kenntnis und ich nehme es auch ernst, weil ich glaube, dass sowohl Herr Steinbrück als auch Herr Bülck dies wirklich ernst meinen. Ich weiß, dass es nur ehrlich ist, seitens des Landes keine Bestandsgarantie für eine unveränderte Werftenlandschaft in Schleswig-Holstein abzugeben.

Ebenfalls war ich fast so weit, mich über die Erklärung des Finanzministers zu freuen, das Land werde für die in Berlin beschlossene Fortsetzung der **Wettbewerbshilfen** für schleswig-holsteinische Werften zusätzliche Komplementärmittel zur Verfügung stellen. Fast wäre ich soweit gewesen. Die Ernüchterung folgt jedoch nur einen Satz später in seiner Pressemitteilung vom 10. November 1999: „Die bisherige Verpflichtungsermächtigung von 30 Millionen DM wird um 10 Millionen DM aufgestockt.“ Ja und?

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das heißt doch im Klartext, Kollege Neugebauer, dass noch gar nichts finanziert ist. Genauer gesagt heißt das, dass sich im Haushalt 2000 zunächst absolut nichts ändern wird. Der Wirtschaftsminister wird uns schon erklären müssen, wie wir den **Finanzierungsbedarf**, der hier offenkundig vorhanden ist, decken wollen. Anderenfalls blieben die gemeinsamen Erklärungen, die wir hier zu dem Papier abgeben haben, nur Makulatur und wären in materiellen Zahlen ausgedrückt nichts wert, was aber für unsere schleswig-

holsteinischen Werften geradezu unverzichtbar wäre. Anderenfalls wäre auch die Forderung an den Bund, er möge seine Finanzierungsquote gegenüber den Ländern ändern, nur Makulatur und nichts wert, wenn wir nicht bereit sind, unsererseits die Plafonds vollständig auszuschöpfen, die zur Verfügung stehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wie mit dieser Festschreibung akut drohende Beschäftigungseinbrüche bewältigt werden sollen, ist mir vor dem Hintergrund der Zahlen noch nicht ganz klar, Kollege Neugebauer! Ich würde mit den Werften beispielsweise in Rendsburg auch einmal darüber reden. Jetzt braucht der Schiffbau unsere volle Unterstützung.

Natürlich ist die heutige fraktionsübergreifende Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses ein richtiges und wichtiges Signal. Die gesicherte Finanzierung der insgesamt aufzubringenden Komplementärmittel durch das Land ist aber derzeit noch viel wichtiger. Wir sollten die **Haushaltsberatungen** nutzen, Kollege Neugebauer, uns noch einmal ernsthaft Gedanken darüber zu machen, ob wir nicht den **Nachfinanzierungsbedarf** noch zusammenkratzen können, um unsere Werften mit den entsprechenden Mitteln auszustatten.

Ein letztes Wort - das finde ich schon sehr bemerkenswert in Anbetracht des Beitrags des Kollegen Hentschel: Wir debattieren im Finanzausschuss - übrigens nicht nur im Wirtschaftsausschuss - die Frage des Sonderschiffbaus. Angesichts der Tatsache nicht nur des neuen **Werftenverbundes**, der zwischen den **Schweden und HDW** hergestellt worden ist, sondern auch angesichts der Tatsache, dass die Bundesmarine gerade angekündigt hat, sie müsse den Ersatzbedarf zurückschrauben beziehungsweise die entsprechenden Aufträge an die kleinen und mittleren Werften zurückschrauben, stellt sich doch für uns dramatisch die Frage, wie wir uns eigentlich verhalten wollen. Das ist eine Frage, die an SPD und Grüne in diesem Haus gerichtet ist, wie dies mit dem Sonderschiffbau ist und der Möglichkeit, auch Sonderschiffe zu exportieren und aus Schleswig-Holstein herauszubringen, weil dies den Bestand der schleswig-holsteinischen Werften sichern kann.

Wenn ich Herrn Kollege Hentschel höre, der sagt, der **Sonderschiffbau** sei sehr profitabel und man sei damit in der Lage, den defizitären **Handelsschiffbau** in etwa auszugleichen, muss ich doch fragen, wie er sich konkret zum Sonderschiffbau und zur Exportmöglichkeit verhält. Diese Frage möchte ich jetzt beantwortet wissen. Wollen Sie Boote in die Türkei und anderswo hin liefern? Dann will ich ein entspre-

(Wolfgang Kubicki)

chendes Bekenntnis haben. Darauf haben übrigens auch die Werftarbeiter ein entsprechendes Anrecht, weil ihre Arbeitsplätze unmittelbar davon abhängen. Es reicht nicht aus, sich hier in allgemeinen nebulösen Erklärungen zu verflüchtigen, sondern das muss dann konkret benannt werden.

Also noch einmal: Wenn ich den Kollegen Hentschel richtig verstanden habe, plädiert er dafür, dass der Sonderschiffbau anzieht mit der Folge, dass entsprechende Exporte ermöglicht werden sollen, weil die deutsche Bundesmarine allein nicht mehr in der Lage ist, die Schiffe abzunehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile zunächst noch einmal Herrn Abgeordneten Stritzl nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Ich hätte das gern mit dem Kollegen Hentschel im Rahmen einer Zwischenfrage geklärt, aber er hat sie nicht zugelassen, nämlich die Frage, was sich auf Bundesebene verbessert hat.

(Holger Astrup [SPD]: Die Regierung!)

Wenn man sich den jetzigen Status ansieht, dann hat sich gar nichts verbessert. Es gab einen ursprünglichen Haushaltsansatz für **Fördermittel im Werftenbereich** in Höhe von 100 Millionen DM. Dann gab es das Eichel-Sparpaket - erster Vorschlag - 86 Millionen DM. Jetzt hat es wieder eine Nachbesserung gegeben: plus 14 Millionen DM. Damit sind wir wieder bei 100 Millionen DM. Da hat sich also gar nichts geändert.

Die Frage ist, ob sich die Förderquote geändert hat. Früher war es ein Drittel zu zwei Drittel. Das haben Sie stark kritisiert, als die CDU-Bundesregierung im Amt war. Jetzt ist Rot-Grün in Berlin im Amt, die Förderaufteilung ist nach wie vor ein Drittel zu zwei Drittel.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Ich will das doch nur feststellen. Es hat sich nichts verbessert, Frau Kollegin. Sie täuschen sich, wenn Sie meinen, dass ich in irgendeiner Art und Weise von der - wie ich finde, zu Recht einstimmigen - Erklärung im Wirtschaftsausschuss abgehen will. Ich finde es richtig und gut, dass es sie gibt. Es ist auch notwendig, dass es sie gibt. Trotzdem müssen wir in dieser Sache feststellen - wenn Kollege Hentschel es schon so ausdrückt, als hätte sich etwas verbessert -, dass die Be-

mühungen, die Sie unternehmen, bisher noch nicht zum Erfolg geführt haben, was den Bereich des Bundes angeht.

Nun kommt der dritte Bereich, über den wir doch auch ganz entspannt reden können. Das ist der Gesichtspunkt des Shareholder Value, das heißt: Welche Schwerpunkte setzt ein neuer Gesellschafter? Ich will nicht bestreiten, dass die Gesellschaften in der Vergangenheit gesagt haben - insbesondere Preussag -, sie hätten eine etwas andere „Kalkulation“ und sie hätten schon noch ein Auge darauf gehabt, was im Handelsschiffbau passiert. Wir müssen feststellen, dass wir jetzt einen wesentlichen neuen Gesellschafter mit im Boot haben, der einen großen Rüstungskonzern darstellt und der diesen **Rüstungskonzern** dadurch noch gewichtet, dass Saab auch noch bei Celsius einsteigt. Das bedeutet, Sie haben eine völlig neue Komponente in diesem Bereich und jeder, der es hören will - dann müssen wir auch darüber offen reden -, weiß, dass diese neuen Gesellschafter nicht auf Dauer bereit sind, negative Betriebsergebnisse in dreistelliger Millionenhöhe im Handelsschiffbau zu akzeptieren. Darüber müssen wir uns ernsthaft unterhalten, weil dies zu einer Bedrohung führen kann. Das sollte man nicht negieren und sagen, so etwas gibt es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Saxe [SPD])

- Es findet statt, Herr Kollege Saxe. Das sollte uns vor dem Hintergrund dessen, was wir bei HDW erleben, sehr wohl deutlich machen, dass wir Sorge haben müssen. Denn es geht bei HDW um die Hälfte der Arbeitsplätze. Deswegen kommt der Frage des Aufstokkens des Landesanteils auch in der **Werftenhilfe** ganz entscheidende Bedeutung zu.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auf die Frage, die immer auch unter dem Motto diskutiert worden ist, ob man diejenigen, die im **Marineschiffbau** tätig sind, nicht einmal vorübergehend im **Handelsschiffbau** und umgekehrt beschäftigen könne, möchte ich antworten: Wenn Sie sich die zunehmende Spezialisierung im Produktionsbereich anschauen, werden Sie sehen, dass dieses Modell der früheren Jahre immer mehr der Vergangenheit angehören wird. Wenn Sie mit dem Betriebsrat und den Beschäftigten reden, werden sie Ihnen sagen - um einmal ein Beispiel zu nehmen -: Einen Schweißer im U-Bootsbau, der Feinstnähte schweißen muss, können Sie im Handelsschiffbau nicht einsetzen, weil dort nur Grobnähte gefordert sind. Umgekehrt ist gleichfalls die Beispiels- und Vergleichsmöglichkeit nicht gegeben, weil Sie mit Grobnähten bei Feinstnähten, die Sie im U-Boot-Bau brauchen, nichts anfangen können.

(Thomas Stritzl)

Das heißt, die Kompatibilität ist kaum noch gegeben. Deshalb muss dieser Bereich in ganz besonderer Art und Weise unsere Aufmerksamkeit erfahren. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Jetzt hat das Wort Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Die Lage des deutschen und schleswig-holsteinischen Schiffbaues ist nach wie vor schwierig, insbesondere aufgrund der schon erwähnten Dumpingpreise aus Fernost. Dies hat dazu geführt, dass auf deutschen Werften ausschließlich **Spezialschiffbau** betrieben wird. Dabei geht die Tendenz eindeutig zu Personen tragenden Schiffen, also zu Fähren und Kreuzfahrtschiffen. Dies ist wiederum ein Marktsegment, das von europäischen Werften dominiert wird. Die Unterschiede in der Förderpraxis der europäischen Staaten schlagen daher stärker durch als bisher.

Nur zur Erinnerung: Die geltenden Regeln auf europäischer Ebene erlauben eine maximale Förderung von fast 10 %, während in Deutschland nur eine 7,5-prozentige Förderung zulässig ist. Da bei den europäischen Mitwettbewerbern unserer **Werften** in der Regel das Höchstmaß der Förderquote ausgeschöpft wird, ist eine gewisse Unzufriedenheit über Wettbewerbsnachteile durchaus nachvollziehbar. Hier stoßen wir jedoch auch an haushaltmäßige Grenzen.

Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Für das neulich in der Zeitung genannte Schiff war ein Kostenrahmen von 850 Millionen DM vorgesehen. Bei einer Förderung von 7 % hätte das Fördervolumen allein 59,5 Millionen DM betragen. Das entspricht ungefähr der **Wettbewerbshilfe** des Landes Schleswig-Holstein für ein Jahr.

Unabhängig davon möchte ich noch einmal etwas zum Shareholder value sagen. Preussag ist ein Konzern, der sich schon immer durch eine sehr konsequente Shareholder-value-Politik ausgezeichnet hat. Auch die Ausrichtung des jetzt neu eingestiegenen Kockums-Konzerns stellt uns vor Probleme, weil zu befürchten ist, dass er seinen Fokus auf den militärischen Bereich ausrichtet.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Herr Kubicki, Sie haben gesagt, dass in den Haushalt noch nichts eingestellt sei. Es geht natürlich darum - weil es sich um Verpflichtungsermächtigungen han-

delt -, heute den Werften die Gelegenheit zu geben, für das Jahr 2000 Aufträge zu akquirieren. Die Subventionen fließen natürlich erst in der Folgezeit. Es handelt sich dabei also nicht um ein haushaltstechnisches Problem, wie Sie es genannt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind trotzdem unterfinanziert! Leider!)

Ich glaube, dass die Anforderungen, die jetzt an die Haushalte gestellt werden, auch bei anderen Ländern die Größenordnungen sprengen, die normalerweise durch Landeshaushalte finanzierbar sind. Es war bisher übereinstimmende Position aller Parteien, bei der Verteilung von Wettbewerbshilfemitteln die kleinen und mittleren Werften angemessen, das heißt alle gleich bevorzugt, zu behandeln.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch daran möchte ich noch einmal erinnern, da wir ja hier hauptsächlich über die eine Großwerft in Schleswig-Holstein reden.

Regierung und Opposition waren allerdings entsprechend ihrer Rollenverteilung gelegentlich unterschiedlicher Meinung über die Höhe der Komplementärmittel. In den Haushalt 2000 haben wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen DM eingestellt, davon 10 Millionen DM im Rahmen der Entscheidung über die Nachschiebeliste in der letzten Woche. Dies alles geschah wohlgerne zu einem Zeitpunkt, als der Bundesansatz für das Bestelljahr 2000 noch bei 0 DM gelegen hatte. Im Finanzausschuss stieß das auf breite Zustimmung.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat in der letzten Woche nicht nur die ursprünglich geforderten 210 Millionen DM, sondern sage und schreibe 720 Millionen DM Programmvolumen beschlossen. Dies bedeutet für Schleswig-Holstein, wenn die Länder wie in den letzten Jahren zwei Drittel der Kosten zu übernehmen haben, dass wir 120 Millionen DM Landesmittel - um die volle Förderhöhe des Programmvolumens für Schleswig-Holstein in Höhe von 180 Millionen DM ausschöpfen zu können - zur Verfügung stellen müssten. Selbst bei einem Anteil von 50 % wären dies immer noch 90 Millionen DM. Es würden also, Herr Stritzl, nicht 8 Millionen, sondern 80 Millionen DM nachzufinanzieren sein. In Ihrer Berechnung fehlte eine Null.

(Thomas Stritzl [CDU]: Lesen Sie doch einmal vor, was Ihnen der Bund im Jahr 2000 zahlt!)

(Minister Horst Günter Bülck)

- Herr Stritzl, ich habe doch nur gesagt, dass wir über 80 Millionen DM und nicht über 8 Millionen DM reden. Das habe ich gerade erläutert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht als Barmittel!)

Es würden also noch 80 Millionen DM und im günstigsten Fall, wenn sich die Quote verändert, noch 50 Millionen DM an Landesmitteln fehlen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Als Baransatz? - Minister Claus Möller: Nicht als Baransatz!)

- Das können Sie nachher besprechen. Ich glaube, das war eindeutig.

An den Landeshaushalt werden hier Anforderungen gestellt, die ihn sprengen. Es gibt also ein Riesenproblem.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Letztlich geht es um die Frage, ob wir bereit sind, zugunsten der Förderung einer Branche unsere zukünftigen Handlungsspielräume weiterhin massiv einengen zu lassen. Es gibt für eine Fortführung der Schiffbausubventionen gute Gründe.

(Wortmeldung des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Ich habe wenig Zeit. Entschuldigung! - Wir brauchen uns hier nicht gegenseitig von der Bedeutung der maritimen Wirtschaft zu überzeugen. Es gibt aber auch gute Gründe zu sagen, dass wir als Land überfordert sind, wenn wir gegen die **Wettbewerbsverzerrungen** auf dem Weltmarkt ansubventionieren sollen.

Zum Schluss, Herr Präsident, möchte ich die Haltung der Landesregierung zusammenfassen. Es ist zu begrüßen, dass der Bund der Forderung der Küstenländer nach einer Fortführung der Wettbewerbshilfe nachgekommen ist. Das der Entscheidung des Haushaltsausschusses zugrunde liegende Programmvolumen scheint vor dem Hintergrund, dass die Aufträge im Jahre 2000 akquiriert und bis zum Jahre 2003 abgeliefert werden müssen, insbesondere für die kleineren Werften überhöht zu sein. Ein Programmvolumen in Höhe von 720 Millionen DM sprengt die seriösen Finanzierungsmöglichkeiten der Küstenländer. Dies gilt insbesondere, wenn die Küstenländer zwei Drittel des Volumens aufbringen sollen. Eine derartige Entscheidung kann nur im Konsens aller politischen Parteien im Lande getroffen werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Glocke des Präsidenten)

Schleswig-Holstein wird sich weiterhin bemühen, zu einer gemeinsamen Haltung aller Küstenländer in dieser Frage zu kommen. Unsere Forderung nach einer hälftigen Finanzierung der Wettbewerbshilfe werden wir gegenüber dem Bund mit Nachdruck wiederholen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki nach § 56 Abs. 4.

(Holger Astrup [SPD]: 80 Millionen und nicht 8 Millionen!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Oh doch! - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Minister Claus Möller: Er redet nicht vom Baransatz!)

Dann will ich doch wissen, welcher Zeitraum für dieses Programm in Höhe von 720 Millionen DM vorgesehen ist.

(Thomas Stritzl [CDU]: So ist es! Der Minister stellt hier unwahre Behauptungen auf! - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich bin doch etwas erstaunt, möchte diesem Erstaunen jedoch keinen Ausdruck verleihen, sondern diesen Punkt noch etwas vertiefen. Herr Kollege Koppelin kämpft wie andere Abgeordnete von der Küste immer dafür, dass die Hilfen für die Werften im Bundeshaushalt erhalten bleiben. Nun sagt aber der Wirtschaftsminister unseres Landes, die jetzt eingestellten Programmmittel seien nicht nur für das Land Schleswig-Holstein zu hoch, sondern auch für andere Länder überhaupt nicht tragbar und deshalb sei es kontraproduktiv, wenn man sie in dieser Höhe einstelle.

(Holger Astrup [SPD]: Tolle Interpretation!)

- Das hat er gerade gesagt. Er hat gesagt, dass die diesem Haushaltsansatz entsprechenden Subventionen vonseiten der Länder nicht getragen werden könnten.

Wenn meine Zahlen stimmen - möglicherweise kann der Wirtschafts- oder der Finanzminister mir sagen,

(Wolfgang Kubicki)

dass die Zahlen falsch sind; wir sind ja noch nicht am Ende der Beratungen -, hat der Bund für das Haushaltsjahr 2000 ein Programm in Höhe von 100 Millionen DM aufgelegt.

(Minister Claus Möller: 90 Millionen DM!)

- Ich habe als Information die Zahl 100 Millionen DM; darauf müssten die Länder 200 Millionen DM packen, von denen auf Schleswig-Holstein ein Viertel entfällt. Damit stimmt die von Herrn Kollegen Stritzl aufgemachte Rechnung, dass bei uns ein Nachfinanzierungsbedarf für das Jahr 2000 in Höhe von 8 Millionen DM besteht. Sie aber sagen, dass für das Jahr 2000 ein Nachfinanzierungsbedarf in Höhe von 80 Millionen DM besteht. Sie müssen sich vielleicht einmal selbst untereinander einig werden. Ich stelle fest, dass es nach wie vor eine Konfusion gibt, möglicherweise nur bei der Opposition.

(Holger Astrup [SPD]: Wie immer bei der Opposition!)

- Klar, Herr Kollege Astrup! Das Schöne ist nur, dass wir mit Werftenvertretern reden, die das ganz genau drauf haben und auch sehr genau wissen, was die SPD-Fraktion weiß. Der Parlamentarische Geschäftsführer, Frau Franzen aus Flensburg und Herr Neugebauer aus Rendsburg haben hier Erklärungen abgegeben; wir werden feststellen, ob sie der Wirklichkeit standhalten werden. Es ist schön, dass man eure Reden und auch eure Zwischenrufe verschicken kann, damit die Werftarbeiter und die Gewerkschaften wissen, was sie von euch zu halten haben.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das wissen sie auch!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es besteht überhaupt kein Grund, sich aufzuregen. Die erste Konfusion entstand schon dadurch, dass Herr Stritzl behauptet hat, es gebe eine Aufteilung im Verhältnis 75 : 25.

So schlimm war das, was die alte Regierung gemacht hat, nun doch nicht.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt folgenden Faktenstand: Wir müssen unterscheiden zwischen der 7. Fortsetzung - die hat Haushaltsfolgen für 2000 - und der 8. Fortsetzung, die Verpflichtungsermächtigungen zur Folge hat. Für die 7. Fortsetzung ist mein Kenntnisstand, dass der Haus-

haltsausschuss die Mittel nicht um 10 Millionen DM aufgestockt hat, sondern dass es bei 90 Millionen DM geblieben ist.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was?)

- Das ist unser Kenntnisstand, dass es doch bei 90 Millionen DM geblieben ist.

(Holger Astrup [SPD]: Der hat heute Morgen wieder mit Koppelin telefoniert! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist kein Wunder, dass ihr auf 20 % zugeht!)

Für diese 90 Millionen DM sind ausreichend Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

Dann ging es darum, ob es eine 8. Fortsetzung geben würde. Die war auf null gesetzt. Da haben wir zunächst einmal gesagt, so geht es nicht, und haben 30 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt. Als wir dann die Aussicht hatten, dass noch einmal aufgestockt werde, dass der Bund 80 Millionen DM einsetzen würde, haben wir gesagt - obwohl das mit zwei Dritteln/ein Drittel nicht unsere Position ist -, dass wir die Verpflichtungsermächtigungen von 30 Millionen DM auf 40 Millionen DM aufstocken, um nach der Regelung zwei Drittel/ein Drittel vorzufinanzieren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Genauso ist das!)

Das hat der Wirtschaftsminister hier dargelegt.

Dann ist es für die 8. Fortsetzung nicht nur bei der VE für das Jahr 2001 geblieben, sondern man hat für 2002, 2003 noch einmal jeweils 80 Millionen DM draufgepackt. Das war für viele Küstenländer überraschend.

Das hätte die Konsequenzen, die Herr Bülck hier dargelegt hat - nicht für den Haushalt 2000, sondern für die VEs. In welchen Jahren die VEs fällig werden, ist eine andere Sache. Aber die Zahlen sind richtig. Wir müssten entweder 90 Millionen DM oder 50 Millionen DM zusätzlich über VEs finanzieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht in einem Jahr!)

Das allerdings geht schon an die Grenzen unseres Haushalts. Deshalb ist es richtig, dass Herr Bülck gesagt hat, hier sei das gemeinsame Vorgehen der Küstenländer zu verabreden. Es war immer unsere Position, zu einem Verhältnis von 50 : 50 zurückzukommen.

Ich denke, wenn der Bund - für uns alle überraschend - so viel über VEs bereitstellt, dann dürfte es ihm

(Minister Claus Möller)

auch nicht schwer fallen, vielleicht zu 50 : 50 zurück-zukehren.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch, das Wort hat dann nach dem Minister Herr Abgeordneter Stritzl.

(Konrad Nabel [SPD]: Da freuen wir uns aber sehr! - Weitere Zurufe von der SPD)

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Kollege, es ist ja ein Thema, das ein bisschen ernster ist. Es geht um Arbeitsplätze, Kollege Astrup!

(Holger Astrup [SPD]: Ach Gott, ach Gott!)

Nach den mir vorliegenden Entwicklungen für 2000 - wir reden über das Haushaltsjahr 2000 und nicht über 2000 und x, sondern nur über 2000 - war der Ursprungsansatz, Herr Kollege, 100 Millionen DM. Ursprünglich! Stimmt das? - Er ist dann im Rahmen der von Ihnen angegebenen Tranche auf 86 Millionen DM heruntergegangen.

Nach unseren Informationen liegt er jetzt durch den Bund wieder - wie ich höre - durch eine gemeinsame Initiative aller Abgeordneten der Küstenländer bei 100 Millionen DM für 2000. Dann ergibt sich für uns allerdings folgende Rechnung nach der Verteilungsquote zwei Drittel/ein Drittel: Wenn der Bund 100 Millionen DM gibt, müssten die Länder 200 Millionen DM geben. Dann stünden 300 Millionen DM zur Verfügung - nach den Informationen, die wir aus Bonn kriegen. Wenn Schleswig-Holstein davon - Sie mögen mich berichtigen, Herr Minister - ein Viertel zusteht, dann würden wir aus Bonn 25 Millionen DM kriegen.

(Holger Astrup [SPD]: Aus Berlin!)

- Oder aus Berlin! Das heißt, wir hätten einen Finanzierungsanteil von 50 Millionen DM zu tragen. Oder rechne ich das falsch, Herr Finanzminister?

Wenn wir aber in der Nachschiebeliste tatsächlich nur 41,8 Millionen DM haben, fehlen 8,2 Millionen DM. Das ist die Situation, über die wir geredet haben. Deswegen müssen wir hier - darum geht es doch - gemeinsam versuchen, in den vor uns liegenden Haushaltsberatungen das Notwendige an gemeinsamer Kraftanstrengung zu unternehmen, um hier im Interesse der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein noch ein-

mal - gemeinsam! - nachzubessern. Um nicht mehr und um nicht weniger geht es.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich gebe jetzt zunächst noch einmal Herrn Minister Bülck das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich glaube - um die Diskussion wieder zu versachlichen -, wir sollten zwischen den Haushaltsauswirkungen unterscheiden, die Herr Stritzl eben diskutiert hat, und dem, was wir an Akquisitionsmöglichkeiten im Jahr 2000 zur Abwicklung in den Jahren 2001, 2002, 2003 haben. Meine Zahlen - um es noch einmal zu sagen - haben sich auf das 8. Programmvolumen bezogen und nicht auf die kurzfristigen Haushaltsauswirkungen.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie aber nicht gesagt!)

- Ich gestehe zu, dass wir vielleicht ein Missverständnis bei den 8 Millionen DM hatten.

Ich denke, unabhängig von den Fragen des Haushalts, die sicherlich im Finanzausschuss noch diskutiert werden müssen, ist die große Frage: Wie kann das Land die 80 Millionen DM finanzieren, von denen ich sprach und die sich dann natürlich über die Jahre erstrecken? Da geht es um die Beschäftigung und um die Akquisitionsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Werften im Jahr 2000.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Hentschel, nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung haben Sie das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stritzl, ich möchte jetzt ganz klar von der CDU wissen, ob sie zu dem Antrag steht, dass alle Fraktionen des Landtages gemeinsam fordern, eine 50 : 50-Regelung einzuführen. Stehen Sie dazu und tragen Sie das mit den entsprechenden Konsequenzen mit, die Herr Bülck vorgetragen hat, oder tragen Sie das nicht mit?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist doch gar nicht bestritten worden!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist vom Wirtschaftsausschuss beantragt worden, dass der Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen und dass der Antrag der Abgeordneten Spoorendonk in geänderter Fassung angenommen wird. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/2459

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/2506

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat den vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW durch Plenarbeschluss am 13. Oktober 1999 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss überwiesen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Im Gesetzentwurf wird die Erhöhung der Diäten und der Funktionszulagen an die Abgeordneten um jeweils 1,5 % sowie die Anhebung der Zahlungen an die Mitarbeiter der Abgeordneten um 70 DM im Monat zum 1. Januar 2000 vorgeschlagen. Damit entsprechen die angestrebten Änderungen den Empfehlungen des Landtagspräsidenten, die dieser in seinem Bericht gemäß § 28 des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten im Rahmen der September-Tagung des Landtages abgegeben hat. Eine darüber hinausgehende Erhöhung der Zahlungen in anderen Bereichen, zum Beispiel bei Tagegeldern, Übernachtungskosten- und Fahrtkostenerstattungen oder auch bei der Altersversorgung, sieht der Gesetzentwurf nicht vor.

Die Grundlage für die Berechnungen der vorgeschlagenen Anhebungen in den genannten Bereichen der **Abgeordnetenentschädigung** ergibt sich aus einem Vergleich der Lebenshaltungskosten, der Verdienste der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie dem Gesamtdurchschnitt aller Tarifabschlüsse des Jahres 1999.

Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Abgeordnetenbezüge bewegt sich Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Abgeordnetenentschädigungen in anderen Ländern im Mittelfeld aller Bundesländer. Die Abgeordnetenbezüge - Grunddiät plus Aufwandsentschädigung - liegen damit knapp über dem Oberamtsratsgehalt.

Der federführende Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 3. November 1999 beschäftigt. Am 4. November 1999 war der Gesetzentwurf Gegenstand der Beratungen im Finanzausschuss.

Meine Damen und Herren, der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt Ihnen im Einvernehmen mit dem Finanzausschuss einstimmig - bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

(Beifall bei CDU, SPD, F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Mir ist aber gerade übermittelt worden, dass darum gebeten wird, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat darum gebeten?)

Herr Hentschel, ist es richtig, dass Sie darum gebeten haben, dass einzeln abgestimmt wird?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 1 a), b), c) und 2 getrennt!)

Das heißt, wir stimmen innerhalb von Artikel 1 über Nummer 1 a) bis c) und Nummer 2 getrennt ab.

Ich lasse zunächst über Artikel 1 Nr. 1 a) abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Wer Artikel 1 Nr. 1 b) zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja unglaublich!)

Enthaltungen? - Das ist angenommen gegen die Stimmen die Fraktion der Grünen.

(Holger Astrup [SPD]: Wird alles gespendet!
- Unruhe)

Ich lasse jetzt über Artikel 1 Nr. 1 c) abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Punkt ist bei Enthaltung der Fraktion der Grünen angenommen.

(Unruhe)

Dann lasse ich über Artikel 1 Nr. 2 abstimmen. Da geht es um § 9 Abs. 3. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich bin gespannt, was die Grünen jetzt machen!)

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? -

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: Langsam machen Sie sich lächerlich! Ich lache mich tot! - Anhaltende Unruhe)

Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und SSW bei Enthaltung der Fraktion der Grünen angenommen.

(Anhaltende Unruhe)

- Ich darf auch für den Rest der Sitzung um etwas mehr Ruhe bitten, damit die Rednerinnen und Redner in den letzten Stunden nicht heiser werden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 33 auf:

Stand der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 7. Juli 1999
Drucksachen 14/2185, 14/2204 und 14/2242
Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2503

Ich erteile das Wort dem Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus, Herrn Buß.

(Unruhe)

- Ich meinte das eben ernst mit der Bitte um etwas mehr Ruhe. - Sie haben das Wort, Herr Minister!

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die Anträge der SPD- und der CDU-Fraktion gern zum Anlass, Ihnen das Programm der **Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung** in Schleswig-Holstein darzustellen. Dorf- und ländliche Regionalentwicklung in dem von mir verstandenen Sinne ist selbst gestaltete Strukturpolitik auf der örtlichen Handlungsebene. Dabei spielen die überörtliche Kooperation und die gemeinsame Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten eine zentrale Rolle.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Unruhe)

Wer einen lebendigen und attraktiven ländlichen Raum will, braucht lebendige, sich entwickelnde Gemeinden. Fast die Hälfte aller Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner lebt in kleinen Gemeinden und Städten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lothar, hol doch deine Leute mal wieder rein!)

Deshalb ist unser Land zwingend auf einen lebendigen ländlichen Raum angewiesen. Lebendiger ländlicher Raum heißt für mich: Leben und Arbeiten im ländlichen Raum, intakte Umwelt und konkurrenzfähige Landwirtschaft, entwickelte Infrastruktur und neue Arbeitsplätze.

Es ist uns mit unserer ländlichen Regionalpolitik gelungen, durch den gebündelten Einsatz der Fördermittel verschiedener Ressorts wirklich strukturverbessernde Investitionen zu unterstützen. Lassen Sie mich einige prägnante Beispiele nennen: das Informationszentrum in Klanxbüll, das geplante Dienstleistungszentrum in Eggebek und das Biomasse-Heizkraftwerk Domsland in Eckernförde! Alle Projekte erfüllen die Kriterien der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER II. Sie sind innovativ, mustergültig und übertragbar und können deshalb mit einem erheblichen EU-Anteil gefördert werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Herr Minister, wo ist Ihre Fraktion?)

In der Anlage zum schriftlichen Bericht finden Sie darüber hinaus über 100 - ich betone: über 100! - Leitprojekte und Maßnahmen, die aus dem Programm zur Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung entstanden sind. Als erster Schritt der Dorfentwick-

(Minister Klaus Buß)

lungsmaßnahmen wurde seit 1996 eine LSE durchgeführt.

(Anhaltende Unruhe)

Die Abkürzung LSE bedeutet „**Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse**“; man darf sie nicht mit anderen Abkürzungen verwechseln. Dahinter steckt ein Instrument, das in den letzten drei Jahren sehr erfolgreich zur Vitalisierung ländlicher Räume beigetragen hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Die LSE ist die Initialzündung, sie schafft den konzeptionellen Handlungsrahmen für die Entwicklung der Regionen und sie ist die Basis für die Realisierung der örtlichen Maßnahmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bisher wurden 25 ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen in ländlichen Regionen abgeschlossen, 10 sind in der Bearbeitung und zirka 17 Anträge sind in der Warteschleife.

Das Themenspektrum der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen ist sehr breit angelegt. Die Region selbst entscheidet, welche Bereiche im Mittelpunkt stehen sollen. Typische Beispiele für unterschiedliche Schwerpunkte sind das Amt Preetz-Land mit einem dorfgemäßen Verkehrskonzept, die Region Schaalsee mit dem Thema „Wirtschaften im Einklang mit der Natur“

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und die Region Nord-Ostsee-Kanal mit dem Schwerpunkt Tourismus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hervorheben möchte ich noch einen überaus wichtigen Nebeneffekt: Die ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen leisten einen nachhaltigen Beitrag für ein neues regionales Denken, für eine verbesserte Kommunikation und für positive Entwicklungsinitiativen aus der Region für die Region. Als Ausbeute der LSE entstehen auch viele kleine Kooperationsprojekte, die in Eigeninitiative und mit großem Engagement der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden. Sie tauchen in unseren Übersichten gar nicht auf. Beispiele hierfür sind Rad-, Wander- und Reitnetze, Projekte für die Jugend und für Senioren.

Mit dem Förderprogramm der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung verfolgen wir das Ziel, im Rahmen einer integrierten überörtlichen Entwicklungs-

strategie die Potentiale in den ländlichen Räumen in allen Sektoren möglichst optimal zu erschließen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtiger Einsatz hierbei ist die Erarbeitung regionaler Entwicklungsleitbilder sowie Handlungsfelder und Leitprojekte durch die ansässige Bevölkerung, wie man neudeutsch sagt: das Bottom-up-Prinzip.

Die Schwerpunkte dieses Programms werden sowohl auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen als auch auf die Sicherung der Grundversorgung im ländlichen Raum gesetzt. Daneben spielt die Ortsgestaltung gerade in Orten mit touristischer Bedeutung eine wichtige Rolle. Eine weitere Strategie ist die Bündelung und Konzentration der Finanzmittel von EU, Bund, Ländern und Kommunen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei SPD und Grünen herrschen erste Auflösungserscheinungen!)

Im Berichtsantrag wurde die Frage nach der Unterstützung der **Stadt-Umland-Zusammenarbeit** gestellt. Eine Verbesserung der Stadt-Land-Beziehungen ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Stadt und Land Hand in Hand - das ist ein Sinnspruch, in dem das deutlich zum Ausdruck gebracht wird.

In zahlreichen LSE-Regionen hat eine intensive und sehr fruchtbare Stadt-Umland-Zusammenarbeit stattgefunden. Als Beispiel nenne ich das Amt Wilstermarsch mit der Stadt Wilster und das Amt Bad Bramstedt-Land mit der Stadt Bad Bramstedt.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD] und Sabine Schröder [SPD] - Unruhe)

Auf Wunsch der beteiligten Kommunen kann das Thema sogar als Schwerpunkt behandelt werden. Aktuelle Beispiele hierfür sind das Amt Windeby, die Stadt Eckernförde, die Ämter Rantzau und Hörnerkirchen und die Stadt Barmstedt.

Was geschieht eigentlich nach Vorlage des LSE-Abschlussberichts? - Die LSE ist ja nur ein Zwischenschritt und der Bericht soll nicht in den Amtsschubladen liegen bleiben.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Der Prozess der Umsetzung der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen bedarf einer intensiven Betreuung. In einigen Fällen leistet das die Region selbst, zum Beispiel im Amt Preetz-Land, in anderen Fällen verfügen die Amtsverwaltungen nicht über die

(Minister Klaus Buß)

notwendigen Kapazitäten. Bewährt hat sich in diesen Fällen der Einsatz eines Regionalbetreuers, der auch mit Mitteln der Arbeitsverwaltung und des Landes gefördert werden kann. Erste gute Erfahrungen mit der Regionalbetreuung wurden im Amt Probstei gesammelt. Die Ämter für ländliche Räume sind für die Bewilligung der Fördermittel zuständig, koordinieren die Verwaltungsabläufe und arbeiten hervorragend mit den örtlichen Akteuren zusammen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir einen kurzen Blick in die Zukunft! Mit dem Programm ZAL, „Zukunft auf dem Land“, einer der drei Säulen der Landesinitiative „Ziel“, hat die Landesregierung einen Rahmen geschaffen, um Strukturmittel der Europäischen Union kombiniert mit Mitteln von Bund, Land und Kommunen für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume einzusetzen.

In den nächsten sieben Jahren werden jährlich Zuschüsse von etwa 15 Millionen DM von der EU und etwa 15 Millionen DM von Bund und Land zur Verfügung stehen, und zwar für ganz Schleswig-Holstein; denn im Gegensatz zu dem Ende des Jahres auslaufenden Ziel-5b-Programm - das ist ganz wichtig - erfassen wir mit dem Programm ZAL das ganze Land.

In das Programm „**Zukunft auf dem Land**“ passt auch sehr gut ein weiterer Schwerpunkt, den wir mit dem Pilotvorhaben „Ländliche Dienstleistungszentren“ gesetzt haben. Wir unterstützen kleine Gemeinden dabei, neue Wege zu beschreiten, um ein attraktives Grundversorgungsangebot mithilfe moderner Kommunikationstechnik sicherzustellen. Wir haben damit für die nächsten sieben Jahre die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen, um die Wohn- und Arbeitsqualität für alle Bevölkerungsgruppen in den Dörfern nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ergebnisse der vergangenen zehn Jahre können sich sehen lassen:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh ja!)

Ob bei der Bevölkerungsentwicklung oder beim Zuwachs an Arbeitsplätzen - die ländlichen Räume unseres Landes haben sich überdurchschnittlich positiv entwickelt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Und das gilt nicht nur am Rande der Oberzentren, sondern flächendeckend.

Der Wohn- und Wirtschaftsstandort „Ländlicher Raum in Schleswig-Holstein“ ist ganz offensichtlich

attraktiv für viele Menschen. Der Übergang von der Förderung der bloßen Dorfverschönerung zur **Dorfentwicklung** ist zunächst zurückhaltend aufgenommen worden. Das hat sich grundlegend gewandelt. Über 500 Gemeinden haben sich schon auf einen Weg zu neuen Entwicklungszielen, zu neuer wirtschaftlicher Initiative gemacht oder stehen kurz davor.

Ich übernehme das Leitmotiv der Gemeinden am Nord-Ostsee-Kanal: „Eine Region kommt in Bewegung“. Mit dem Programm „Zukunft auf dem Land“ haben wir die Weichen dafür gestellt, um auch in den nächsten Jahren sagen zu können: Der ländliche Raum ist in Bewegung - und zwar nach vorn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ehlers.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Sehr guter Bericht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dieser Bericht hätte mehr Aufmerksamkeit aus den eigenen Reihen verdient! Es sind gerade sieben Sozialdemokraten im Plenum!)

Claus Ehlers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Eingangsbemerkung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Wenn der Minister für die ländlichen Räume hier über den ländlichen Raum spricht und man - wenn man auf die linke Seite hinüberguckt - dort nur sieben Abgeordnete sieht, dann kann man daran doch erkennen, wie das Interesse der SPD-Fraktion für den ländlichen Raum überhaupt ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD - Gerhard Poppendiecker [SPD]: Dafür haben wir den Minister!)

Die **ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse** hat sich im Laufe der Zeit zu einem Instrument entwickelt, das in den Regionen durchaus positiv beurteilt wird.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweifelloso gibt es Mängel, die sich bei den Gemeinden, die noch keine LSE haben, hinderlich auswirken und den Eindruck aufkommen lassen, außer den Ko-

(Claus Ehlers)

sten für die Analyse werde sich diese hemmend auf die künftige Entwicklung der Gemeinde auswirken.

Die LSE, die vielfach nicht auf eine Gemeinde beschränkt ist, sondern eine Region umfasst, verstärkt und verbessert die übergemeindliche Zusammenarbeit, zeigt Defizite auf und gibt Anregungen für Entwicklungsziele, die ohne die LSE nicht in die Überlegungen einbezogen worden wären. Darüber hinaus führen gemeinsame Projekte zu Einsparungen.

Der vorliegende Bericht weist aus, dass einige der anfänglichen Schwierigkeiten im Laufe der Zeit ausgeräumt werden konnten. Kernproblem ist und bleibt der enge finanzielle Spielraum des Landes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bei den Erwartungen, die geweckt werden, muss Enttäuschung aufkommen, wenn die sicherlich hoch gesteckten Ziele nicht umsetzbar sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Die Fortsetzung der übertriebenen Planung - das gilt auch für alle anderen Bereiche und Ebenen - muss beendet werden; die Planung muss in einem angemessenen Verhältnis zum verfügbaren finanziellen Rahmen stehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für uns ist es interessant zu erfahren, wie künftig die Aufteilung der Mittel für die ländlichen Räume einerseits und die Städte beziehungsweise Ballungsräume andererseits erfolgen wird. Wir haben ja kein eigenständiges Zielgebiet mehr für den ländlichen Raum.

Wir sehen die besonderen Probleme der großen Städte, aber wir wissen auch, dass manche ländlichen Regionen einen erheblichen **Entwicklungsnachholbedarf** haben, Herr Minister! Wenn wir die ländlichen Räume insgesamt betrachten, dann stellen wir fest, dass sie sich am Rande der Ballungszentren gewaltig entwickelt haben, aber an der Westküste und im Norden Schleswig-Holsteins sieht es beim ländlichen Raum erheblich anders aus.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist verkehrt!)

- Nein, das stimmt. Gucken Sie sich nur die Bevölkerungsentwicklung an und gucken Sie sich die Entwicklung auf dem **Arbeitsmarkt** an der Westküste wie auch im Norden Schleswig-Holsteins an. So ist es.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind nicht im Film!)

Die CDU stellt wirtschaftliche Handlungskonzepte in den Vordergrund. Wir müssen leider feststellen, dass Landesraumordnung und Regionalplanung diesen Prioritäten häufig entgegenstehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nach Landesraumordnungsplan und Regionalplanung soll sich die wirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Entwicklung, die ja maßgeblichen Einfluss auf zukünftige Arbeitsplätze hat, am Rande der Großstadt Hamburg und am Rande der kreisfreien Städte und in den kreisfreien Städten abspielen, aber nicht im ländlichen Raum. Dort bekommt man für größere Projekte - insbesondere an den Verkehrsknotenpunkten - überhaupt keine Baugenehmigung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Ich will keinen Streit darüber beginnen, wie viele Arbeitsplätze mit Hilfe der Entwicklungsanalysen entstanden sind. Aber ich bin der Überzeugung, dass mit dem Mitteleinsatz mehr Arbeitsplätze entstehen könnten,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

wenn die Planung in Schleswig-Holstein im Rahmen der Landesraumordnung anders aussehen würde.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! Das sieht der Minister auch so!)

Die wirtschaftliche Belebung in den ländlichen Regionen führt zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir wollen - diesen Begriff haben mittlerweile ja alle Fraktionen übernommen - „Wohnen“, „Leben“ und „Arbeit“ stärker zusammenführen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir alle wissen, dass wir die Zustände der fünfziger und sechziger Jahre nicht wiederbekommen werden. Damals sind nicht nur im Rahmen des **Strukturwandels in der Landwirtschaft** Arbeitsplätze abgebaut worden, sondern insbesondere auch im dörflichen Gewerbe, das jetzt in den Dörfern total weg ist. Wir werden die alten Zustände nicht wiederbekommen, aber wir werden in einzelnen größeren Landgemeinden wirtschaftliche Schwerpunkte in der Fläche setzen müssen. Wir haben ja in Nortorf-Land als eines der ersten Ämter eine Struktur- und Entwicklungsanalyse erstellt, Herr Minister, und sind zu der erschreckenden Erkenntnis gekommen, dass es Ge-

(Claus Ehlers)

meinden gibt, aus denen 30 % der Arbeitnehmer über die Region hinaus auspendeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Müssen!)

Wir wissen sehr wohl, dass die Gründung von Betrieben Sache der Privaten ist; man kann nicht alles staatlich steuern. Aber das Land hat die Möglichkeit, durch günstige **Rahmenbedingungen** die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Entwicklungsanalysen sollen nicht nur aktuell gültig sein, sondern weit darüber hinaus. Umso wichtiger ist eine stärkere Konzentrierung auf arbeitsplatzschaffende Maßnahmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Letztlich bleibt jedoch alles nur Makulatur, wenn wegen Geldmangels die ausgefeiltesten und besten Pläne nicht umsetzbar sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben in der Vergangenheit die Erwartungen zu hoch geschraubt und mit der real existierenden Haushaltswirklichkeit nicht in Übereinstimmung bringen können. Da kommt noch Erhebliches auf uns zu. Wir alle haben das in der Vergangenheit erlebt, als Dorferneuerung und Dorfentwicklung betrieben worden sind. Wenn alle Gemeinden und alle Ämter darauf anspringen, dann werden wir auch bereit sein müssen, die Haushaltsmittel dafür einzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Genau hier werden wir ansetzen.

Erstens: Wir wollen mit einer vorrangig wirtschaftlichen Belebung in den ländlichen Räumen neue Arbeitsplätze schaffen.

Zweitens: Wir wollen die Erwartungen auf das Niveau der finanziellen Möglichkeiten bringen.

Drittens: Wir wollen einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land, wobei das Land nicht ins Hintertreffen geraten sollte.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Das musste mal gesagt werden!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie häufig beißen die Agrarier als die Letzten die Hunde. Man wollte unsere Redezeiten beschränken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! Das war der Kollege Hay! - Weitere Zurufe)

- Das lehnen wir ab, weil uns dieser Bericht zu wichtig ist, -

(Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete Schröder hat das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

- zumal diese Anträge gemeinsam beschlossen worden sind. Uns ist der ländliche Raum zu wichtig, auch wenn in den Fraktionen - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Du hast gesagt, wir sollen streichen!)

- Nun ja, wenn ich die CDU-Abgeordneten zähle - so viele sind das nun auch nicht.

(Widerspruch bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber immerhin viermal so viele wie links!)

Rund 80 % der Landesfläche gehören zu den ländlichen Räumen. Dazu zählen auch die rund 900 Städte und die vielen kleinen Gemeinden. Der Minister hat schon darauf hingewiesen, dass dort fast die Hälfte der Bevölkerung wohnt.

Diese Fakten belegen, welche Bedeutung die Weiterentwicklung der ländlichen Räume hat. Das sage ich auch an die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion gerichtet. Denn sie belegen auch, welche Bedeutung sie für jeden Wahlkreisabgeordneten haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bilanz der letzten Jahre zeigt, dass sich die attraktiven Standortvorteile zunehmend positiv auswirken. Das gilt für die Betriebe, Wohnungen und Arbeitsplätze gleichermaßen. Ich zitiere Professor Dr. Soltwedel vom Institut für Weltwirtschaft:

„Der empirische Befund: Ländliche Räume haben sich relativ dynamisch entwickelt ...“

- Auch der Norden und die Westküste, Herr Kollege Ehlers! -

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD])

„So hat sich auch in der Bundesrepublik die Erwerbstätigkeit in fast allen Zentren ungünstiger entwickelt als in dem jeweiligen Um-

(Sabine Schröder)

land und fast alle Regionen an den Rändern der alten Bundesrepublik konnten die Zahl der Erwerbstätigen überdurchschnittlich steigern.“

- Das aus dem Institut für Weltwirtschaft!

Die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt sind also im Vergleich zu denen in Ballungszentren durchaus positiv. Diese Entwicklung zu befördern, ist das Ziel der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen. Es werden Stärken und Schwächen der Region festgestellt, um darauf aufbauen zu können.

Die Zusammenarbeit über die kommunalen Grenzen hinaus befördert das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identität mit den landwirtschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Menschen, die dort wohnen, werden aktiv beteiligt. So hat sich bei mir im Wahlkreis - Herr Hopp, oder in unserem Wahlkreis -, im Barkauer Land, ein Verein gegründet, dem über 100 Mitglieder aus elf Gemeinden angehören, um die ländliche Entwicklung beim Ausbau der B 404 kreativ mitzugestalten, nämlich bei dem Rad- und Wanderwegausbau, bei der Einrichtung eines Kulturzentrums, bei der Gestaltung eines Dienstleistungszentrums und bei der Ansiedlung von Gewerbe.

Probleme gibt es insgesamt - so sagt es der Bericht der Landesregierung - bei der Motivation von Senioren und Jugendlichen. Da müssen wir nacharbeiten.

Herr Ehlers, der Planungsaufwand wurde auf das Notwendigste reduziert und nicht übertrieben. Vorhandenes Datenmaterial wird nach den neuen Richtlinien mit verwertet. Die neuen Richtlinien liegen jetzt bei der EU zur Notifizierung vor. Der Verwaltungsaufwand wurde erheblich reduziert sowie die Förderung auf die Effizienz ausgerichtet,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

so wie es der Landesrechnungshof gefordert hat.

Die Ämter für ländliche Räume und die Akademie helfen beratend und fortbildend sowie bei der Bündelung der Fördermöglichkeiten. Der Eigenanteil der Auftraggeber beträgt - man höre - lediglich 20 %, das sind im Durchschnitt etwa 4 DM bis 5 DM pro Einwohner. Die Landesförderung liegt in der Regel bei 60 %. Hinzu kommen - das wollen wir nicht verschweigen - Sponsorengelder von Sparkassen, Banken, Versicherungen und anderen.

Insgesamt steigerte sich der finanzielle Aufwand aus der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ von 250.000 DM im Jahr 1995 auf 800.000 DM im Jahr 1999. Herr Ehlers, das soll man

nicht schlecht reden. Die EU-Mittel pendelten sich von 18.000 DM im Jahr 1995 auf 44.000 DM im Jahr 1999 ein.

Der integrative Ansatz ermöglicht eine interministerielle Abstimmung. Alle Achtung, Herr Minister, das habe ich in anderen Bereichen nicht erlebt, dass die Mittel so gebündelt werden.

So fördert zum Beispiel der Wirtschaftsminister die Regionalprogramme für strukturschwache ländliche Räume. Ich empfehle Ihnen, diesen Bericht zu lesen. Dazu hat der Wirtschaftsminister auch eine Pressemitteilung veröffentlicht.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Umweltministerium fördert Naturerlebnisräume und integrierte Schutzkonzepte im Sinne der Agenda 21.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Das Sozialministerium stellt Mittel aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ zur Verfügung. Externe Zuschüsse können unter anderem von der schleswig-holsteinischen Landschaft eingeworben werden, von dem Zukunftsinvestitionsprogramm „Ländlicher Raum“, von der Landgesellschaft oder der I-Bank.

Der wichtigste Motor ist aber - Herr Minister! - das Ministerium für ländliche Räume mit den Mitteln der Dorfentwicklung, der Umnutzung land- und forstwirtschaftlicher Gebäude, Infrastrukturmaßnahmen für den Tourismus, der Förderung der Flurbereicherung - das sagte schon Hans Wiesen - und dem Agrarinvestitionsprogramm.

Die ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen erfreuen sich einer breiten Akzeptanz. Ich sehe dort hinten den Kollegen Solterbek, der dazu auch entscheidend beiträgt.

(Beifall bei der CDU)

Die Betroffenen werden beteiligt, es wird nichts „übergestülpt“. Die Beratung garantiert Information über **Fördermittel**. Es werden Planungs- und Finanzaufwand auf ein verträgliches Maß beschränkt und Mittel gebündelt. Insofern wurde hier dem Petition des Landesrechnungshofs Folge geleistet. Allerdings sind Erfolgsbilanzen in Mark und Pfennig bei einem derartigen Entwicklungsprozess nicht kurzfristig aufzuzulisten.

(Lothar Hay [SPD]: Hoffentlich hört der Landesrechnungshof das alles mit!)

(Sabine Schröder)

- Bitte?

(Lothar Hay [SPD]: Hoffentlich hört der Landesrechnungshof das alles mit! - Holger Astrup [SPD]: Der ist auch nicht da!)

- Der ist immer nur da, wenn es etwas zu kritisieren gibt.

Doch die Fülle der konkreten Beispiele und Initiativen, die der Bericht auflistet, kann sich sehen lassen. Der Bericht ist auch für regionale Abgeordnete empfehlenswert. Er wird ergänzt durch die Förderung des **LEADER-II-Programms**. Auch das sind ganz konkrete regionale Projekte. Besuchen Sie doch einmal diese Projekte vor Ort, das wird Ihnen sicherlich - egal, welcher Parteilinien Sie angehören - im Wahlkampf nützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ministerium für ländliche Räume vertritt nicht nur - obwohl sie wichtig sind - die 10.000 Vollerwerbsbetriebe über 50 ha, sondern betreibt aktive Förderung des vor- und nachgelagerten Gewerbes und ist ein Vorkämpfer für die Vitalisierung der ländlichen Räume. Das hat Hans Wiesen initiiert und Klaus Buß führt das mit Volldampf weiter, wenn Sie ihn unterstützen und die Arbeitskreise - egal ob CDU, F.D.P., Grüne oder SPD -

(Holger Astrup [SPD]: Und SSW!)

das etwas ernster nehmen. Das wäre sicherlich zu begrüßen.

Ich nenne nur einige markante Beispiele in Ergänzung zu dem, was der Minister schon gesagt hat: Der Metall-Yachtbau Otto A. Künemund vermarktet Asante-Yachten im In- und Ausland - und dies von Hummelfeld-Fellhorsten aus.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hummelfeld-Fellhorst!)

- Bitte?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hummelfeld-Horst!)

Hummelfeld, mag sein, dass ich hier einen Druckfehler habe. Ich schaue noch einmal nach.

Eine leer stehende Lagerhalle konnte 1988 umgewidmet werden.

Die Firma Strathmann AG entwickelt in Bovenau ein hoch modernes Biotechnologiezentrum auf einer ehemaligen Schweinekoppel des Gutes Dengelsberg. Das Investitionsvolumen beträgt 20 Millionen DM.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

- Nein, nein! Dort werden Impfstoffe und therapeutische Proteine erzeugt.

Im Kirchspiel Schwabstedt und in Rantum wurde eine hauptamtliche Jugendbetreuung eingesetzt. Auch das ist wichtig.

Im Amt Probstei wird ein Kinderabenteuerland realisiert, das Reiterferienangebot erweitert; eine Direktvermarktung und Touristinformation sind in der Krokaer Mühle geplant.

Ich empfehle, den Sachstandsbericht gründlich zu lesen, die Beispiele der Förderung belegen die Möglichkeiten, die jeder Abgeordnete vor Ort hat, zur Vitalisierung der ländlichen Räume unterstützend beizutragen.

Wichtig ist, dass diese ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse nicht in der Schublade verschwindet.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Es ist vielmehr wichtig, dass durch Regionalbetreuer für eine konkrete Umsetzung gesorgt wird.

Ich beantrage die Überweisung an den Agrarausschuss zur weiteren Beratung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dorf- und ländliche Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein - nach dem Klimaschutz ein weiteres Kapitel in dem Buch, das da heißt: Erfolgsgeschichte der Regierungspolitik für unser Land.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die alten Begriffe Dorfverschönerung und Dorferneuerung sind durch ein sehr modernes Instrument der ländlichen Raumentwicklung abgelöst worden.

Der aktuelle Stand der Dorf- und Regionalentwicklung ist stark durch die Impulse aus den ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen in unserem Land geprägt. Es handelt sich um ein neues Instrument, das sehr viel Dynamik entfaltet. Mit dem Instrument LSE soll das Leben und die Wirtschaft auf dem Land gefördert werden. Die vielfältigen - regional sehr unter-

(Detlef Matthiessen)

schiedlichen - sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten sollen erschlossen und genutzt werden.

Ich kann meiner Kollegin Schröder, die hier sehr viele Beispiele dafür geliefert hat, wie unterschiedlich die Entwicklung aussehen kann, nur zustimmen. Denn das ist genau der springende Punkt, dass etwas vor Ort entwickelt wird und dort die Entwicklungsmöglichkeiten gesehen werden. Man muss die Kompetenzen, die vor Ort sicherlich viel höher sind als von außen, nutzen und die Ideen umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der eigentliche Zauber der Idee, wie der ländliche Raum vorwärts gebracht wird.

Herr Minister, ich bin auch für Eine-Welt-Politik zuständig.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mir fällt auf, dass wir es hier mit einer Reihe von Begrifflichkeiten zu tun haben, die ich aus der Entwicklungshilfepolitik kenne. Das sind intelligente Instrumente, die entwickelt wurden, nachdem dort Mittel hineingepumpt wurden, die sich nachträglich nicht bewährt haben. Sie haben selber das Bottom-up-Prinzip und die Einbindung von NGOs in administratives Handeln genannt. Es gibt da tatsächlich eine verblüffende Parallelität, denn moderne Instrumente, die wir aus diesem Zusammenhang kennen, greifen genauso produktiv für die Entwicklung unserer ländlichen Räume.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Schnack lieber platt!)

Bei genauem Hinsehen bedient man sich dabei dieser guten Erfahrungen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Das konsequente Einbeziehen und Mobilisieren aller Bevölkerungsgruppen und auch der Nichtregierungsorganisationen vor Ort hat sich als viel effektiver herausgestellt als die reine staatliche Förderung und Lenkung. Viele innovative Ideen sind entstanden und entstehen weiter, die den Bedürfnissen und Gegebenheiten in den verschiedenen **ländlichen Regionen** Rechnung tragen. Neben sehr guten LSEs und Umsetzungen - ich nenne hier Wiedingharde in Nordfriesland und Hüttener Berge - gibt es auch noch Beispiele nach altem Muster, die noch an die alte Dorfverschönerungspolitik gemahnen. - In diesem Zusammenhang möchte ich unserem Kollegen Hans-Klaus Solterbeck, der sich dort sehr engagiert, zuwinken. - Da hätte man mehr erreichen können. Das liegt an dem eben beschriebenen sehr basisdemokratischen Ansatz der

ländlichen Strukturentwicklungsanalysen. Man muss klar sagen: Jede Region kriegt, was sie verdient!

Die ausgewählten Entwicklungsräume der LSEs richten sich nicht nach Verwaltungsgrenzen - wie zum Beispiel Amtsgrenzen -, sondern nach gemeinsamen Entwicklungsoptionen. Das Beispiel aus dem Hüttener Raum ist dafür typisch. Die Devise ist dabei, über die Dorfgrenzen hinauszuschauen, also überörtliche Kooperation. Es gilt, gemeinsame und unterschiedliche - aber zueinander passende produktiv organisierte - Entwicklungspotentiale innerhalb des LSE-Raums zu sehen und zu entwickeln. Dabei wird auch ein intensiver begleitender Beratungs- und Dialogprozess geleistet.

In Schleswig-Holstein haben wir 25 ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen in den Regionen abgeschlossen. Zehn LSEs sind in der Bearbeitung und etwa 17 Anträge stehen noch auf der Warteliste. Claus Ehlers, das zeigt die Akzeptanz dieses Instruments und die große Nachfrage nach ihm.

Ich folge den bedenklichen Kritikpunkten, die dort geäußert worden sind. Wir sind nicht in der Lage, Wünsche und **Entwicklungspotentiale**, die in den LSEs entwickelt werden, immer staatlich durchzufinanzieren. Das ist jedoch nicht unbedingt eine hemmende Auswirkung. Als es dieses LSE-Instrument noch nicht gab, habe ich bei mir in der Gemeinde - zusammen mit Kollegen - den so genannten DEP, nämlich einen Dorfentwicklungsplan, entwickelt, in dem wir uns darüber Gedanken gemacht haben, wohin die Reise gehen soll. Wie viel Neubau wollen wir uns in Prozent per anno leisten? Wie ist die Lückenbebauungsmöglichkeit? Wer siedelt aus? So kommt man dazu, in der ländlichen Politik und in der dörflichen Regionspolitik konzeptionell zu denken. So ein Konzept vermeidet auch Fehlinvestitionen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die überarbeiteten Richtlinien zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein liegen zurzeit bei der Europäischen Kommission zur Zertifizierung vor. Damit wird endgültig von der altbekannten Dorferneuerung Abschied genommen.

Wesentliche Änderungen sind dabei der Entwicklungsgrundsatz unter Beachtung der Agenda 21, Einbeziehung anderer Maßnahmen - wie zum Beispiel „Urlaub auf dem Bauernhof“ -, intensive Bürgerbeteiligung, Einbeziehung von Organisationen außerhalb der öffentlichen Verwaltung, regionale Initiativen, Schaffung neuer Arbeitsplätze vor Ort - ein

(Detlef Matthiessen)

Aspekt, der im Mittelpunkt dieser ländlichen Entwicklung steht -, Stabilisierung oder Ersatz von Struktureinrichtungen, Einbeziehung kleinerer fremdenverkehrlicher Erschließungsmaßnahmen, neue Kommunikationsmethoden - wie Workshops -, Bürgerfragestunden, Stärke- und Schwächenanalysen, aus der Bevölkerung gebildete Arbeitskreise, ein hoher Anteil von Maßnahmen in privater Trägerschaft und vieles andere mehr.

Wesentlich ist die Erstellung der Entwicklungsanalyse vor Beginn der einzelnen Maßnahmen, um eine ganzheitliche Entwicklung zu ermöglichen und knappe Finanzmittel effizient zu verwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Damit ist die Neuausrichtung der ländlichen Entwicklung umgesetzt, die weitgehend grüner Politik entspricht und die zu den Erfolgen dieser Landesregierung gehört.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nein!)

Herr Minister Buß, Sie haben diese Positionen in Ihrem Hause personell hervorragend besetzt. Das ist wichtig, denn wir brauchen Menschen, die den Draht zu den Akteuren im ländlichen Raum finden. Zu nennen sind auch die Akademie für die ländlichen Räume und das Büro „Stadt und Land“.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Dieser Name liefert mir das nächste Stichwort, nämlich Zusammenarbeit von Stadt und Land nach der Devise: Stadt und Land - Hand in Hand. Herr Minister Buß, das haben Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister im Rahmen unseres Dorfentwicklungsplans Osterby unter Beweis gestellt. In diesem Zusammenhang haben wir uns an die Stadt Eckernförde gewandt und gesagt: Ihr müsst das Hinterland einbeziehen. Jetzt gibt es das Konzept „Rund um die Eckernförder Bucht“. Damit haben Sie schon vor diesem hohen Amt als Minister bewiesen, dass es Ihnen mit der Parole „Stadt und Land - Hand in Hand“ sehr ernst ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD] - Zurufe von der CDU)

Zur Finanzierung standen und stehen für den Zeitraum dieser Legislaturperiode - das heißt von 1996 bis 1999 - einschließlich der 5b-Mittel 116 Millionen DM zur Verfügung. Es werden viele LSEs durchgeführt, wobei in der Regel mehrere Ämter und Zentralorte betroffen sind. Somit sind die LSEs finanziert. Wie der Kollege Claus Ehlers richtig anführte, gilt das jedoch nicht für alle Maßnahmen in Folge. An dieser Stelle bestand in

der Diskussion zwischen Karl-Martin Hentschel und mir ein Gegensatz. Ich war der Meinung, es könnte Sinn machen, weniger LSEs durchzuführen, diese dann allerdings durchzufinanzieren. Nach langen strategischen Debatten haben wir uns für ein Mehr an LSEs entschieden, um damit die Entwicklungsoptionen in den Gemeinden zu verbessern.

Mit der neuen Agenda 2000 und dem Programm „Zukunft auf dem Lande“ ist im Rahmen des Zielprogramms sowohl die Kulisse als auch die Ausstattung der Mittel für die ländlichen Räume sehr viel attraktiver geworden. Wir können auf diesem Weg, der sich jetzt schon bewährt hat, sowohl finanziell als auch vor dem Hintergrund der **Fördergebietskulisse** auf einem sehr viel höheren Niveau fortfahren.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es gibt eine Reihe von Strukturproblemen im ländlichen Raum: Dorfgaststätten, Einkaufsmöglichkeiten, Post, Banken und so weiter. Darauf ist mit dem Konzept „Ländliche Dienstleistungszentren“ sehr gut reagiert worden, denn wir können den Mainstream des Strukturwandels in unserer Gesellschaft auch durch solche landespolitischen Maßnahmen nicht zurückdrehen. Diejenigen, die ländliche Entwicklungszentren bereits genießen, sind damit hoch zufrieden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Umbenennung des Landwirtschaftsministeriums in Ministerium für ländliche Räume ist nicht nur eine bloße Nomenklaturfrage, sondern es ist politisches Programm. Das Wort, das ein Politiker einmal von den blühenden Landschaften geprägt hat, heißt - übertragen auf Schleswig-Holstein - dass wir für den ländlichen Raum hier auf dem besten Weg sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die vorangegangenen Beiträge haben nach meiner Meinung deutlich gemacht, dass das Instrument der **ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse** parteiübergreifend positiv beurteilt wird. Es ist daher auch nicht meine Aufgabe, dies zu zerreden.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Es wird in der Region überall, wo man hinkommt, sozusagen als der Geheimitipp gehandelt, der von Hand zu Hand weitergereicht wird und von Dorf zu Dorf geht und wo empfohlen wird: Seht zu, dass ihr reinkommt, nachher ist das Programm irgendwann vorbei.

Diese positive Bewertung hat nicht so viel mit den Maßnahmen zu tun, die umgesetzt werden konnten. Da gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht so viel. Das hat damit zu tun, dass die ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse den Menschen vor Ort Möglichkeiten gibt, das Gespräch mit den Nachbargemeinden strukturiert zu führen und für eine Region ein gemeinsames Programm für die Zukunft zu entwickeln, das die verschiedenen Bereiche des Lebens einschließt, nämlich Arbeitsplätze, Wohnqualität, Tourismus und Wegegestaltung. Das ist ein ganz vielfältiges Programm.

Dieser Prozess und der vielfältige Informationsaustausch sind ein ganz besonderer Gewinn für die Region. Daher hat er die Unterstützung - wie ich meine - in diesem Hause.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Im Zuge der Erarbeitung einer LSE wird in den Gemeinden ein Zukunftsprogramm intensiv erarbeitet. Es gelingt, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land zu erreichen. Das ehrenamtliche Engagement, das vorzufinden ist, ist ganz erstaunlich und wirklich enorm. Man muss dies immer wieder unterstreichen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Holger Astrup [SPD], Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Dass es tatsächlich auch in den ländlichen Räumen wichtig ist, die überörtliche Zusammenarbeit zu fördern, hat mir ein Beispiel deutlich gemacht, als Minister Buß die ländliche Struktur- und Entwicklungs-

analyse der Region Schaalsee übergeben hat. Da sagte eine Dame, die bei mir am Tisch saß: Wir haben doch die ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse Schaalsee. Wieso fahren wir denn jetzt auf dem Ratzeburger See? Ich antworte: Ist doch klar! Derjenige, der es am meisten organisiert hat, der Amtsvorsteher, stammt aus Bäk und Bäk grenzt nun einmal an den Ratzeburger See. Daher sind wir auf dem Ratzeburger See.

Das heißt aber auch, die Blickweise von Gemeinden einer Region, die vielleicht kaum 20 km auseinanderliegen, ist derartig auf sich selbst konzentriert, dass schon die Nachbargemeinde als Fremdland betrachtet wird. Es ist dringend an der Zeit, dass wir diese Blickweise ändern, denn wir können die anstehenden Probleme nur lösen, wenn wir überörtliche Kooperationen installieren.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Holger Astrup [SPD], Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Der Landesrechnungshof hat die bisherige Dorferneuerung sehr kritisch bewertet. Ein Teil der Kritikpunkte war berechtigt und ist auch berücksichtigt worden. Aber es gibt auch einen Teil, der vom Landesrechnungshof nicht ganz berechtigt angemahnt wurde und der verkennet, welche Bedeutung ländliche Räume und die **Entwicklung ländlicher Räume** für das Land Schleswig-Holstein haben.

In Schleswig-Holstein leben etwa die Hälfte der Menschen in ländlichen Räumen. Es ist die Aufgabe von Politik, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Wir brauchen Investitionen auch in den ländlichen Räumen, um Abwanderungen zu verhindern. Damit tragen wir dazu bei, dass sich die Probleme in den Städten, die dort unzweifelhaft größer sind, nicht weiter ausweiten. In den letzten Jahren ist in diesem Zusammenhang eine ganze Menge gelungen.

Ich möchte aber auch einen kritischen Blick auf einige Leitprojekte werfen und einige Fragen dazu stellen. Wenn wir uns die Liste angucken, sehen wir zum Beispiel, dass es in Breitenberg eine positive Prioritätsentscheidung der Straßenbauverwaltung für einen Radweg gegeben hat. War dafür wirklich eine LSE erforderlich? War dieses Instrument wirklich notwendig, um ein solches Ziel zu erreichen? Oder das Dorfgemeinschaftshaus in Wapelfeld. Ist dafür eine LSE erforderlich? Der Einbau einer Ferienwohnung wird als Maßnahme genannt. Ist dafür eine LSE erforderlich?

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Es gibt eine ganze Menge weiterer Beispiele. Meines Erachtens muss vermieden werden - auch im Interesse dieses Instruments -, dass für die Umsetzung sinnvoller Maßnahmen erst die Durchführung einer LSE erforderlich wird. Es kann nicht sein, dass solche Sachen wie die Reetdachförderung - eine Aufgabe von Denkmalpflege - jetzt nur noch über LSE laufen. So kann es nicht gehen. LSE ist vielmehr ein spezielles Zukunftsinstrument für überörtliche Kooperationen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Holger Astrup [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Erfolg der LSE macht deutlich, dass es in den bestehenden Strukturen Defizite in den Kommunikationen der Gemeinden untereinander gibt. Dies müssen wir ändern, und zwar nicht nur im Bereich der LSE.

Auch auf dem Dorf sollte Kirchturmpolitik der Vergangenheit angehören, ohne dass immer ein Planungsbüro eingeschaltet werden muss. Gleichzeitig gilt aber auch für ländliche Räume, dass für überregionale Entwicklungen nicht auf Planungen verzichtet werden kann. Mit der LSE sind wir nach meiner Überzeugung auf einem guten Weg.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren ist der ländliche Raum geprägt von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit. Daran hat sich bis heute noch nicht allzu viel geändert. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Auch wenn wir heute schon feststellen können, dass der ländliche Raum gegenüber den wirtschaftlich starken Gebieten aufgeholt hat, ist es weiterhin ein Hauptanliegen des SSW, sich für die Stärkung dieser Region einzusetzen, denn das Ziel der Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen ist noch nicht erreicht. Hier besteht also weiterhin Handlungsbedarf, um diese Gebiete wirtschaftlich zu beleben und interessanter zu gestalten.

Die Veranstaltung der Akademie für **ländliche Räume** hier im Landeshaus im Mai diesen Jahres hat aber ebenfalls deutlich gemacht, dass sich die ländlichen Räume bereits jetzt in ihrer wirtschaftlichen Struktur verändern. Natürlich sind diese Räume wirtschaftlich weiterhin stark von der Landwirtschaft geprägt, aber die Veranstaltung zeigte, dass sich die wirtschaftlichen

Gefüge der ländlichen Räume dahin gehend im Wandel befinden, dass sich das Arbeitsmarktverhältnis mittlerweile zugunsten außerlandwirtschaftlicher Branchen verbessert hat. Dennoch wurde auf der Veranstaltung auch deutlich, dass noch viel für den ländlichen Raum getan werden muss, um innovative und kreative Neuansiedlungen von Produzenten und Dienstleistern zu fördern.

Mit der im Förderprogramm der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung angegliederten **ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse** hat Schleswig-Holstein ein Instrument bekommen, das zu einer Reduzierung von wirtschaftlichen Rückständen in den ländlichen Räumen beitragen kann. Wir sehen darin eine Chance, strukturschwache Gebiete zu unterstützen und zu stärken. Auch wir sehen die LSE als eine Erfolgsstory für den ländlichen Raum.

Durch die Agenda 2000 wird Schleswig-Holstein in den nächsten sechs Jahren in den Genuss von mehr EU-Fördermitteln für die Regionalförderung kommen als je zuvor. Wir haben somit die einmalige Chance, weitaus mehr für unsere ländlichen Räume zu tun als bisher. Wichtig ist bei der Investition solcher Förderkulissen jedoch auch, dass hiermit Entwicklungen angestoßen werden, die sich nachhaltig auf die jeweilige Region auswirken.

Wir begrüßen, dass die Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort, mit speziellen Planungsbüros und dem ALR geschieht. Denn diese Art der Bürgerbeteiligung führt dazu, dass eine optimale Stärken- und Schwächenanalyse in den Kommunen durchgeführt wird und somit Ergebnisse auch eher von der Bevölkerung akzeptiert werden. Ich möchte hinzufügen, dass die LSE-Analysen vor Ort wirklich gut angenommen werden - das sagte ich bereits - und dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums sehr engagiert dafür einsetzen. Daher sollte noch einmal unterstrichen werden, dass diese Arbeit des Ministeriums eine echte Dienstleistungsarbeit darstellt. Ich möchte mich im Namen des SSW dafür bedanken.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie man jedoch dem Bericht entnehmen kann, gibt es immer noch Teile in Schleswig-Holstein, in denen Ämter und Kommunen mit der Umsetzung des LSE-Verfahrens nicht sehr weit gekommen sind. Ich dachte immer, dass der Kreis Dithmarschen der einzige Kreis sei, auf den das zutraf, aber inzwischen habe ich ja dem Bericht entnehmen können, dass auch

(Anke Spoorendonk)

dort schon etwas in Gang gekommen ist. Man müsste also Wege und Lösungen finden, um den Kommunen die Scheu vor diesem Planungsinstrument zu nehmen. Dabei gebe ich der Kollegin Happach-Kasan völlig Recht, dass die Kommunen sich auch einmal kritisch die Frage gefallen lassen müssen, ob sie alles im Rahmen von LSE machen müssen.

Die Ämter und die Kommunen sind aufgefordert, sich stärker für die eigene Weiterentwicklung einzusetzen. Es geht bei der LSE darum, Ziele und Leitbilder für die Region zu entwickeln und die Bürger zu ermutigen, ihren Lebensraum selbstständig zu gestalten. Das ist das Zentrale. Wie ein Konzept dafür aussehen kann, zeigt zum Beispiel ein Projekt aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, das erst in diesem Jahr abgeschlossen wurde. Es handelt sich hierbei um das LSE-Projekt Hüttener Berge. Dieses Pilotprojekt ist in seiner Form für Schleswig-Holstein mustergültig. Das Zusammenwirken von Ämtern und Gemeinden fand hier schon sehr früh statt, zugleich wurden interkommunale Aktivitäten entwickelt. Hervorzuheben ist hierbei die Verwertung des bei der Knickpflege anfallenden Holzes zur Wärme- und Stromgewinnung im Biomasse-Heizkraftwerk Domsland in Eckernförde.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute Morgen stand in der Zeitung, dass sich auch der Bürgermeister in Kappeln vorstellen könnte, so etwas zu errichten. Von daher handelt es sich wirklich um eine gute Sache, die es weiter zu unterstützen gilt. Wir vom SSW möchten das jedenfalls, weil diese Projekte zeigen, dass Ökologie und Ökonomie auch zusammengebracht werden können.

Aus Sicht des SSW ist es erfreulich zu sehen, dass besonders der nördliche Landesteil bei der Umsetzung von LSE-Verfahren aktiv war und weiterhin ist. Somit ist man vonseiten der Landesregierung auch einer Empfehlung des Landesrechnungshofes nachgekommen, wonach eine Konzentration des Verfahrens auf periphere, strukturschwache Regionen umgesetzt werden sollte. Durch diesen Schritt wird gewährleistet, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch dort ankommen, wo sie wirklich benötigt werden. Der SSW teilt in diesem Punkt die Auffassung des Landesrechnungshofes, ansonsten verkennt aber der Landesrechnungshof noch immer die Bedeutung des ländlichen Raumes in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder
[SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass es aus unserer Sicht wichtig ist, nicht bei LSE stehen zu bleiben,

sondern auch die zweite Motivationsphase zu stärken. Als Stichworte nenne ich hier den Regionalberater und auch die Frage, ob es nicht vielleicht doch noch mehr Möglichkeiten gibt, um von einer Töpfchen-Bewirtschaftung wegzukommen. Das bekommt man jedenfalls bei Gesprächen in den Ämtern und Gemeinden immer wieder zu hören.

Letzte Bemerkung: Auch rein planerisch wäre es wichtig weiterzukommen. Für den SSW ist zum Beispiel eine flexiblere Handhabung des zentralörtlichen Systems auch für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes von Bedeutung.

Ich bedanke mich für den Bericht. Ich weiß nicht, ob wir darüber im Ausschuss noch weiter diskutieren werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Auch mir ist nicht bekannt, ob eine Ausschussüberweisung beantragt wird. Wird diese beantragt oder ist mit der heutigen Diskussion des Berichts der Tagesordnungspunkt erledigt? - Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin, ich schlage wegen der Bedeutung der Inhalte - das haben wir ja gerade gehört - vor, den Bericht zur abschließenden Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wer zustimmt, dass der Bericht zur abschließenden Beratung an den Agrarausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Überweisung ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Tagesordnungspunkte 36 und 37 ohne Aussprache zu behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Effektivität und Effizienz im zweiten Arbeitsmarkt

Landtagsbeschluss vom 8. Juli 1999

Drucksachen 14/2172 und 14/2201

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2513

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Es wurde beantragt, den Bericht der Landesregierung dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Neugestaltung und Verbesserung der Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Landtagsbeschluss vom 14. Oktober 1999

Drucksache 14/2436

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2525

Hier ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Agrarausschuss und zur Mitberatung dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch dies wurde einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 14. Oktober 1999

Drucksache 14/2434

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2527

Ich erteile zunächst das Wort dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki sitzt auf der falschen Seite, nämlich bei der SPD.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das irritiert Sie wohl?)

Der Bericht über die Situation des Transportgewerbes liegt Ihnen vor. Deshalb gehe ich nur kurz auf einige Zahlen ein.

Es gibt in Schleswig-Holstein rund 2.000 Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs. Dort arbeiten zirka 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das heißt, die Unternehmensstruktur weist mehr kleine und mittlere Unternehmen als der Bundesdurchschnitt auf. Das Straßengüterverkehrsgewerbe entwickelte sich nach dem konjunkturschwachen Jahr 1996 wieder positiver.

Konkrete Auswirkungen auf die Unternehmen durch die Erhöhung der Kraftstoffpreise durch die **Ökosteuer**

er und die Preiserhöhungen der Mineralölwirtschaft sind bisher nicht bekannt. Das verwundert auch nicht, denn die Preiserhöhungen aufgrund der ersten Stufe der ökologischen Steuerreform sind im Vergleich zu den saisonalen Schwankungen der **Kraftstoffpreise** in den letzten Jahren und besonders im Vergleich zu den Preiserhöhungen der Mineralölwirtschaft im letzten halben Jahr gering.

Hervorheben möchte ich, dass sich das **Straßengüterverkehrsgewerbe** noch in einem Strukturwandel befindet. Das reine Fuhrgewerbe mit Transporten im klassischen Sinne von A nach B tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Immer mehr schleswig-holsteinische Transportunternehmen stellen sich auf die Kundenwünsche nach umfassenden Dienstleistungen mit EDV-gestützten Logistiksystemen ein, die individuelle und pünktliche Lieferung garantieren. Gerade in diesem Bereich wird in den nächsten Jahren die Nachfrage der verladenden Wirtschaft noch sehr stark ansteigen. Die Unternehmen, die sich auf diesen Markt einstellen, werden auch in Zukunft nicht um ihre Existenz fürchten müssen.

Ich bin der Meinung, dass geregelte Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Standortvorteil sind. Ich bedauere deshalb, dass es den beteiligten Akteuren seit 1994 nicht gelungen ist, einen vernünftigen Manteltarifvertrag abzuschließen. Ich würde es begrüßen, ohne mich konkret in die Angelegenheiten der Tarifpartner einmischen zu wollen, wenn dieser Standortnachteil ausgeräumt werden könnte.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Martin Kayenburg [CDU])

Ich halte es für richtig, dass bei der zweiten Stufe der Ökosteuer der Öffentliche Personennahverkehr nun als strategischer Partner des Steuerkonzepts verstanden wird und dementsprechend die Belastungen geringer als für die anderen Verkehrsteilnehmer ausfallen. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, mit dem ÖPNV eine attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Individualverkehr anzubieten. Das in Schleswig-Holstein bereits etablierte Verkehrskonzept unter dem Motto „ein Tarif, ein Fahrschein, ein Fahrplan“ soll auch unter Wettbewerbsbedingungen erhalten bleiben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Betriebe unternehmen große Anstrengungen, um für den Wettbewerb fit zu werden. Die Landesregierung wird sie dabei weiterhin unterstützen. Es geht immerhin um 5.000 Arbeitsplätze in diesem Sektor. Der Bericht macht insgesamt deutlich, dass die Lage

(Minister Horst Günter Bülck)

des Transportgewerbes auf der einen Seite nicht einfach, aber auf der anderen Seite auch nicht perspektivlos ist.

Ich danke der Opposition für den Antrag.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es hätte mich aber gefreut, wenn Sie die Komplexität des Themas angemessener berücksichtigt hätten. Im **Güterverkehrskonzept**, über das wir am nächsten Montag mit allen am Güterverkehr Beteiligten in Rendsburg diskutieren werden, wird im Einzelnen auf die enge Verflechtung zwischen Transportgewerbe auf der einen Seite und verladender Wirtschaft auf der anderen Seite verwiesen. Auch die zukünftig immer wichtiger werdende Bedeutung der Häfen als Knoten- und Übergangspunkte von Sea to Road und Sea to Rail gehörten natürlich normalerweise in so einen Bericht hinein. Ich denke, dass wir am nächsten Montag eine interessante Diskussion mit dem Güterverkehrsgewerbe haben werden. Ich möchte Sie recht herzlich einladen, dieser beizuwohnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, vielen Dank für die Einladung; ich habe sie schon angenommen. Aber ich verspreche Ihnen auch heute schon eine interessante Diskussion.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Der von der CDU beantragte Bericht der Landesregierung zur Situation des Transportgewerbes in Schleswig-Holstein bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen. Zwar sind die statistischen Angaben über die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren dürftig, doch dafür kann das Ministerium nichts. Gleichzeitig bedanke ich mich bei den Beamten für die Beantwortung unserer Fragen. Die sind jetzt leider nicht hier, weil die Debatte zu schnell gekommen ist. Diese Beamten haben es wirklich nicht leicht gehabt, aber sie bekämen bestimmt den ersten Preis im Eiertanz, wenn es den zu verleihen gäbe.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU], Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Inzwischen kann ich es auch besser verstehen, dass die Regierung es nicht eilig hatte, diesen Bericht vorzulegen. Weshalb denn diese Verzögerung, Herr Minister? - Weil dieser Bericht Wahrheiten aussprechen muss,

die in das politische Konzept dieser rot-grünen Landesregierung einfach nicht hineinpassen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

und das sollte gern noch ein Weilchen in der Schublade bleiben. Doch zu diesen Wahrheiten später!

Wir haben es im **Transportgewerbe** in Schleswig-Holstein mit etwa 3.200 Betrieben zu tun, darunter im Taxigewerbe sicherlich mit vielen Einzelkämpfern. Insgesamt finden hier zirka 16.000 Menschen Lohn und Brot. Das ist keine kleine Größe, wenn ich sie mit den Werften und ihren etwa 7.000 Beschäftigten vergleiche.

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Die Umsätze und Erträge dieser Branche liegen hier nur als Stückwerk vor. Verallgemeinernd kann man aber sagen, dass die Umsätze nicht berauschend sind und die Erträge schon einmal besser waren. Für das Taxigewerbe wird von einer absolut unbefriedigenden Situation gesprochen.

Man kann das Transportgewerbe insgesamt als eine Branche charakterisieren, die viele kleine Unternehmen umfasst, die einem starken Wettbewerb ausgesetzt sind. Sie alle können Preiserhöhungen am Markt nicht durchsetzen. Wenn sie also weiterhin Gewinn machen wollen, bleibt ihnen nur die Möglichkeit, ihre Kosten zu minimieren und eisern zu sparen. Die Umsatzrentabilität im Güterverkehr auf der Straße lag 1998 in Schleswig-Holstein bei 1 % bis 1,2 %.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist das!)

Angesichts dieser Situation und angesichts eines Marktes mit Überkapazitäten ist es unverantwortlich - unverantwortlich! -, durch eine politische Entscheidung einen wesentlichen Produktionsfaktor wie den Kraftstoff so zu verteuern, dass entweder Preiserhöhungen unausweichlich sind oder die Betriebe in die Verlustzone geraten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei der F.D.P.)

Genau das ist mit der Einführung der Ökosteuer geschehen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jawohl!)

Wie wirkt sich die **Ökosteuer** auf die Kostenstruktur des Transportgewerbes aus? - Herr Minister, es werden in Ihrem Bericht sehr wohl Zahlen genannt. Ein LKW-Besitzer zum Beispiel muss nach den geplanten Steuererhöhungen der nächsten vier Jahre - die also erst noch kommen werden - 11.000 DM pro Jahr

(Brita Schmitz-Hübsch)

mehr aufgrund der Ökosteuer bezahlen. Die Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung entlastet dagegen pro LKW im gleichen Zeitraum nur um 700 DM. Das bedeutet bei zum Beispiel zehn LKWs in einer Firma eine Kostensteigerung um 110.000 DM, der eine Entlastung von 7.000 DM gegenübersteht. Das bedeutet, dass die Gewinne aufgezehrt werden. Die beabsichtigte Entlastung bei den Lohnzusatzkosten durch die Ökosteuer ist für die Katz!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Hermann Benker [SPD])

Bei den Bussen sieht es ähnlich aus. Allein in diesem Jahr ist eine Mehrbelastung von 12.000 DM pro Bus aufgetreten. Ein Unternehmer, der zum Beispiel acht Busse betreibt, darf 96.000 DM, also etwa 100.000 DM, im Jahr zusätzlich berappen. Solch ein Kostensprung geht an die Substanz!

Die DB ZugBus - Ihnen ja politisch nahe stehend - hat errechnet, dass allein im Jahr 1999 die erste Stufe der so genannten ökologischen Steuerreform zu Mehrkosten von 1 Million DM geführt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Wie das kompensiert werden soll, weiß kein Mensch.

Angesichts dieser ernüchternden Zahlen sah sich der Verfasser des Berichts zu der ersten bitteren Wahrheit veranlasst - wörtlich! -:

„Es zeigt sich, dass die ökologische Steuerreform für den ÖPNV im Hinblick auf ökonomische und ökologische Aspekte auch belastende Auswirkungen haben kann.“

Er musste schreiben „haben kann“; „hat“ hat er sagen wollen oder hätte er auch sagen müssen. Er musste schreiben „haben kann“.

Wird uns von den Grünen nicht immer das genaue Gegenteil erzählt?

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Wo sind die überhaupt, wenn wir hier über eines ihrer Lieblingsthemen debattieren?

(Ursula Röper [CDU]: Nicht ein Abgeordneter von denen ist hier!)

- Schon kommt Herr Hentschel zur Tür herein; er hat es gehört!

Wie will nun das Ministerium der bedrängten Branche zur Hilfe kommen? Der Güterverkehr auf der Straße bekommt keine Hilfe. Mit diesem Thema war der Minister eben auch sehr flink fertig - muss ich sagen - und wechselte sehr schnell hinüber zum ÖPNV. Im

Bericht gibt es die üblichen Beschwörungsformeln über zukünftige gute Taten - wörtlich -:

„Es ist deshalb das Bestreben der Landesregierung, aus ökonomischen und ökologischen Gründen stärker als bisher die Verkehrsträger Schiene und Wasser am Verkehrswachstum zu beteiligen.“

Und weiter heißt es:

„Die Schiene muss in die Lage versetzt werden, als moderner flexibler Verkehrsträger möglichst große Anteile des Güterverkehrs zu transportieren.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herzlichen Glückwunsch!)

Angesichts der enormen Mittel, die der Bund für die Schiene in Schleswig-Holstein vorsieht, nämlich fast nichts, ist dies eine Aussage, die vielleicht in 50 Jahren zur Umsetzung kommen kann. Noch lange Zeit sind wir komplett auf den **LKW** angewiesen, der in der kurzen bis mittelfristigen Entfernung einfach nicht zu schlagen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei der F.D.P.)

Der Bericht muss deshalb die nächste Wahrheit bekennen, nämlich, dass der Marktanteil des Straßengüterverkehrs in Schleswig-Holstein heute 84 % beträgt und dass dieser Anteil im Jahre 2010, also in zehn Jahren, nach einem 30-prozentigen Wachstum der Gütermenge immer noch 82 % betragen wird. Zur zukünftigen Rolle des LKWs im Gütertransportmarkt heißt es wieder wörtlich im Bericht:

„Die modernen Logistikkonzepte stellen heute Anforderungen an die Flexibilität und Schnelligkeit, denen zurzeit der LKW am ehesten gerecht wird.“

Von einer Entlastung von der Ökosteuer für diese Branche, die unsere Versorgung in ganz Schleswig-Holstein von der Tageszeitung morgens bis zum Joghurtbecher sicherstellt, ist allerdings nicht die Rede. Die Vorschläge klingen sehr hilflos: Zur Vermeidung von regionalen Wettbewerbsnachteilen und von „Tanktourismus“ sollte eine „Angleichung der Kraftstoffpreise in Deutschland und seinen Nachbarländern angestrebt werden.“ - Ist das das Ziel der Ökosteuer?

(Ursula Röper [CDU]: Das ist ja ein Witz!)

Dann sollte man aber auch hinzufügen, dass zum Beispiel Dänemark die höheren **Kraftstoffpreise**

(Brita Schmitz-Hübsch)

durch eine Subvention an seine Transportunternehmer wieder ausgleicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! - Lothar Hay [SPD]: Seid Ihr für Subventionen?)

Auf der deutschen Seite dagegen gibt es aus ideologischen Gründen und in Verkennung der Fakten keine Hilfe für die Brummis. Sollen die doch Pleite gehen!

Bei den Bussen ist es etwas anders. Nach dem neuen Ökosteuergesetz zahlen sie nur den halben Steuersatz, allerdings nur die **Busse** im Linienverkehr - das ist jetzt sehr wichtig, meine lieben Kollegen! - und vielleicht noch die, die die freigestellten Schülerverkehre bedienen. Dann aber schwingt der Staat die Keule und die Busse, die für Freizeitverkehre eingesetzt werden, zahlen den vollen Steuersatz.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch richtig so!)

- Das verstehe ich nicht. Ich dachte immer, Herr Hentschel, es sei ökologisch sinnvoller, einen Ausflug mit dem Bus zu machen als mit dem PKW. Das haben Sie uns hier doch dauernd erzählt.

Egal, die in Berlin werden schon wissen, was sie tun. Wie die Erstattung laufen soll, weiß aber auch noch keiner, obwohl das Gesetz am 1. Januar 2000 in Kraft tritt. Auch egal, das sind ja noch glatte fünf Wochen!

Auf jeden Fall dürfen wir uns wieder auf mehr bürokratischen Aufwand freuen: Fahrten der Busse müssen notiert und sortiert werden, Formulare werden ausgefüllt, verschickt, von einer Behörde geprüft - von wem eigentlich, auch vom Zoll? -, Gelder werden überwiesen und so weiter. Am Ende bringen dann die Grünen im Landtag einen Antrag ein, in dem sie sich für den Abbau überflüssiger bürokratischer Tätigkeiten in den Betrieben einsetzen.

Fazit: Die **Ökosteu**er taugt vorne und hinten nichts. Sie muss wieder weg. Die Ökosteu

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Benker.

Hermann Benker [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schmitz-Hübsch, man darf nicht die dürftige Datenlage beklagen, wenn man den freien Markt will.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Denn mit der Deregulierung und mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes ist ja eine Vielzahl von Dingen weggefallen. Dazu gehören die Mengengrenzung, die obligatorischen Tarife, auch die repräsentative Erhebung ist statt der Gesamterhebung eingeführt worden. Dadurch sind die Daten verschwunden. Die Kontingentierung ist weggefallen. Die Unterscheidung zwischen Güternah- und Güterfernverkehr und Umzugsverkehr ist seit Juli 1998 ebenfalls weggefallen. Vor diesem Hintergrund muss man eine Neubetrachtung der politischen Möglichkeiten anstellen und darf nicht immer nur mit dem Finger in Richtung Regierung zeigen. Wenn man den freien Markt will, muss man diese Dinge akzeptieren.

Symptomatisch ist - das haben Sie schon ausgeführt - wie in der gesamten Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein, dass auch das **Transportgewerbe** von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt wird, obwohl sich aufgrund der Drehscheibenfunktion in Schleswig-Holstein und aufgrund der behaupteten Marktferne eigentlich die Ansiedlung von Transportgroßunternehmen anbieten würde.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Wenn das Aufkommen hier wäre! Weil Sie Drehscheiben und einen hohen Leerverkehr haben, spielt der Standort nicht unbedingt eine Rolle.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben doch gar keine Drehscheibenfunktion!)

Wenn Sie einen Hin- und Her-Verkehr hätten und das Aufkommen immer nur von A nach B transportierten, hätten Sie Recht; aber weil wir hohe Leerverkehre haben, stimmt das so nicht.

Der **Preisdruck** hat zugenommen; darauf haben Sie schon hingewiesen. Die Zunahme der Transportnachfrage um 5 % wird - so der Bericht - nicht zu einer Steigerung des Ertrages, einer Effektivitätssteigerung, sondern noch einmal zu einer Kapazitätsausweitung führen, obwohl wir - wie Sie gesagt haben - bereits Überkapazitäten haben. Das verstehe, wer mag. Aber auch das kann letztlich nicht die Politik, sondern nur der Markt regeln.

Wenn Betriebsergebnisse und Umsatzbewertung - auch das können Sie aus dem Bericht ersehen - derartig starken Schwankungen unterliegen, müsste man eigentlich zu einer stärkeren Kapazitätsauslastung und nicht zu einer Kapazitätsausweitung kommen. Das mag auch daran liegen, dass Abschreibungen auf Neufahrzeuge immer noch vorteilhafter sind als die Steigerung der Effektivität.

(Hermann Benker)

Vielleicht wird sich mit der Einführung der Ökosteuer ein neues Motiv für neue Kraftfahrzeuge ergeben, nämlich die Einführung verbrauchsärmerer LKW.

Frau Schmitz-Hübsch, wenn Sie hinsichtlich der Mehrbelastung immer mit Millionen um sich werfen - das haben Sie gesagt und hier ist es noch einmal nachgerufen worden -, sind das immer prognostische Bereiche. In diesem Jahr, 1999, haben Sie - wenn Sie die 11.000 DM, die Sie selber zitiert haben, und die 700 DM aufgrund der Senkung der Lohnnebenkosten abziehen - eine Nettobelastung von 1.876,75 DM pro LKW.

(Widerspruch der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Stopp, stopp! Aus der Ökosteuer! Sie schmeißen einfach die Steigerung der Benzinpreise und die Ökosteuer in einen Topf und behaupten, die **Mehrbelastungen** seien alle durch die Ökosteuer verursacht. Das stimmt nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie den Bericht gelesen?)

- Natürlich habe ich den Bericht gelesen; ich habe das sogar nachgerechnet. - Wenn Sie den Ökosteueranteil herausrechnen, ergibt sich ein Betrag von 1.876 DM pro Jahr.

Jetzt kommt es: Die Senkung der Lohnnebenkosten gilt für das ganze Jahr, die Ökosteuer aber nur für ein Dreivierteljahr. Im nächsten Jahr - darauf müssen Sie sich die nächsten vier Jahre einstellen - haben Sie eine Steigerung von netto etwa 2.500 DM. Das gebe ich zu. Aber diesen Betrag kann man erwirtschaften und einem Betrieb zumuten.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch Unsinn! Die kleinen Betriebe können das überhaupt nicht!)

Denn letztlich soll ein Lenkungseffekt daraus erzielt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Das ist ja unglaublich mittelstandsfeindlich! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Erst dann ergeben sich in der Summe nach vier Jahren die 11.000 DM. - So funktioniert das.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

- Meine Damen und Herren von der Opposition, wo ist denn Ihr Aufschrei bei der Preiserhöhung, die viermal so hoch ist wie die Ökosteuer, der OPEC und Ölkon-

zerne, die die Preise allein in diesem Jahr um 24 Pfennig erhöht haben?

(Beifall bei SPD und SSW)

Da habe ich Ihren Aufschrei vermisst, dass das Transportgewerbe zu Tal fährt.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Falsch! Die **Ökosteuer** hat durchaus einen möglichen Lenkungseffekt. Sie müssen die vielfach höhere Einforderung der OPEC und Ölkonzerne anprangern und nicht immer nur ideologisch auf die Ökosteuer schießen.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich gestehe gern zu, dass der Lenkungseffekt bei weitem nicht in dem Umfang eintreten wird wie für alle Güter prognostiziert, weil das nämlich vom Verkehrstransportkostenanteil der einzelnen Materialien abhängt, die transportiert werden.

(Ursula Röper [CDU]: Wohin wollen Sie denn lenken?)

Wenn der sehr niedrig ist, wird kaum ein Effekt erzielt werden; wenn er sehr hoch ist, wird ein großer Effekt eintreten.

Unter diesen Gesichtspunkten wird die Verlagerung von Güterverkehren auf Schiene und Schiff an Bedeutung zunehmen, wie die Landesregierung dies im integrierten **Güterverkehrskonzept** vorgesehen hat.

Die Spediteure, soweit sie nicht selbst Frachtnnehmer sind - das ist nämlich ein Unterschied -, werden immer das billigste, schnellste und zuverlässigste Transportmittel auswählen, völlig unabhängig von den politischen Vorgaben. Deshalb müssen wir Schiene und Schiff konkurrenzfähig machen. Das ist zukünftig die Aufgabe der Politik.

(Glocke der Präsidentin)

- Letzter Satz, Frau Präsidentin! Das integrierte Güterverkehrskonzept der Landesregierung ist ein wichtiger Baustein, diesen Prozess positiv zu begleiten und zu unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Transportgewerbe unterliegt einem stärkeren Wettbewerbsdruck. Das gilt für die innerdeutsche Branche wie auch für die ausländischen Unternehmen und die von ihnen eingesetzten Fahrer. Die Ökosteuer mit ihrer stufenweise Anhebung bei der Mineralölsteuer um netto sechs Pfennig pro Liter in den nächsten vier Jahren hat sicherlich Auswirkungen auf die Kostenstruktur. Aus grüner Sicht ist es auch richtig, dass die **Transportkosten** nicht immer weiter sinken und so Transporte über weite Strecke betriebswirtschaftlich lohnend sind, ohne die ökologischen Folgen zu berücksichtigen.

Wenn wir wissen, dass der LKW-Verkehr in Europa externe Kosten in dreistelliger Milliarden-Euro-Höhe verursacht, bedeutet das doch zu Deutsch: Es treten externe Kosten auf, die noch nicht auf die tatsächlichen Preise umgelegt werden.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Das heißt, die Preise sind volkswirtschaftlich zu niedrig.

Es ist schon interessant: Heute Morgen haben wir über Klimaschutz geredet. Da hörte ich vonseiten der CDU ein deutliches Bekenntnis zum Klimaschutz - bei der F.D.P. leider nicht - und ich hörte als Kritik von Frau Happach-Kasan, die Lenkungswirkung der Ökosteuer sei zu gering. Jetzt beklagt sich andererseits Frau Schmitz-Hübsch darüber, dass die Ökosteuer eine **Lenkungswirkung** hat. Da staune ich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nee, das macht sie gar nicht! Sie begreifen nichts! Das ist das Problem, Herr Hentschel! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie nimmt nur Betriebe aus dem Markt! Das ist die Lenkungswirkung!)

Ich bin überzeugt davon, dass die Ökosteuer natürlich eine Lenkungswirkung hat. Sie könnte größer sein. Sie ist natürlich umso größer, je mehr sich das finanziell auswirkt. Wir müssen aber darauf achten - das gestehe ich Ihnen zu -, dass es bei dieser Lenkungswirkung nicht zu einer einseitigen Benachteiligung des deutschen LKW-Gewerbes kommt. Das ist auch gewährleistet,

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

weil die Dieselpreise in Deutschland immer noch deutlich niedriger liegen als in den Nachbarstaaten.

(Zurufe der Abgeordneten Hermann Benker [SPD] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Trotzdem sind unsere Dieselpreise niedriger.

Solange unsere Dieselpreise niedriger sind, kann nicht von einer Benachteiligung des deutschen Gewerbes gesprochen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gilt aber nicht für das Transportgewerbe!)

Wir werden aber in den nächsten Jahren noch über die Straßenbenutzungsgebühren zu Belastungen für das LKW-Gewerbe kommen, die wettbewerbsneutral sind, die die ausländischen LKW-Gewerbe genauso wie die deutschen treffen, mit der Konsequenz, dass sich die zusätzlichen Belastungen auf die Preise umschlagen können und dass es dann tatsächlich gezielt zu Lenkungswirkungen kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Wettbewerbsbedingungen für die Schiene sind zu verbessern. Dazu gehören **konkurrenzfähige Trassenpreise**. Wir haben heute die Situation, dass die Straßen ohne Maut befahren werden dürfen, die Schienentransporte aber mit sehr hohen Trassenpreisen belastet werden. Durch das neue Preissystem der DB Cargo wird der kombinierte Ladungsverkehr um 30 % verteuert. Es gibt im Moment erhebliche Umlagerungen von der Schiene auf die Straße, sodass das LKW-Gewerbe durch das neue Preissystem der Bahn im Moment erhebliche zusätzliche Aufträge kriegt. Das sehe ich als hochgradig kontraproduktiv an und sollte geändert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind doch die Regierung und nicht wir!)

Positiv ist, dass die Bundesregierung in diesem Zusammenhang für den kombinierten Ladungsverkehr zusätzlich 25 Millionen DM bereitgestellt hat. Gerade Schleswig-Holstein sollte sich darum bemühen, im Bereich der Hafeninfrastruktur von diesen zusätzlichen Mitteln einen Nutzen nach Schleswig-Holstein zu ziehen.

Frau Schmidt-Hübsch, beim Busverkehr kann ich Ihre Argumentation nicht teilen. Im öffentlichen Personenverkehr, wo es darum geht, möglichst viele Menschen im täglichen Verkehr in den Bus zu bekommen, sollten wir nicht zu zusätzlichen Belastungen kommen. Dieses Thema sollten wir, was die sonstigen **Mineralölpreise** angeht, differenziert betrachten. Für den Reiseverkehr gilt das so nicht. Das sage ich ganz deutlich. Das ist das Gleiche, was ist auch beim Flugverkehr betrachten muss. Das eine ist der Geschäftsverkehr, für den ich eine wirtschaftliche Notwendig-

(Karl-Martin Hentschel)

keit sehe. Wenn zum Beispiel Geschäftsreisende aus Kiel in andere Städte fliegen, ist das ein Konkurrenzfaktor für die Stadt Kiel und für Schleswig-Holstein. Eine andere Frage ist, ob ich Urlaubsreisen subventioniere.

Es gibt keinen volkswirtschaftlichen Sinn, Urlaubsreisen oder Freizeitvergnügen zu subventionieren. Das kann nicht sinnvoll sein, das ist nicht sinnvoll und deswegen werden wir auch nicht dafür eintreten, dass so etwas geschieht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sagen Sie ruhig weiter! Das werde ich auf jeder Wahlveranstaltung sagen, was Sie da wollen! Sie wollen den Urlaub für Geringverdienende teurer machen!)

- Ich bin nicht dafür, den Urlaub teurer zu machen, Herr Kayenburg,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie gönnen denen ihren Urlaub nicht! Das ist das Problem!)

sondern ich sage: Subventionen für Urlaubsreisen haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen. Wenn Sie da anderer Meinung sind, kommen Sie bitte hier nach vorn und sprechen Sie das hier aus.

(Glocke der Präsidentin - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manches ist wirklich schwer zu ertragen. Der Kollege Hentschel wäre nach dem, was er hier so vorstellt, wirklich der ideale Mann für eine Planungskommission der untergegangenen DDR gewesen. Urlaub hat keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, Touristik hat keinen volkswirtschaftlichen Nutzen - das müssen wir uns hier alles so anhören.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Grünen haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen!)

- Die Grünen, ja! Die Leute begreifen dankenswerterweise ja, was sie davon zu halten haben.

Herr Benker, vielen schleswig-holsteinischen Speditionunternehmen steht das Wasser bis zum Hals. Sie bangen um ihre Existenz und um die ihrer Familien.

Vielen Dank für den Bericht, Herr Minister Bülck. Ich weiß nicht, ob Sie ihn gelesen haben. Falls ja, bin ich umso erstaunter, dass dem Parlament ein solches Papier zugemutet wird. Ich muss Ihnen sagen, dass ich

mich langsam bei einigen Ihrer Beiträge auf den Arm genommen fühle.

Ein Beispiel: Angeblich soll sich die so genannte Ökosteuernicht oder kaum auf die **Wettbewerbsfähigkeit** des Transportgewerbes auswirken. Diese Behauptung soll mit folgendem Satz untermauert werden - jetzt zitiere ich wörtlich Seite 5 des Berichts, Herr Benker; ich gebe die Quelle an -:

„Bei einer Jahresfahrleistung von 135.000 km und einem Kraftstoffverbrauch von 35 l auf 100 km ergeben sich bei einer Erhöhung der Mineralölsteuer auf Dieselkraftstoff um 24 Pfennig je Liter zusätzliche Kraftstoffkosten in Höhe von rund 11.000 DM im Jahr.“

(Hermann Benker [SPD]: In vier Jahren!)

- Ich zitiere jetzt den Bericht! Ich freue mich ja, dass Sie das nachgerechnet haben, Herr Benker. Es war ja offensichtlich nötig, das nachzurechnen, weil Sie dem Wirtschaftsministerium wohl nicht trauen, dass es Zahlen zusammenrechnen kann.

Aber ich zitiere weiter:

„Nach Angaben des BGL würden von diesen Treibstoffmehrkosten ca. 700 DM“

- dann übrigens auch in vier Jahren -

„durch die Senkung des Arbeitgeberbeitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung kompensiert.“

Das war ein wörtliches Zitat. Ja, kann ich da nur sagen: Damit verbleiben - auch in vier Jahren - 10.300 DM Mehrkosten als Folge der so genannten Ökosteuern. Es gehört schon Mut dazu, angesichts solcher Zahlen überhaupt von Kompensation zu sprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und Sie wollen immer noch ernsthaft behaupten, dass sich die Mehrkosten pro LKW infolge einer höheren Mineralölsteuer nicht wettbewerbsverzerrend auswirken? Haben Sie überhaupt eine Vorstellung davon, wie lange ein kleiner Betrieb mit fünf oder sechs Lastkraftwagen auf der Straße sein muss, um Mehrkosten von 10.000 DM pro LKW und Jahr wieder hereinzufahren?

(Hermann Benker [SPD]: Das liegt an der Fahrleistung! Die haben die Fahrleistung nicht!)

- Ja, das mag ja alles sein! Ich zitiere doch nur, was in dem Bericht steht, Herr Benker! Dann schmeißen wir

(Wolfgang Kubicki)

das doch gleich weg und sagen: Das ist reine Makulatur!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Offensichtlich fehlt Ihnen auch der Kontakt zu den entsprechenden Unternehmen. Reden Sie doch einmal mit denen und sagen Sie ihnen, dass sie das alles locker und easy verkraften können und dass sie sich bei Ihrer Politik keine Sorgen zu machen brauchen. Die werden Sie in der Vorweihnachtszeit ganz herzlich empfangen und Ihnen ein paar Plätzchen backen, glaube ich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ein weiteres Beispiel! Da diese Landesregierung ja angeblich nichts anderes tut, als massiv die **Verlagerung von Gütertransporten** von der Straße auf die Schiene voranzutreiben - nicht wahr, Herr Hentschel; jetzt ist er schon wieder draußen -, hat mich die folgende Aussage doch sehr überrascht - ich zitiere Seite 8 des Berichts; wörtliches Zitat! -:

„Der Marktanteil des Straßengüterverkehrs beträgt heute 84 % des schleswig-holsteinischen Gesamtgüterverkehrsaufkommens (ohne Nord-Ostsee-Kanal). Nach den vorliegenden Prognosen zum Güterverkehr in Schleswig-Holstein wird die transportierte Gütermenge bis zum Jahre 2010 gegenüber 1997 um zirka 30 % zunehmen. Der Anteil des Straßengütertransports wird dabei rund 82 % betragen.“

Das nenne ich eine gelungene Bilanz jahrelanger Schaufensterreden über die Verlagerung von Gütertransporten, wie sie von Rot und Grün hier gehalten wurden und immer noch gehalten werden.

In der Tat, Herr Minister Bülck: An der Wettbewerbssituation des Straßengüterverkehrs wird sich nach Ihren eigenen Prognosen bis zum Jahre 2010 in diesem Lande relativ wenig ändern. Was soll dann dieses ständige Gerede von der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Wettbewerbssituation im Güterverkehr wird sich in den kommenden Jahren in Schleswig-Holstein sogar noch massiv verschlechtern, und zwar sowohl durch die soeben vorgenommene Streichung von Bundesmitteln für Investitionen in die **Verkehrsinfrastruktur** in unserem Land als auch durch die weitere Verteuerung von Dieselmotorkraftstoff durch die rot-grüne Ökosteuern wie auch durch die zunehmende Konkurrenz aus osteuropäischen Ländern.

Und - Anke, du kommst ja gleich an die Reihe - ich finde es schon bemerkenswert, dass unsere unmittelbaren dänischen Nachbarn ihr Gütertransportgewerbe mit Subventionen im Kraftstoffbereich über Wasser halten und damit in unmittelbare Konkurrenz zu uns bringen. Das finde ich schon sehr bemerkenswert.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das tun die gar nicht! - Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört! - Anke Spoorendonk [SSW]: Nein! - Martin Kayenburg [CDU]: Doch, unmittelbar vor der Grenze!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, debattieren wir über einen Bericht, stimme ich normalerweise immer der Ausschussüberweisung mit dem Hinweis zu, dass der abgelieferte Bericht hierfür eine solide Diskussionsgrundlage darstellt. Eigentlich sollte der Wirtschaftsminister aber seinen Bericht wieder mit nach Hause nehmen und ihn gründlich überarbeiten. Die Lage vieler Speditionen ist jedoch zu ernst und hat sich im ablaufenden Jahr nochmals zugespitzt, sodass wir diese Problematik möglichst bald im Ausschuss behandeln müssen. Aber ich denke, Herr Minister Bülck, Sie werden den Bericht, den Sie vorgelegt haben, noch nachbessern müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ja immer wieder schön, dass ich für alles nördlich der Grenze zuständig bin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Du rühmst dich doch immer damit! Das „Modell Dänemark“!)

- Das sehe ich immer sehr differenziert

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

und ich denke, so kommt es auch rüber.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das ist die Rosinentheorie!)

- Die kenne ich auch bei anderen.

Jetzt möchte ich aber noch Folgendes sagen. Für mich ist „rübergewonnen“ - ich lasse mich gern belehren, wenn das nicht stimmt -: Es ist keine Subvention für Dieselmotorkraftstoff, sondern die Fahrer bekommen über die Steuergesetzgebung eine Vergünstigung bei den Bewirtschaftungskosten. Das ist aber nicht etwas, was

(Anke Spoorendonk)

nur für das Speditionsgewerbe gilt, sondern das gilt auch für das Handwerk.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber Subvention ist Subvention! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das beklagen die Handwerker doch in gleicher Weise!)

- Ja, ich habe euch jetzt doch nur erklärt, worum es geht. Dann kann ich euch damit trösten, dass der dänische Finanzminister das ebenfalls erkannt hat und dass er jetzt große Probleme mit dem Speditionsgewerbe hat.

Nun zum Thema! Der Wettbewerb im Straßengüterverkehr ist in den letzten Jahren unheimlich verschärft worden; das ist klar. Aus dem Bericht der Landesregierung geht denn auch hervor, dass trotz konjunkturbedingter erhöhter Transportnachfrage die Transportunternehmen in diesem Sektor in der Bundesrepublik keine Ertragsverbesserung erzielen konnten.

Auch im **Straßengüterverkehrsbereich** ist laut Bericht eine steigende Konzentration der Unternehmen zu verzeichnen. In Schleswig-Holstein gab es Mitte 1999 fast 2.000 Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs mit etwa 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern - alles dies steht ja in dem Bericht -; dies entspricht genau wie im Bundesdurchschnitt etwa 1,2 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Dies ist natürlich nur ein kleiner Anteil der gesamten Beschäftigung in Schleswig-Holstein. Dennoch ist die Bedeutung dieser Branche für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes enorm, nicht zuletzt für das Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen mit allen umwelt- und verkehrspolitischen Folgen. Wir haben dies bereits am Mittwoch angesprochen.

Aus dem Bericht geht hervor, dass das Straßengüterverkehrsaufkommen 1999 voraussichtlich um knapp 5 % steigen wird. Schon 1998 gab es in der Bundesrepublik 2,4 Millionen LKWs und in den ersten Monaten des Jahres 1999 wurden weitere 10.000 zugelassen. Es ist klar, dass durch diese Kapazitätsausweitung der Preisdruck weiter erhöht wird. Dieser Druck wirkt sich leider auch auf das Verhalten der LKW-Fahrer und -Fahrerinnen auf den Straßen in Europa aus. Wir alle kennen die bedauerlichen Geschichten von übermüdeten Fahrern, die zu lange fahren oder zu lange gefahren sind und dadurch leider auch viele Unfälle verursachen.

(Martin Kayenburg [CDU]: In Dänemark kürzlich 51 Stunden!)

Man darf aber nicht die einzelnen Fahrer allein zur Verantwortung ziehen, sondern dies ist einfach eine

Folge des verschärften und unverantwortlichen Wettbewerbs im Transportbereich und insbesondere im Straßengüterverkehr.

Um die Wettbewerbssituation der deutschen Straßengüterverkehrsunternehmen zu verbessern, sind aus der Sicht des SSW die uneinheitlichen Wettbewerbsbedingungen in Europa zu ändern. Insbesondere sollten die Benutzungsgebühren für Straßen und die Besteuerung von Energie in den europäischen Ländern angeglichen werden. Aber auch die uneinheitlichen Wettbewerbsbedingungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern führen zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen.

Ich möchte noch einmal hervorheben, dass sich in diesem Zusammenhang die Einführung der Ökosteuern positiv auswirken könnte, denn die Erhöhung der Benzinpreise ist ein Vorteil für den Verkehrsträger Schiene. Man muss also die Wettbewerbsverzerrung auch in diesem Kontext sehen.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich kann auch hinzufügen: Von europäischer Ebene aus betrachtet sind die Mineralölpreise der Bundesrepublik immer noch am unteren Ende angesiedelt.

Wir alle kennen die Prognosen für das Wachstum des Güterverkehrs durch den Anstieg des **Skandinavienverkehrs** nach der Öffnung der Große-Belt-Querung und der Øresund-Querung. Bis zum Jahr 2010 wird die transportierte Gütermenge um 30 % ansteigen. So steht es auch im Bericht. Davon wird der Marktanteil des Straßengüterverkehrs voraussichtlich fast 82 % des Güterverkehrsaufkommens sein. Das heißt aber nicht, dass wir nicht gegensteuern müssen, das heißt auch nicht, dass wir keine neuen Konzepte entwickeln müssen. Im Gegenteil, es muß mehr denn je gefragt werden, wie wir diesen Verkehrsanstieg umwelt- und verkehrspolitisch gerecht auffangen und bewältigen können. Das kann nur dadurch passieren, dass ein größerer Anteil des Güterverkehrs als bisher über die Schiene abgewickelt wird. Anders geht es nicht. Um die quantitativen und qualitativen Engpässe im Schienengüterverkehr zu reduzieren, müssen also verstärkt Investitionen in den Ausbau des Schienenverkehrs fließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich komme zum Schluss.

Der Bundesverkehrsminister hat in diesem Zusammenhang mit seinem Investitionsprogramm einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Der SSW bleibt aber bei seiner Kritik, dass wir in Schleswig-Holstein auch dringend Gelder für die A 20 und die westliche Elbquerung benötigen,

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

weil wir sonst den Verkehrsanstieg überhaupt nicht bewältigen können. Es ist klar, das muss sich verteilen.

Wir brauchen also in Schleswig-Holstein in Zukunft sowohl einen Ausbau des Schienen- als auch des Straßennetzes.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Schmitz-Hübsch, die Statistik ist dürftig. Ich halte es aber auch für sehr kühn, dann eine eigene Statistik aufzustellen und daraus Ableitungen zu treffen.

Ich möchte gar nicht darüber hinwegreden, dass die **Gewinnsituation im Transportgewerbe** nicht günstig ist. Wenn man das aber so pauschaliert, muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass es den kleineren Unternehmen schlechter geht und denen, die in einem Konzentrationsprozess aufgegangen sind, auch relativ gut geht. Das heißt, wir haben es mit gespaltenen Marktverhältnissen zu tun.

Erst festzustellen, dass es auf dem Markt Überkapazitäten gibt, und dann davon zu sprechen, dass die Ökosteuer und dänische Subventionen den Markt kaputtmachen - dieser Argumentationskette kann ich überhaupt nicht folgen. Frau Spoorendonk hat schon etwas zu der fälschlichen Aussage über die dänischen Subventionen gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich kann Ihnen nur sagen, in Märkten, wo Überkapazitäten bestehen und eine neue Steuer - wie auch immer sie heißt - die Wettbewerbssituation für die ge-

samte Industrie verändert, kann man nicht sagen, dass dafür die Steuer verantwortlich ist

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht sie auch gar nicht!)

- sie wollte fast nach Wettbewerbshilfe rufen! -, sondern das sind Marktberichtigungskräfte, die dann eintreten.

Herr Kubicki, Sie haben schön gesagt, von Kompensation könne man nicht sprechen. Sie haben aber falsch zitiert. Denn im Bericht steht „wird um 700 DM kompensiert“. Von einer Vollkompensation war nicht die Rede.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der Relation gesehen ist das richtig!)

Auch auf Seite 8 des Berichtes haben Sie verwiesen und gesagt, dass wir es noch nicht gewagt hätten, und haben ausgeführt, was der Erfolg unserer Verkehrspolitik sei. Lesen Sie das Güterverkehrskonzept; es steht nämlich drin, „trotz aller Anstrengungen, den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, bleibt der Anteil bei 80 %“. Es ist nämlich ein 30- bis 40-prozentiger Anstieg zu verzeichnen. Das heißt, es wird uns nicht gelingen, die Relationen zu verändern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na also!)

Die Schiene wird aber in der Zukunft trotzdem viel mehr zu leisten haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lachen und Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, die Statistiken sind dürftig, aber das habe ich Ihnen nicht angelastet. Ich glaube, den zweiten Teil haben Sie nicht gehört.

Wenn in einem Markt **Überkapazitäten** sind, ist es natürlich nicht Aufgabe der Politik, diese zu beseitigen. Das ist völlig richtig. Aber es ist auch nicht Aufgabe der Politik, verzerrend in diesen Markt einzugreifen. Das war der Punkt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man muss sehen, dass die angehobene Mineralölsteuer nur die deutschen LKW-Betriebe trifft, weil die ausländischen LKWs hier mit vollem Tank durchfah-

(Brita Schmitz-Hübsch)

ren. Auch dänische LKWs kommen bis München und zurück, ohne ein einziges Mal tanken zu müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Insofern fördern Sie damit eine Wettbewerbsverzerrung. Ich habe natürlich keine Wettbewerbshilfe für LKW-Betriebe gefordert.

Sie arbeiten doch schon woanders mit gespaltenen Steuersätzen. Ich denke nur an den Teil der Ökosteuer, der Stromsteuer heißt. Da haben Sie zum Beispiel auch der Bahn Erleichterungen geschaffen, den Schienenbetrieben. Und auch den Busunternehmen, nachdem diese zu Recht aufgeschrien hatten, haben Sie jetzt einen halben Steuersatz eingeräumt. Ich möchte einmal ganz nebenbei wissen, was das mit einem einfachen Steuersystem zu tun hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Herr Neugebauer, Herr Nabel, das Problem ist dadurch entstanden, dass irgendein Schlauberger bei der Entwicklung der Ökosteuer auf die Idee gekommen ist, Deutschlands Betriebe in produzierendes und in nicht-produzierendes Gewerbe einzuteilen. Das ist das Problem. Wenn wir eine Gleichbehandlung hätten, wäre das in Ordnung. Aber es ist unterschiedlich und das ist der Skandal. Und so weit ich weiß, gibt es dagegen auch Verfassungsklagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Unruhe)

Herr Abgeordneter Hay, haben Sie sich gemeldet? Gibt es eine weitere Wortmeldung? - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, damit schließe ich die Beratung.

Es ist kein Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt worden. Oder gibt es doch einen Antrag?

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Es wird doch Ausschussüberweisung beantragt, Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch, Sie haben das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Ich beantrage die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wer der Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir werden jetzt noch die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache behandeln.

Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des schleswig-holsteinischen Landesrechts an Artikel 13 des Grundgesetzes zur parlamentarischen Kontrolle verdeckter Erhebungen personenbezogener Daten mit technischen Mitteln in oder aus Wohnungen (Landes Anpassungsgesetz an Artikel 13 GG - LANP G Art. 13 GG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2307

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/2446

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Puls, das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich vermisste die Regierung! - Lothar Hay [SPD]: Ich nicht!)

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse dann über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Nein, ich habe dagegen gestimmt!)

- Oh, Entschuldigung. Der Gesetzentwurf ist einstimmig mit der Gegenstimme der Abgeordneten Spoorendonk so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2499

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Erster Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst (Gleichstellungsbericht)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2337

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/2447

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Puls, das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

(Claus Ehlers [CDU]: Ist die ganze Regierung zurückgetreten? Es ist niemand mehr da!)

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dazu würde ich gern die Ministerin hören!)

- Herr Abgeordneter Kubicki, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln. Das hätten Sie also vorher vorbringen müssen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Dritter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2360

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/2453

Ich erteile der Frau Berichterstatterin oder dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses das Wort. - Herr Abgeordneter Neugebauer möchte dies übernehmen.

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich habe keine Prokura meiner Vorsitzenden und mache es mir leicht, indem ich auf die Vorlage verweise.

(Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]:
Ich habe noch etwas zur Seite 2 zu sagen!
Das machen wir nachher!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Herr Abgeordnete Stritzl, haben Sie eine Wortmeldung zum Bericht?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Das können Sie nachher ausmachen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Sachstandsbericht zum LEADER-II-Programm des Jahres 1998

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2502

Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung dem Agrarausschuss zu überweisen. Wird Mitberatung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Haushaltsrechnung 1998 und Vermögensübersicht 1998

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/2505

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die 40. Tagung des Landtages am 15. Dezember 1999 beginnt. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:03 Uhr